NATO Brief

WINTER 2000-2001

Fünf Jahre nach Dayton

Y 9001 F

inhalt

NATO *Brief*

Der NATO*Brief* wird im Auftrag des Generalsekretärs der NATO als Beitrag zu einer konstruktiven Erörterung atlantischer Fragen herausgegeben. Die im NATOBrief veröffentlichten Beiträge stellen daher nicht unbedingt die amtliche Auffassung oder Politik der NATO oder ihrer Mitgliedsregierungen dar.

CHEFREDAKTEUR: Christopher Bennett
REDAKTION: Vicki Nielsen
PRODUKTION: Felicity Breeze
LAYOUT: NATO Graphics Studio

Herausgeber: Direktor des Informations- und Pressedienstes
NATO Office of Information and Press,
B-1110 Brüssel, Belgien
Fax: 00 32 27 07 45 79
E-Mail: distribution@hq.nato.int

reviewedtor@hq.nato.int
publications@hq.nato.int

Gesamtherstellung: SZ Offsetdruck-Verlag
Herbert W. Schallowetz GmbH
D-53757 Sankt Augustin

Die Beilage „*Atlantischer Kurier*“ wird von der Deutschen Atlantischen Gesellschaft e.V., Am Burgweiher 12, D-53123 Bonn, in eigener Verantwortung herausgegeben.

Der Nachdruck von Beiträgen bedarf der Genehmigung des Herausgebers, der Herkunftsangabe und – bei gezeichneten Artikeln – der Namensnennung des Verfassers.

Der NATO*Brief* erscheint auch in Dänisch – *NATO Nyt*; Englisch – *NATO Review*; Französisch – *Revue de l`OTAN*; Griechisch – *Deltio NATO*; Italienisch – *Rivista della NATO*; Niederländisch – *NAVO Kroniek*; Norwegisch – *NATO Nytt*; Polnisch – *Przeglad NATO*; Portugiesisch – *Noticias da OTAN*; Spanisch – *Revista de la OTAN*; Tschechisch; Türkisch – *NATO Dergisi*; Ungarisch – *NATO Tükor*. In isländischer Sprache *(NATO Fréttir)* erscheint jedes Jahr eine Ausgabe. Von Fall zu Fall werden auch Ausgaben in *russischer* und *ukrainischer* Sprache veröffentlicht.

NATO*Review* ist auch verfügbar über World Wide Web: www.nato.int/docu/review.htm

Der Informationsdienst der NATO gibt außerdem Handbücher, Broschüren und Faltblätter zu verschiedenen Themen heraus. Die Publikationen sind vorrätig in den NATO-Amtssprachen Englisch und Französisch, einige auch in deutscher Übersetzung.

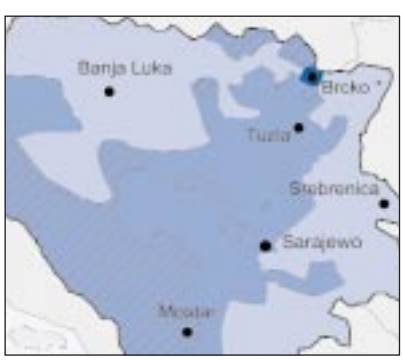
Der NATOBrief wird zur Information der Öffentlichkeit kostenlos durch das
Presse- und Informationsamt
der Bundesregierung, Referat 301 S
Dorotheenstr. 84, D-10117 Berlin
an Multiplikatoren abgegeben.

Bei jeder Bezugnahme dieses Magazins auf die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien wird durch (*) auf folgende Fußnote verwiesen: Die Türkei erkennt die Republik Mazedonien unter ihrem verfassungsmäßigen Namen an.

ISSN 0255-3813

DIE NATO IM BLICKPUNKT
4
Kurznachrichten

FÜNF JAHRE NACH DAYTON
6
Quo vadis Bosnien?
Gerald Knaus und Marcus Cox befassen sich fünf Jahre nach dem Ende der Kampfhandlungen mit dem Frieden in Bosnien und prüfen die Aussichten für einen sich selbst tragenden Friedensprozess.



12
Die Suche nach sicherheitspolitischen Lösungen
David Lightburn erörtert die militärische Landschaft Bosniens und untersucht die internationalen Programme zur Herbeiführung dauerhafter Sicherheit.

© Reuters

TITELBILD
Amerikanische IFOR-Soldaten im Dezember 1995 während ihrer Dislozierung in Bosnien und Herzegowina, wo sie die Umsetzung des Abkommens von Dayton überwachen sollten.

16
Medienkriege
Daniel Deluce analysiert die Medienreform in Bosnien, die erst ernsthaft in Gang kam, als Angehörige der Friedenstruppen Rundfunkstationen der bosnischen Serben übernahmen.

BRIEF DEBATTE
22
Brauchen wir ein neues Dayton?
TONY BORDEN VS. DANIEL SERWER
Würde ein neues Abkommen Bosnien helfen oder seiner Entwicklung hinderlich sein? Wie ließe es sich erreichen?

Jahrgang 48
Winter 2000-2001

BRIEF KURZBEITRÄGE
28
Internetpartner

29
Katastrophenschutz in Albanien

BRIEF REZENSION
30
Bücher über Bosnien
Christopher Bennett rezensiert Bücher über Bosnien, die in den letzten zehn Jahren herausgegeben wurden.

SICHERHEITSFRAGEN
32
Umdenken im Sicherheitsbereich
Chris Donnelly erörtert neue Sicherheitsgefahren und fordert nachdrücklich zur Annahme energischer Gegenstrategien auf.

vorwort

Als einer meiner Vorgänger, Paul-Henri Spaak, Ende der 50er Jahre des vorigen Jahrhunderts die Veröffentlichung des NATO*Briefs* in die Wege leitete, tat er dies in dem Glauben an die Macht der Ideen, die Bedeutung der Diskussion für die Entscheidungsfindung und die Vorteile der kritischen Analyse. Seine Ansichten waren natürlich völlig richtig, und während des Kalten Krieges wurde der NATOBrief zu einem wichtigen Forum, in dem sich neue Ansätze zur Bewältigung der damals sehr eindeutigen Sicherheitsaufgaben erörtern ließen.

Mehr als 40 Jahre danach ist das euro-atlantische Sicherheitsumfeld kaum mehr wieder zu erkennen. Heute stehen wir vor einer größeren Vielfalt von Sicherheitsaufgaben – von der Bewältigung von Krisen über friedenserhaltende Maßnahmen und Proliferationsprobleme bis hin zum Terrorismus. Wir haben auch neue Möglichkeiten, im gesamten euro-atlantischen Raum durch kreative und gezielte Formen der Partnerschaft und Zusammenarbeit Frieden und Sicherheit zu fördern. Folglich ist der Bedarf an neuen Ideen, offenen Diskussionen und qualifizierter Forschung jetzt höchstens noch größer als je zuvor. Daher haben wir den NATO*Brief* umgestaltet und aktualisiert. Der neue NATO*Brief* wird selbstverständlich weiterhin zu einem konstruktiven Dialog über atlantische Fragen beitragen und unverändert ein Forum für einen sachlichen und demokratischen Meinungs- und Gedankenaustausch bieten. Daran wird sich nichts ändern, aber der aktualisierte NATO*Brief* wird die heutigen und die künftigen Sicherheitsprobleme noch pointierter darstellen, um so einen substantiellen Beitrag zur internationalen Diskussion und Entscheidungsfindung zu leisten. Zudem wird er ein leserfreundlicheres Layout haben. Sie halten nun die erste Ausgabe des neuen NATO*Briefs* in den Händen, und ich hoffe, sie gefällt Ihnen.

Diese Ausgabe des NATO*Briefs* eignet sich äußerst gut für Verbesserungen und Anpassungsmaßnahmen. Sie fungiert nämlich als Denkschrift zum fünften Jahrestag der Entsendung der ersten NATO-Mission zur Wahrung des Friedens – einer Operation, die das Bündnis und seine Rolle im euro-atlantischen Sicherheitsumfeld grundlegend verändert hat. Und auch wenn die NATO seither immer mehr neue Aufgaben und Funktionen übernommen hat, ist die Unterstützung der Stabilität und Sicherheit Bosniens und Herzegowinas nach wie vor eine zentrale Bündnisaufgabe. In den fünf Jahren seit der Dislozierung der von der NATO geführten Truppen in Bosnien hat sich die Lage in vielerlei Hinsicht gebessert, und es kam nicht zu einem erneuten Ausbruch von Feindseligkeiten. Zu Beginn des 21. Jahrhunderts haben sich jedoch einige komplexe langfristige Probleme immer wieder einer Lösung entzogen, und es wird zunehmend wichtig, gerade diese Probleme offen zu analysieren, um dauerhafte Lösungen finden zu können. Ich bin überzeugt, dass Sie diese Ausgabe des NATO*Briefs* als einen bedeutenden Beitrag zu dieser entscheidend wichtigen Diskussion betrachten werden.

Lord Robertson

DIE NATO IM BLICKPUNKT

Kosovobesuch

Am 30. November 2000 stattete **Lord Robertson** dem **Kosovo** einen Besuch ab, in dessen Verlauf er sowohl Serben als auch Kosovo-Albanern davon abriet, militante Extremisten im Presevotal zu unterstützen.

Am 28. November 2000 kam **Lord Robertson** in der NATO-Zentrale mit der lettischen Präsidentin **Vaira Vika-Freiberga** zu Gesprächen über eine eventuelle NATO-Mitgliedschaft zusammen. Später erörterte er mit dem polnischen Präsidenten **Alexander Kwasniewski** Fragen der Verteidigungsreform.

Der slowakische Premierminister **Mikulas Dzurinda** kam am 24. November 2000 mit **Lord Robertson** zusammen.

Am 22. und 23. November 2000 besuchte **Lord Robertson** die **Türkei**, wo er mit dem türkischen Premierminister **Bülent Ecevit** zusammenkam und vor der türkischen Stiftung für Wirtschafts- und Gesellschaftsstudien eine Rede hielt.

Am 22. November 2000 stattete Bundeskanzler **Gerhard Schröder** der NATO einen Besuch ab, in dessen Verlauf er mit **Lord Robertson** die jüngsten Entwicklungen bezüglich der Sicherheitszusammenarbeit zwischen der EU und der NATO, die deutschen Verteidigungsreformen sowie die Lage auf dem Balkan erörterte.

Lord Robertson zählte zu den Teilnehmern der 46. Jahrestagung der Parlamentarischen Versammlung der NATO, die vom 18. bis 21. November 2000 in **Berlin** stattfand.

Gespräche mit George Soros

Am 9. November 2000 erörterte **George Soros** in der NATO-Zentrale mit **Lord Robertson** die Möglichkeit einer Zusammenarbeit zur Stärkung der Demokratie in Südosteuropa und Zentralasien.

Der bulgarische Premierminister **Iwan Kostow** kam am 20. November 2000 in der NATO-Zentrale mit **Lord Robertson** zu Gesprächen über die bulgarische Militärreform, die Vorbereitungen auf eine eventuelle NATO-Mitgliedschaft und die Entwicklungen in Südosteuropa zusammen.

Am 8. und 9. November 2000 trat der **Militärausschuss** der NATO zu seiner zweitägigen Jahrestagung auf der Ebene der Stabschefs zusammen.

Der NATO-**Militärausschuss** stattete dem Kosovo sowie Bosnien und Herzegowina (Bosnien) zur Überprüfung der dortigen Friedensprozesse einen Besuch ab, in dessen Verlauf er mit dem **KFOR**- und dem **SFOR**-Kommandeur, Leitern anderer internationaler Organisationen und führenden politischen und militärischen Vertretern der kommunalen Ebene zusammenkam.

Vom 31. Oktober bis 3. November 2000 nahm **Lord Robertson** in **Budapest** an der Generalversammlung der **Vereinigung der Atlantischen Gesellschaften** teil; später kam er mit dem ungarischen Präsidenten **Ferenc Madl** und Premierminister **Viktor Orban** zusammen.

Am 2. und 3. November 2000 kamen in der NATO-Zentrale Vertreter des **ukrainischen Parlaments**, der **Parlamentarischen Versammlung der NATO** und des internationalen zivilen und militärischen Stabes der NATO zu Gesprächen über die **Zusammenarbeit zwischen der NATO und der Ukraine** zusammen.

Am 2. November 2000 hielt **Lord Robertson** in Wien eine Rede vor dem Ständigen Rat der **Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa** (OSZE). Er kam auch mit dem österreichischen Bundeskanzler **Wolfgang Schüssel**, der Außenministerin und amtierenden OSZE-Vorsitzenden **Benita Ferrero-Waldner** sowie Verteidigungsminister **Herbert Scheibner** zusammen.

Sichere Wahlen

Lord Robertson brachte seine Zufriedenheit über die Durchführung der **Kommunalwahlen** (28. Oktober 2000) im Kosovo zum Ausdruck. Die **KFOR-Truppen** arbeiteten eng mit der **OSZE** und der **VN-Übergangsverwaltung im Kosovo** zusammen, um ein sicheres Umfeld aufrechtzuerhalten und logistische Unterstützung zu gewähren.

Vom 1. bis 10. November 2000 nahmen in **Luzern** neun NATO- und elf Partnerstaaten an der rechnergestützten Übung **Cooperative Determination 2000** teil. Das **Internationale Komitee vom Roten Kreuz** und das Amt des **Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen** nahmen ebenfalls an der Übung teil, mit der die Teilnehmer in Verfahren für Operationen zur Unterstützung des Friedens ausgebildet werden sollten.

Vom 13. bis 26. Oktober 2000 nahmen elf NATO-Staaten in **Deutschland** unter dem Kommando des **Schnellen Krisenreaktionskorps** von **ACE** an der Gefechtsübung **ARCADE Fusion 2000** teil.

Vom 16. bis 28. Oktober 2000 nahmen im **Westatlantik und in der Karibik** Streitkräfte aus sechs NATO-Staaten an dem Seemanöver **Unified Spirit 2000** teil, mit dem die Interoperabilität zwischen multinationalen teilstreitkraftübergreifenden Verbänden sowie die Fähigkeit verbessert werden sollte, die eigenen Operationen der Intensität des jeweiligen Konfliktes anzupassen.

Am 26. Oktober 2000 reiste **Lord Robertson** im Vorfeld des für den 26. November 2000 geplanten Schweizer Referendums über eine innerhalb von zehn Jahren zu erreichende 50%ige Verringerung der Verteidigungsausgaben in die **Schweiz**. Er kam mit dem Schweizer Präsidenten und Verteidigungsminister **Adolf Ogi** sowie mit Außenminister **Joseph Deiss** zusammen und nahm an einem Symposium zum Thema Sicherheit durch Zusammenarbeit teil.

Am 24. und 25. Oktober 2000 kam die **Konferenz der Nationalen Rüstungsdirektoren**, die sich mit der Rüstungszusammenarbeit zwischen NATO-Mitgliedstaaten und mit Wehrbeschaffungsfragen befasst, in **Brüssel** zu einer Tagung zusammen.

Am 18. Oktober 2000 kam in der NATO-Zentrale zum ersten Mal die Arbeitsgruppe der **NATO und der Ukraine für Zusammenarbeit im Wissenschafts- und Umweltbereich** zusammen.

Rede der Chefanklägerin

Am 18. Oktober 2000 hielt **Carla Del Ponte**, Chefanklägerin des **Internationalen Strafgerichtshofs in Den Haag**, eine Rede vor dem **Euro-Atlantischen Partnerschaftsrat**.

Nach einer Übung in Stockholm (März 2000) fand vom 9. bis 13. Oktober 2000 die zweite Phase der U-Boot-Übung **Cooperative Poseidon** in **Den Helder** statt. Das Ziel ist die Entwicklung gemeinsamer Sicherheitsverfahren zwischen der NATO und Partnerländern zur Vermeidung von U-Boot-Zwischenfällen.

Neuer KFOR-Kommandeur

Am 16. Oktober 2000 übernahm General **Carlo Cabigiosu** (Italien) als Nachfolger von General **Juan Ortuño** (Spanien) für sechs Monate das **KFOR**-Kommando.

Während eines zweitägigen Besuchs in Sofia am 12. und 13. Oktober 2000 kam **Lord Robertson** mit dem bulgarischen Präsidenten **Petar Stojanow** und Premierminister **Iwan Kostow** zusammen. Er hielt auch eine Rede vor der **Atlantischen Gesellschaft Bulgariens** und nahm an einer Tagung der Verteidigungsminister von Teilnehmerstaaten des NATO-**Aktionsplans zur Mitgliedschaft** teil.

Vom 9. September bis zum 4. Oktober 2000 fand in **Nordgriechenland** für Truppen aus 15 NATO-Mitgliedstaaten die Übung **Adventure Exchange 2000** statt, die auf die gemeinsame Verteidigung des NATO-Gebiets abzielte.

Vom 9. bis 25. Oktober 2000 fand in der **Ägäis und im östlichen Mittelmeer** die Übung **Destined Glory 2000** statt, an der See- und Luftstreitkräfte sowie amphibische Truppen aus acht NATO-Staaten beteiligt waren.

Der **Politische Ausschuss** der NATO kam vom 4.-6. Oktober 2000 wäh-

DIE NATO IM BLICKPUNKT

rend seines dritten Besuchs in der **Ukraine** nach der Unterzeichnung der NATO-Ukraine-Charta von 1997 mit hochrangigen Vertretern des Außenministeriums, mit der ukrainischen Kommission für Beziehungen zur NATO und mit Mitgliedern des ukrainischen Parlaments zusammen.

Drei Empfänger von Fördermitteln des NATO-Wissenschaftsprogramms – **Zhores I. Alferov, Alan G. MacDiarmid und Paul Greengard** – teilten sich im Jahr 2000 mit anderen Wissenschaftlern den **Nobelpreis** für Physik, Chemie bzw. Physiologie/ Medizin.

Am 5. Oktober 2000 stattete VN-Generalsekretär **Kofi Annan** der NATO einen Besuch ab, um Sicherheitsprobleme auf dem Balkan sowie den Beitrag der NATO als regionaler Organisation zu **Friedensmissionen der Vereinten Nationen** zu erörtern.

Geste der Freundschaft

Nach dem Sturz des jugoslawischen Präsidenten Slobodan Milosevic begrüßte **Lord Robertson** am 10. Oktober 2000 während eines informellen Treffens der **NATO-Verteidigungsminister in Birmingham** den Übergang der Bundesrepublik Jugoslawien zur Demokratie und versprach der jugoslawischen Bevölkerung in einer Geste der Freundschaft, sie bei der Suche nach dem ihr gebührenden Platz in der euro-atlantischen Staatengemeinschaft zu unterstützen.

Videokonferenzen

Im Rahmen von Videokonferenzen erörterten am 2. und 3. Oktober 2000 **Lord Robertson**, der Vorsitzende des Militärausschusses Admiral **Guido Venturoni** und die Botschafter der NATO-Staaten mit dem scheidenden KFOR-Kommandeur General **Juan Ortuño** die Fortschritte im Zusammenhang mit der KFOR-Mission sowie mit dem Hohen Beauftragten **Wolfgang Petritsch** und SFOR-Kommandeur General **Michael L. Dodson** die Umsetzung des Abkommens von Dayton in Bosnien.

Am 27. September 2000 stattete der Ministerpräsident der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien (*), **Ljubco Georgievski**, der NATO einen Besuch ab.

Am 25. und 26. September 2000 reiste **Lord Robertson** nach **Georgien**, wo er mit Präsident **Eduard Schewardnadse** und mehreren Ministern zusammentraf.

Vom 20. bis 29. September 2000 fand in **Brüssel** und **Uschgorod** (Ukraine) die Katastrophenhilfeübung **Trans-Carpathia 2000** statt, an der Soldaten aus zwei NATO-Mitgliedstaaten und aus neun Partnerstaaten teilnahmen.

Herausforderungen der Zukunft

Am 21. und 22. September 2000 kamen in **Berlin** auf der jährlich zu veranstaltenden **NATO-Überprüfungskonferenz Lord Robertson, die Botschafter der NATO-Staaten**, hochrangige NATO-Bedienstete, Experten der Regierungen und Wissenschaftler zu Gesprächen über die künftigen Aufgaben des Bündnisses zusammen.

Am 20. September 2000 informierte General **Joseph Ralston** (SACEUR) den **Nordatlantikrat** über Vorbereitungen der KFOR- und der SFOR-Truppen zur Gewährleistung der Sicherheit während der Wahlen im Kosovo und in Bosnien.

Auf einem Seminar, das am 14. September 2000 vom **Marshall-Zentrum** in Garmisch-Partenkirchen veranstaltet wurde, analysierte **Lord Robertson** die neue Rolle der NATO auf dem Gebiet der Krisenbewältigung sowie deren Auswirkungen auf das Arbeitsprogramm der NATO; danach reiste er zum Eisenhower-Vortrag mit dem Thema The relevance of Atlanticism zur **NATO-Verteidigungsakademie** nach Rom.

Historische Tagung

Am 19. September 2000 kamen in **Brüssel** zum ersten Mal auf Botschafterebene der **Nordatlantikrat** und das **Politische und Sicherheitspolitische Interimskomitee der EU** zusammen, um eine Bilanz der Fortschritte zu ziehen, die im Hinblick auf die Ad-hoc-Arbeitsgruppen der NATO und der EU (die Regelungen für den Zugang der EU zu kollektiven NATO-Mitteln erarbeiten sollen) wie auch im Hinblick auf die ständigen Konsultationsmechanismen zwischen den beiden Organisationen erzielt worden sind.

Carl Bildt informiert

Am 13. September 2000 unterrichtete der VN-Sonderbeauftragte für den Balkan, **Carl Bildt**, den **Nordatlantikrat** über die Lage auf dem Balkan.

Vom 11. bis 22. September 2000 fand in Cluj-Napoca (Nordwestrumänien) die Übung **Cooperative Best Effort 2000** statt, an der 400 Soldaten aus acht NATO-Staaten und neun Partnerstaaten sowie 800 rumänische Soldaten beteiligt waren; im Mittelpunkt standen operative Aspekte von Maßnahmen zur Unterstützung des Friedens.

Am 13. September 2000 stattete der damalige slowenische Ministerpräsident **Andrej Bajuk** der NATO einen Besuch ab.

Vom 4. bis 15. September 2000 nahmen Streitkräfte aus sechs NATO-Staaten und acht Partnerstaaten in **Südostrumänien** an der Übung **Cooperative Key 2000** teil, die auf Maßnahmen zur Unterstützung des Friedens abzielte und in die Luftstreitkräfte sowie Sanitätspersonal einbezogen waren.

Das **Slowenische Fremdsprachenzentrum** wurde von der NATO offiziell zum siebten **PfP-Ausbildungszentrum** erklärt. Das Zentrum veranstaltet Englischkurse für Angehörige von Partnerstaaten.

Am 11. September und am 15. September 2000 kamen die **Stabschefs der NATO-Staaten** in **Athen** bzw. **Istanbul** zu Gesprächen über den Balkan und zur Überprüfung der Streitkräftestruktur der NATO zusammen.

Am 8. September 2000 übernahm General **Michael L. Dodson** (Vereinigte Staaten) in Bosnien als Nachfolger von General Ronald Emerson Adams (Vereinigte Staaten) das SFOR-Kommando.

Kommandobereich Atlantik

Am 5. September 2000 wurde der amerikanische General **William F. Kernan** als Nachfolger von Admiral **Harold W. Gehman** (ebenfalls Vereinigte Staaten) neuer **Oberster Alliierter Befehlshaber Atlantik** (SACLANT).

Lord Robertson nahm an einem Symposium teil, das am 6. und 7. September 2000 in **Reykjavik** von **SACLANT** mit dem Thema *Future of North Atlantic Security – Emerging Strategic Imperatives* veranstaltet wurde. Besonders hervorgehoben wurden von ihm die Rolle der NATO im Kosovo, die Beziehungen zu Russland, die Zusammenarbeit mit Partnerstaaten, die zunehmende Zusammenarbeit zwischen der EU und der NATO sowie die Notwendigkeit eines Ausbaus der Verteidigungsfähigkeiten des Bündnisses.

Fachleute unter sich

Am 24. Juli 2000 informierte Generaloberst **Waleri Manilow**, erster stellvertretender Generalstabschef der russischen Streitkräfte, auf einer Tagung des Ständigen Gemeinsamen Rates über die **Militärdoktrin** Russlands und über die russischen Ansichten zum strategischen Konzept des Bündnisses.

Am 28. Juli 2000 kam **Lord Robertson** während eines **Spanienbesuchs** mit dem spanischen Premierminister **José María Aznar**, Verteidigungsminister **Federico Trillo** und Außenminister **Josep Pique** zusammen.

Am 27. Juli 2000 kam **Lord Robertson** in **Frankreich** mit dem französischen Premierminister **Lionel Jospin** zusammen.

Weitere Informationen: www.nato.int/docu/update/index.htm.

Quo vadis Bosnien?

Gerald Knaus und Marcus Cox befassen sich fünf Jahre nach dem Ende der Kampfhandlungen mit dem Frieden in Bosnien und prüfen die Aussichten für einen sich selbst tragenden Friedensprozess.

© Reuters

Feierliche Unterzeichnung: Die Präsidenten Slobodan Milosevic (links), Franjo Tudjman (Mitte) und Alija Izetbegovic (rechts) sind seit der Unterzeichnung des Abkommens von Dayton (14. Dezember 1995) alle aus ihrem Amt ausgeschieden.

Der fünfte Jahrestag der Unterzeichnung des Abkommens von Dayton fällt in eine Zeit des Jubels und der Freude auf dem Balkan. Die Regime Slobodan Milosevics und Franjo Tudjmans, der nationalistischen Regierungschefs, die aus den Ruinen des ehemaligen Jugoslawien mit Waffengewalt ein Groß-Serbien und Groß-Kroatien heraustrennen wollten, sind von ihrem eigenen Volk deutlich abgelehnt und durch Regierungen ersetzt worden, die hoffen, die beiden Staaten wieder in die europäische Staatenfamilie zu integrieren. Da Bosnien und Herzegowina (Bosnien) nicht mehr von landhungrigen und Konflikte schürenden Nachbarn umgeben ist, sehen die Chancen für einen langfristigen Frieden dort nun besser aus als je zuvor.

In Bosnien selbst herrscht jedoch eine pessimistische Stimmung. Laut einer Meinungsumfrage der letzten Zeit würden 70 % der jungen Leute das Land verlassen, wenn sie die Möglichkeit dazu hätten. Obwohl die Bosnier in zunehmendem Maße eher an Arbeitsplätze als an ethnische Probleme denken, vernachlässigen die wichtigsten politischen Parteien weiterhin die zahlreichen drängenden Sorgen der Bevölkerung zugunsten engstirniger und häufig chauvinistischer politischer Programme. Die Wahlen vom November 2000, die sich – wie einige Vertreter der internationalen Staatengemeinschaft hofften – eigentlich zu einem Wettstreit zwischen reformwilligen gemäßigten und rückwärts gewandten nationalistischen Kräften entwickeln sollten, wurden stattdessen zu einem Votum gegen die jeweilige Regierung, gleichgültig welcher politischen Richtung sie angehörte. Die gemäßigte Sozialdemokratische Partei (SDP) trat in den Teilen des Landes, die eine bosnisch-muslimische (bosniakische) Mehrheit aufweisen, als die führende politische Kraft an die Stelle der Partei der Demokratischen Aktion, der langjährigen Regierungspartei. In den Landesteilen mit serbischer Mehrheit, wo seit 1998 eine vom Westen unterstützte Regierung unter Premierminister Milorad Dodik an der Macht war, errang jedoch die Serbische Demokratische Partei den Wahlsieg, also genau die Partei, die von dem wegen Kriegsverbrechen angeklagten serbischen Nationalisten Radovan Karadzic gegründet worden ist.

Die internationale Friedensmission steht nun vor einigen äußerst schwierigen Entscheidungen. Wie kann sie ihre Strategien einem Umfeld anpassen, in dem die führenden politischen Parteien nach wie vor grundsätzlich die Legitimität derjenigen

Gerald Knaus ist Leiter der Europäischen Stabilitätsinitiative (ESI), einer Expertengruppe mit Sitz in Berlin, die sich für die Wiederherstellung der Stabilität Südosteuropas einsetzt. Marcus Cox ist leitender Bosnienreferent der ESI.

Institutionen in Frage stellen, für die Wahlen veranstaltet werden? Welche Lehren sind aus den wiederholt fehlgeschlagenen Versuchen zu ziehen, bestimmte Personen besonders zu stützen? Und wie lassen sich die nötigen langfristigen, schrittweisen Verfassungs- und Verwaltungsreformen zur Stabilisierung des politischen Systems fortführen, wenn ein Einbruch der öffentlichen Finanzen droht und die Bereitschaft der Völkergemeinschaft abnimmt, sich ganz auf Bosnien zu konzentrieren? Können die zersplitterten politischen Kräfte Bosniens rechtzeitig zur Abwehr einer eskalierenden Wirtschaftskrise und einer Infragestellung des bosnischen Staates an sich zu einem einigermaßen effizienten Staatswesen zusammengeschweißt werden?

Die schwierige Doppelaufgabe des Wiederaufbaus nach einem verheerenden Krieg und des Umbaus eines kommunistischen Systems zu einer freien Marktwirtschaft hat bisher die Kräfte der schwachen Institutionen dieses Staates überstiegen. Trotz der internationalen Wiederaufbauhilfe in Höhe von mehr als $ 5 Mrd. ist das Bruttoinlandsprodukt Bosniens noch immer weniger als halb so hoch wie vor dem Krieg. Die Arbeitslosigkeit ist unverändert hoch, und bei Durchschnittseinkommen, die weit unter dem Subsistenzbedarf einer Familie liegen, leben mehr als 60 % der Bevölkerung in Armut. Ausländische Investoren sind ausgeblieben, da sie sich von den allzu langsamen Privatisierungsfortschritten, dem schwachen Rechtssystem und einer Unzahl hinderlicher Vorschriften abschrecken ließen. Manche Regierungen, auch die der Republika Srpska, sind kaum in der Lage, die monatlichen Zinsen für ihre Auslandsschulden zu bezahlen.

Versuche, dem wirtschaftlichen Niedergang Einhalt zu gebieten, waren wegen der Schwäche der öffentlichen Institutionen auf jeder der zahlreichen Verwaltungsebenen Bosniens zum Scheitern verurteilt. Von Anfang an galt das Abkommen von Dayton als schwieriger Kompromiss, denn es schuf einen Staat, der kaum über genügend zentrale Hoheitsfunktionen verfügte, um diesen Namen zu verdienen, und es garantierte gleichzeitig die Autonomie der drei Bevölkerungsgruppen durch ein komplexes System der ethnischen Gewaltenteilung. Die staatlichen Hoheitsfunktionen verteilen sich auf zwei Gebietseinheiten, zehn Kantone, 149 Gemeinden und den unter internationaler Verwaltung stehenden Bezirk Brcko. Die meisten dieser Verwaltungsebenen sind Neuschöpfungen und leiden unter einem akuten Mangel an öffentlichen Bediensteten und kompetenten ausführenden Organen. Die gesamte Struktur ist so komplex und ineffizient, dass sich allzu oft überhaupt keiner mehr dafür verantwortlich fühlt, drängenden gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Problemen entgegenzutreten.

Da die Verfassungsorgane schwach sind, vollzieht sich die eigentliche Machtausübung hinter verschlossenen Türen – weit weg von einer Überprüfung durch die Öffentlichkeit und weit entfernt von jedem demokratischen Prozess. Das krasseste Beispiel für diese Form der parallelen Machtausübung besteht in dem bosnisch-kroatischen Nebenstaat Herzeg-Bosna, der trotz seiner offiziellen Auflösung (1994) weiterhin die tatsächliche Kontrolle über die kroatischen Institutionen und öffentlichen Finanzen ausübt. Im November 2000 veranstaltete die kroatische Volksversammlung, ein Gremium ohne jede verfassungsmäßige Grundlage, ein Referendum über den Status des kroatischen Volkes und drohte, sich als Parallelregierung zu konstituieren, falls die internationale Staatengemeinschaft ihren Forderungen nicht nachkäme. In der Föderation Bosnien und Herzegowina sind nominell multiethnische Einrichtungen in Wirklichkeit in zwei getrennte bosniakische und kroatische Bestandteile aufgeteilt, zwischen denen es kaum Kommunikationskanäle gibt. Auf der staatlichen Ebene verfolgen die gewählten Volksvertreter mit ihrer Arbeit häufig lediglich das Ziel, den Staat nicht zu einem wirksamen politischen Akteur werden zu lassen.

Solange die grundlegenden Verwaltungsstrukturen schwach sind, können Wahlen nur wenig zur Förderung eines verantwortlichen Regierungssystems beitragen. Die internationale Staatengemeinschaft hat jedoch, als ob sie in der Hoffnung auf ein besseres Ergebnis ständig neu würfeln wollte, allein in den letzten fünf Jahren sechs Urnengänge veranlasst. Die Suche nach „gemäßigten“ Politikern hat sich als vergeblich erwiesen, und von der Völkergemeinschaft bevorzugte Kandidaten wie der Premierminister der Republika Srpska, Milorad Dodik, enttäuschten alle Hoffnungen, sobald sie an der Macht waren. Unter den Bosniaken gewinnt die multiethnische SDP unter Zlatko Lagumdzija immer mehr Anhänger. Da die Wähler diese Partei jedoch hauptsächlich auf kommunaler und kantonaler Ebene unterstützen und sie sich auf einen äußerst schwachen und zersplitterten Verwaltungsapparat stützt, wird die SDP in nächster Zeit kaum wesentliche Reformen durchsetzen können. In den Gebieten mit serbischer und kroatischer Mehrheit werden trotz einer weitverbreiteten Politikverdrossenheit nach wie vor die Parteien gewählt, die sich während des Krieges als Nationalisten profilierten.

Während die Weltöffentlichkeit mit Blick auf Südosteuropa ihr Augenmerk auf die vielschichtigen Probleme der Bundesrepublik Jugoslawien richtet, wird die internationale Mission in Bosnien von vielen Beobachtern wie schon 1996 als Wettlauf mit der Zeit betrachtet. Bosnien ist noch kein Staat, der sich selbst trägt, und ein verfrühter Abzug könnte nicht nur für Bosnien, sondern für die Region insgesamt katastrophale Folgen haben. Es ist aber auch klar, dass internationale Hilfe nicht weiterhin die Schwäche des bosnischen Staates auffangen kann, wenn nicht allmählich deutlicher erkennbar wird, wie dieser Staat und seine Institutionen überhaupt lebensfähig werden können.

Aufgrund der Enttäuschung über die Schwäche der nationalen Institutionen hat die internationale Mission energischer durchgegriffen, so dass das Büro des Hohen Beauftragten und die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa nun zentrale Stützpfeiler der Verfassungsordnung geworden sind. Die internationale Mission kann das Land jetzt nicht verlassen, ohne einen Zusammenbruch des Staates zu riskieren, aber sie kann die Verantwortung auch nicht den nationalen Behörden übertragen; sie spielt somit eine Rolle, die sie nie haben wollte.

In der ersten Phase des Friedensprozesses orientierten sich die Aufgaben der internationalen Mission an den traditionellen Grundsätzen friedenserhaltender Maßnahmen der Vereinten Nationen und wurden durch eine ungewöhnlich starke militärische Komponente abgestützt. Das Abkommen von Dayton enthielt einen detaillierten Plan für die militärischen Verpflichtungen, und die von der NATO geführten IFOR-Truppen, denen 60 000 Mann zur Verfügung standen, sorgten dafür, dass die Bestimmungen auf Punkt und Komma befolgt wurden. Die internationalen Truppen wurden rasch entlang den Waffenstillstandslinien disloziert; sie bildeten eine physische Trennmauer zwischen den Konfliktparteien, lagerten Waffen in Depots und demobilisierten die Streitkräfte auf das in Friedenszeiten übliche Niveau. Ein genaues Ausbalancieren der verschiedenen Streitkräftevereinbarungen und die sorgfältige Überwachung militärischer Bewegungen durch die IFOR-Truppen führte zu einer

Entschärfung der Sicherheitsprobleme zwischen den Konfliktparteien. Durch das Ausbildungs- und Ausrüstungsprogramm, das unabhängig von der NATO von amerikanischen Auftragnehmern durchgeführt wurde, konnten die Streitkräfte der Föderation so ausgestattet werden, dass ein Kräftegleichgewicht zwischen den früheren Konfliktparteien geschaffen wurde. Einen ähnlichen Abbau und Kräfteausgleich erreichte die Internationale Polizeitruppe im polizeilichen Bereich.

Die internationale Staatengemeinschaft engagierte sich mit beeindruckendem Elan für den Wiederaufbau des vom Krieg zerstörten Landes. Am Ende des Bosnienkrieges waren mehr als 2 000 km Straße, 70 Brücken, die Hälfte des Stromversorgungsnetzes und mehr als ein Drittel der Häuser zerstört. Angesichts enormer logistischer Schwierigkeiten koordinierten die Weltbank und die EU-Kommission ein Wiederaufbauprogramm im Wert von $ 5,1 Mrd. Schon 1999 war mehr als ein Drittel der zerstörten Häuser wieder instand gesetzt worden, und der größte Teil der städtischen Infrastruktur – von Telefonleitungen, Elektrizitäts- und Wasserwerken bis hin zur Zahl der Schüler pro Grundschule – war wieder auf dem Vorkriegsniveau.

Bei diesen praktischen Aufgaben erzielte die internationale Mission ihre größten Erfolge. Ihre politischen Ambitionen waren eher bescheiden und beschränkten sich auf die Durchführung von Wahlen in möglichst kurzer Zeit. Wahlen galten als Schlüssel zur Entfernung von Extremisten aus der politischen Landschaft und zur Einleitung einer neuen Ära der freiheitlichen Demokratie. Sie waren auch der notwendige erste Schritt zum Aufbau der neuen staatlichen Institutionen. Es erwies sich jedoch, dass die führenden nationalistischen Politiker des Krieges immer wieder an die Macht gewählt wurden; sie waren durch ihre neuen verfassungsmäßigen Mandate gestärkt und legitimiert, so dass der Völkergemeinschaft keine andere Wahl blieb, als mit genau denen zusammenzuarbeiten, die auch den Krieg geführt hatten.

Solange die internationale Staatengemeinschaft ihre Mittel freigebig für den Wiederaufbau des Landes einsetzte, stieß die Friedensmission auf wenig Widerstand. Sobald die unmittelbaren militärischen und humanitären Bedürfnisse gedeckt waren und man sich auf den Aufbau eines funktionsfähigen Staates konzentrierte, begegnete die Völkergemeinschaft jedoch starkem politischem Widerstand.

Kein Frieden ohne Gerechtigkeit

Nach einem wenig verheißungsvollen Start hat der Internationale Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien (der Gerichtshof) inzwischen einiges zuwege gebracht. Er wird zunehmend sowohl innerhalb als auch außerhalb Jugoslawiens als entscheidendes Instrument dafür betrachtet, die Stabilität der Region wiederherzustellen und zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen wieder Vertrauen zu schaffen. In dem Maße, wie sich nun immer bedeutendere Personen vor Gericht zu verantworten haben, entwickelt sich auch ein Korpus von Präzedenzfällen, die für das künftige Kriegsrecht von zentraler Bedeutung sein werden.

Der Gerichtshof wurde im Mai 1993 durch die Resolution Nr. 827 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen ins Leben gerufen und erhielt den Auftrag, alle Personen zu verfolgen und vor Gericht zu stellen, denen ernste Verstöße gegen das internationale humanitäre Recht (schwere Verstöße gegen die Genfer Konventionen von 1949, Verstöße gegen die Gesetze und Gebräuche des Krieges, Völkermord und Verbrechen gegen die Menschlichkeit), die seit 1991 im Hoheitsgebiet des ehemaligen Jugoslawien begangen worden sind, zur Last gelegt werden. Im November 2000 wurde gegen 39 Personen entweder ein Gerichtsverfahren geführt, oder sie warteten auf ein Verfahren oder waren bereits in einem Verfahren schuldig gesprochen worden. Weitere 25 mutmaßliche Kriegsverbrecher, darunter Radovan Karadzic, Ratko Mladic und Slobodan Milosevic waren jedoch weiterhin auf freiem Fuß.

In den ersten Jahren stand der Gerichtshof vor einer Reihe scheinbar unüberwindbarer Probleme. Dazu zählten finanzielle Engpässe, die feindselige Haltung der örtlichen Behörden, die zu geringe Zahl tatsächlich inhaftierter Personen und eine nur halbherzige Unterstützung durch die entscheidenden Mitglieder der internationalen Staatengemeinschaft. Im Dezember 1996, ein Jahr nach dem Ende des Bosnienkrieges, wurde sogar noch nicht einmal ein Vertreter des Gerichtshofs zu der Londoner Tagung des Rates für die Umsetzung des Friedens, des zwischenstaatlichen Gremiums für die Überwachung des Friedensprozesses, eingeladen. Obwohl der damalige Ankläger des Gerichtshofs, der Südafrikaner Richard Goldstone, keine offizielle Einladung erhalten hatte, entschloss er sich zur Teilnahme an dieser Tagung, auf der die ersten zwölf Monate der Umsetzung des Friedensabkommens erörtert wurden. Kurz danach trugen seine Beharrlichkeit und die anderer Mitarbeiter des Gerichtshofs die ersten Früchte.

Das Blatt wendete sich am 10. Juli 1997, als britische Angehörige der Friedenstruppen in einer gewagten Operation einen mutmaßlichen Kriegsverbrecher, Milan Kovacevic, verhafteten und einen anderen, Simo Drljaca, töteten. Kovacevic und vor allem Drljaca waren hochrangige Personen, und durch ihre Verhaftung wurde der Teufelskreis der Straffreiheit gebrochen, der die zur Auflösung Jugoslawiens führenden Kriege gekennzeichnet hatte. Die befürchteten Gegenreaktionen blieben aus, und nach einiger Zeit kam es zu weiteren Verhaftungen. Bisher haben Angehörige der Stabilisierungstruppen 19 mutmaßliche Kriegsverbrecher verhaftet; drei weitere wurden entweder beim Versuch des Widerstands gegen ihre Verhaftung getötet oder begingen lieber Selbstmord, als sich zu ergeben.

Auch schon vor dem 10. Juli 1997 hatte der Gerichtshof mehrere Personen inhaftiert. Diese waren entweder im Ausland verhaftet worden, hatten sich freiwillig gestellt oder waren (ein Fall im Juni 1997) im Zuständigkeitsgebiet der VN-Übergangsverwaltung für Ostslawonien in Kroatien verhaftet worden. Das erste Verfahren wegen Kriegsverbrechen wurde gegen Dusko Tadic, einen

Bosnien war nach dem Krieg de facto in drei Zonen geteilt, deren Grenzen die Waffenstillstandslinien bildeten. Die Zonen genossen jeweils politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit und unterstanden einer eigenen Verwaltung unter der Kontrolle einer der drei Armeen. Wie bei jedem lang andauernden Konflikt entwickelten sich in diesen „Staaten“ Machtstrukturen, die ein besonderes Interesse am Fortbestand der außergewöhnlichen Kriegsumstände hatten und sich allen Veränderungen energisch widersetzten.

Über bestimmte Elemente hatten diese Regime Verbindungen zu Schmugglerbanden und zum organisierten Verbrechen, so dass einzelne führende Politiker zu Macht und Reichtum gelangten. Durch die Verbindung der Androhung von Gewalt einerseits mit der Aussicht auf Belohnung andererseits – in der Regel ging es um die Aufteilung von Kriegsbeute und die Besetzung öffentlicher Ämter – konnten sie die politische Macht für ihre eigene Bevölkerungsgruppe sichern. Wie die frühere KP Jugoslawiens nutzten die nationalistischen Parteien ein System der Günstlingswirtschaft, um die öffentlichen Institutionen unter ihrer Kontrolle zu halten.

Diese Machtstrukturen aus der Zeit des Krieges waren auch danach noch für das politische Leben in Bosnien bestimmend. Was Außenstehenden wie unüberwindbarer ethnischer Hass vorkam, erwies sich häufig als rücksichtslose und eigennützige politische Manipulation. Die politische Elite nutzte nationalistische Parolen als Mittel zur Kontrolle ihrer jeweiligen Bevölkerungsgruppe und schürte kollektive Angstgefühle, um die Mauern zwischen den verschiedenen ethnischen Gruppen noch zu stärken. Nahezu jedes internationale Vorhaben, das über die Verteilung von Hilfsgütern hinausging, wie z.B. die Förderung der Rückkehr von Flüchtlingen oder der Aufbau eines gemeinsamen Wirtschaftsraums, bedrohte die nationalistischen Machtstrukturen und stieß auf heftigen Widerstand.

Angesichts der aussichtslosen Lage an so vielen Fronten konzentrierte sich die internationale Mission einfach auf das, was in einem solchen Umfeld machbar war, nämlich auf den materiellen Wiederaufbau. Die Bereitstellung enormer Summen an Wiederaufbauhilfe bei einem Minimum an politischen oder auch institutionellen Reformen trug natürlich unweigerlich zu einer weiteren Stärkung der nationalistischen Machtstrukturen bei.

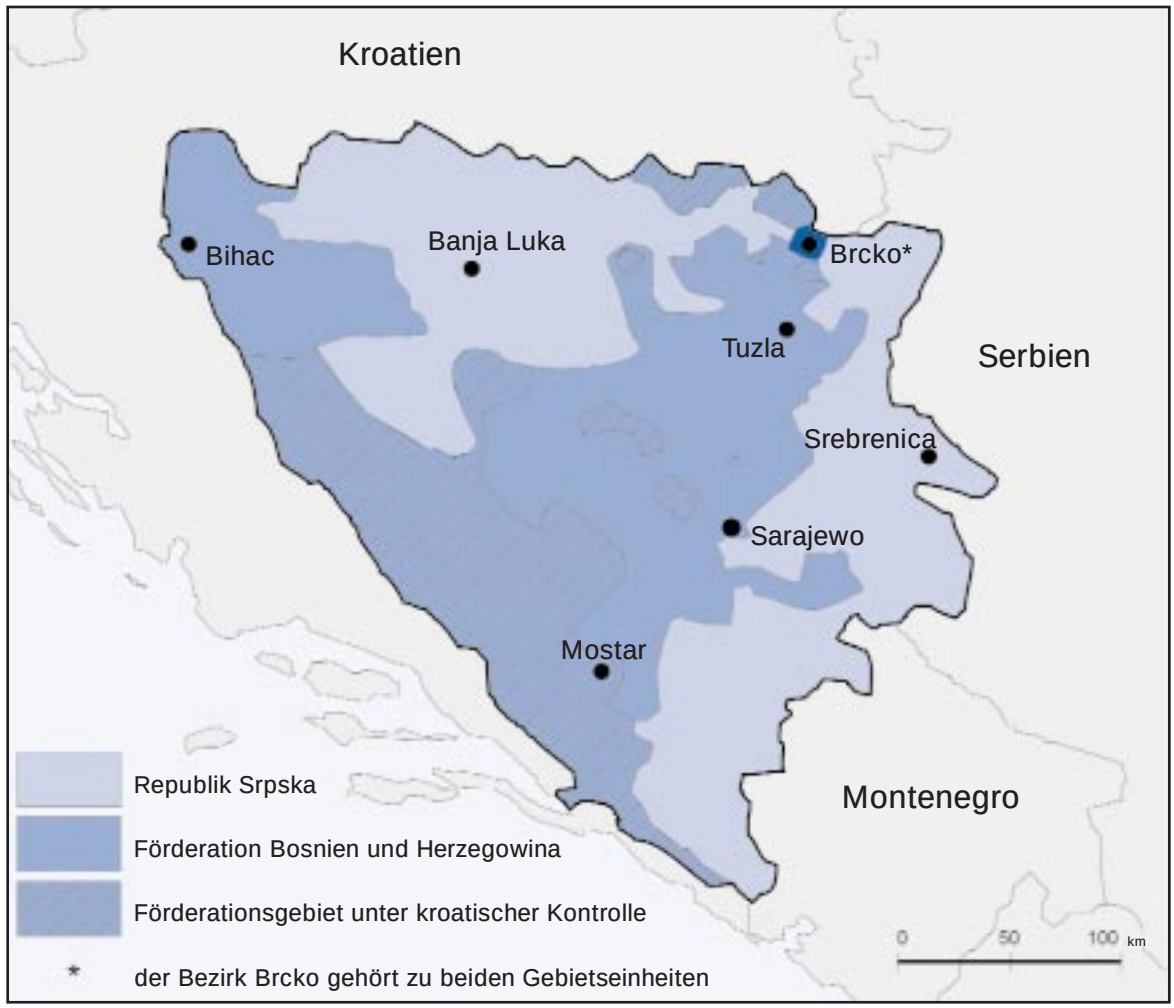
bosnischen Serben, geführt, der im Februar 1994 in München verhaftet worden war. Nach einem Verfahren mit Berufung, das 79 Tage dauerte, wurde er zu 20 Jahren Gefängnis verurteilt. Acht mutmaßliche Kriegsverbrecher sind gestorben, zwei davon in Haft. Gegen 18 Personen, von denen drei inhaftiert waren, wurden die Anklagen fallen gelassen, und zwei Angeklagte wurden nach dem Verfahren freigesprochen.

In der internationalen Staatengemeinschaft wurde häufig die Befürchtung geäußert, die Frage der Kriegsverbrechen und der diesbezüglichen Gerichtsverfahren werde die Friedensverhandlungen erschweren und eine dauerhafte Lösung behindern. Der Gerichtshof war nach der Veröffentlichung eines 3 300 Seiten starken Berichts einer Kommission eingesetzt worden, die sich aus fünf Rechtsexperten unter der Leitung von Cherif Bassiouni, einem Juraprofessor der DePaul-Universität in Chicago, zusammensetzte und Angaben über ethnische Säuberungen prüfte. Die Kommission war ihrerseits im Anschluss an die Londoner Konferenz (August 1992) gebildet worden, die als Reaktion auf Enthüllungen der Medien bezüglich der Existenz von Internierungslagern unter serbischer Leitung einberufen worden war. Die Arbeit der Bassiouni-Kommission wurde weitgehend aus Mitteln der Soros-Stiftung finanziert, einer Wohltätigkeitsorganisation, die der international bekannte Finanzier und Philanthrop George Soros gegründet hat.

© Reuters

Gesucht: 25 mutmaßliche Kriegsverbrecher sind noch auf freiem Fuß.

Die niederländische Regierung stellte dem Gerichtshof ein Gebäude in Den Haag zur Verfügung, das nun für dessen 1 200 Mitarbeiter nicht mehr groß genug ist. Für den Haushalt des Gerichtshofs, der von $ 276 000 (1993) auf fast $ 100 Mill. (2000) angestiegen ist, kommen die Vereinten Nationen auf. Einige Aktivitäten, wie z.B. das Exhumierungsprogramm in Srebrenica, dem Schauplatz des schlimmsten Massakers des bosnischen Krieges, sowie eine PR-Kampagne, mit deren Hilfe die Arbeit des Gerichtshofs in der Region erklärt werden soll, werden durch externe Mittel finanziert. Nach dem Kosovokrieg haben zudem 11 Staaten gerichtsmedizinische Expertengruppen entsandt, die dem Gerichtshof bei seinen Ermittlungen helfen sollen.



© Olivier Neola

Das Fortbestehen dieser Parallelstrukturen vereitelte den Aufbau des bosnischen Staates. Die tatsächliche Macht wurde hinter verschlossenen Türen ausgeübt. Die nationalistischen Parteien sahen keinerlei Grund, die Kontrolle über ihre Angelegenheiten auf die neuen Institutionen, die sie vielleicht nicht mehr lenken konnten, übergehen zu lassen. Durch eine einfache Verweigerungstaktik sorgten sie dafür, dass die staatlichen Institutionen kaum mehr werden konnten als eine Bühne für die nationalistischen Politiker.

Fünf Jahre danach lösen sich die nationalistischen Machtstrukturen wegen der Kriegsmüdigkeit der Bevölkerung und der unvermeidlichen Rückkehr zur Normalität in dieser Region nun langsam auf. In der Republika Srpska begann das Regime Karadzics schon direkt nach dem Abkommen von Dayton wegen des Bruchs zwischen Pale und Belgrad abzubröckeln. Die privaten Sicherheitskräfte, auf die sich das äußerst habgierige Regime Karadzics stützte, verschlangen Unsummen. Einige gezielte internationale Operationen gegen seine Schmugglerbanden in Verbindung mit einer koordinierten politischen Kampagne gegen seine weitere Amtsausübung verdrängten ihn dann von der Macht.

Der kroatische Nebenstaat Herzeg-Bosna bestand länger, leidet nun aber sehr unter dem Rückgang der finanziellen Unterstützung aus Kroatien, nachdem die Kroatische Demokratische Union (Hrvatska demokratska zajednica – HDZ) des früheren Präsidenten Franjo Tudjman Anfang 2000 die Wahlen verloren hatte. Da der Strom der externen Hilfsgelder versiegt, sind die genannten Parallelstrukturen immer weniger in der Lage, die grundlegenden öffentlichen Versorgungssysteme sicherzustellen, ganz zu schweigen von der Zahlung von Bestechungsgeldern, von der nun ihre Macht abhängt. Daher zeigen sich nun Risse im politischen Apparat. Einige hochrangige Persönlichkeiten in der bosnischen HDZ nähern sich nun auf der Suche nach zuverlässigeren Einnahmequellen dem rechtmäßigen Gesamtstaat und der Völkergemeinschaft an. Auf der anderen Seite hat die Parteiführung unter Ante Jelavic den Weg der totalen Konfrontation mit der internationalen Staatengemeinschaft eingeschlagen und droht mit dem Auszug aus allen Institutionen.

Dieser Zerfallsprozess eröffnet zwar Chancen für echte Fortschritte, er ist aber auch eine Gefahr für den Friedensprozess. Die nationalistischen Parteien sind noch stark genug, um dafür zu sorgen, dass die Regierungskrise auf allen Ebenen des bosnischen Staates fortbesteht. In einer Zeit, in der die alten Systeme zusammenbrechen, sind die legitimen Verfassungsstrukturen nun einfach noch nicht bereit, die Zügel zu übernehmen. In beiden Gebietseinheiten herrscht Chaos auf dem Gebiet der öffentlichen Finanzen, die Rentensysteme sind bankrott, der öffentliche Sektor ist zu groß und ineffizient, Korruption ist allgegenwärtig, und nirgends verfügt man über die Fähigkeit oder auch den politischen Willen, die dringend benötigten Wirtschaftsreformen einzuleiten.

Folglich treten an die Stelle der monolithischen nationalistischen Parteien, auch wenn ihre Tage gezählt sein mögen, nicht freiheitliche Demokratien, sondern eine wachsende Zahl von Splitterparteien und immer schwächere Institutionen. Eine neue Regierung wird, mögen ihre Reformabsichten noch so aufrichtig sein, angesichts dieses institutionellen Zerfalls, abnehmender Ressourcen und des Widerstands aus vielen Kreisen vor einer enorm großen Herausforderung stehen. Gerade jetzt, wo der Wandel in Kroatien und Serbien die Gefahr eines erneuten Krieges anscheinend in weite Ferne rücken lässt, droht Bosnien als chronisch schwacher Staat unter der Last der sich verschärfenden wirtschaftlichen und politischen Krise zusammenzubrechen.

Vor dem Hintergrund der ständigen Uneinigkeit zwischen bosnischen Politikern hat sich die internationale Staatengemeinschaft kühn dazu entschlossen, sich einige neue Befugnisse zu geben. Der Hohe Beauftragte ist nun zur entscheidenden gesetzgebenden Gewalt bestimmt worden und hat nicht mehr nur die im Abkommen von Dayton vorgesehene weniger herausragende Koordinierungsfunktion. Im Dezember 1997 übertrug der Rat für die Umsetzung des Friedens, das zwischenstaatliche Aufsichtsgremium der Friedensmission, dem Hohen Beauftragten Gesetzgebungsbefugnisse und ermächtigte ihn, öffentliche Bedienstete, die den Friedensprozess behindern, zu entlassen.

Die Befugnisse des Hohen Beauftragten haben sich bei der Umgehung handlungsunfähiger staatlicher Institutionen als äußerst nützlich erwiesen. Nur dank dieser Befugnisse kam es zu Fortschritten bei der Verdrängung der nationalistischen Parteien aus den Kontrollorganen des staatlichen Rundfunks, der Einführung einer gemeinsamen Währung oder auch der Rückgabe von Wohn- und Eigentumsrechten an Personen, die während des Krieges den ethnischen Säuberungen zum Opfer gefallen waren. Der Erlass von Gesetzen durch den Hohen Beauftragten war zwar zunächst umstritten, ist aber inzwischen zu einer Routineangelegenheit geworden, die kaum Reaktionen seitens der bosnischen Öffentlichkeit oder der politischen Eliten hervorruft. Dieses Vorgehen wirft aber sowohl im Hinblick auf die Durchführung bestimmter Gesetze als auch bezüglich der Entwicklung des Verfassungssystems eine Reihe von Fragen auf.

Engpässe im Verwaltungsbereich und hinsichtlich der Ressourcen sind für derart verfügte Gesetze ein ebenso großes Problem wie für regulär verabschiedete Rechtsvorschriften. Es ist z.B. unmöglich, per Dekret ein funktionierendes bosnisches Zoll- oder Justizwesen ins Leben zu rufen, und die diesbezüglichen internationalen Programme haben stets auf die Notwendigkeit intensiver Begleitmaßnahmen in der Durchführungsphase verwiesen. Die Erfolge bezüglich der vom Hohen Beauftragten erlassenen Eigentumsgesetze sind das Ergebnis bedeutender organisatorischer Bemühungen mit dem Ziel, die tatsächliche Umsetzung der neuen Gesetze durch die zuständigen kommunalen Stellen sicherzustellen. In dem der internationalen Verwaltung unterstehenden Bezirk Brcko wird die Arbeit der internationalen Mission nicht mehr in erster Linie durch die nationalistische Opposition behindert, sondern durch einen gefährlichen Mangel an Ressourcen für die Aufrechterhaltung eines komplexen institutionellen Geflechts.

Alles in allem führt der Erlass von Gesetzen zu einer wachsenden Kluft zwischen dem jeweiligen Gesetz und seiner praktischen Umsetzung, wodurch das Vertrauen in das Rechtssystem mittelfristig eher geschwächt als gestärkt wird. Zudem sind Außenstehende wie auch die politischen Kräfte Bosniens ständig versucht, den Hohen Beauftragten zum Erlass eines Gesetzes zu drängen, um so ein bestimmtes Problem kurzfristig zu lösen oder einem politischen Freund zu helfen. Dies stärkt die jungen Institutionen jedoch nicht, sondern droht sie völlig zu untergraben, wenn an die Stelle der Willkürherrschaft früherer Regime willkürliche Entscheidungen der internationalen Staatengemeinschaft treten können.

Das Treuhandsystem ist die neue Waffe im Arsenal internationaler Interventionen, und in Bosnien muss es nun seine erste Bewährungsprobe bestehen. Letztlich kann dieses System nur als legitim gelten, wenn es zum Aufbau eines effizienten Staates führt, der die Treuhandschaft überflüssig macht. Die internationale Mission hat nun die Aufgabe eines Architekten und muss Strukturen aufbauen, die Bestand haben können, wenn die Unterstützung von außen aufhört.

Der Hohe Beauftragte hat durch seine Befugnisse allerdings keine magischen Kräfte. Er kann nicht einfach per Dekret einen funktionsfähigen Staat schaffen. Wenige der in Bosnien vertretenen internationalen Organisationen haben viel Erfahrung mit den Einzelheiten der institutionellen Aufbauarbeit, die genaue Sachkenntnisse voraussetzt. Einzelne Organisationen tendieren dazu, einfach mit den friedenserhaltenden Maßnahmen fortzufahren, die ihnen vertraut sind: Wiederaufbau, Überwachung und noch mehr Wahlen. Es fragt sich, ob die internationale Mission ihren Kurs zum jetzigen Zeitpunkt noch ändern kann.

Einige institutionelle Initiativen haben beeindruckende Ergebnisse gezeitigt. Unter internationaler Leitung konnte eine Zentralbank errichtet werden, die 1998 mit Erfolg eine neue Währung einführte. Zu beachtlichen Ergebnissen führte auch ein intensives Langzeitprogramm des EU-Büros für Zoll- und Finanzunterstützung, das der Reform der Zollverwaltung diente. Die unabhängige Medienkommission, eine neue Lizenzbehörde für Rundfunkmedien, hat die Unabhängigkeit der Medien gefördert. Auf kommunaler Ebene tragen die Bemühungen um den Aufbau örtlicher Verwaltungsstrukturen, welche die Eigentumsgesetze auch durchsetzen können, nun langsam Früchte. All dies erforderte eine klare strategische Planung in Bezug auf die Frage, wie die unterschiedlichen Formen des internationalen Engagements für die Lösung eines komplexen Problems genutzt werden können.

Die Völkergemeinschaft muss nun prüfen, welche Strukturen erforderlich sind, um dieses Projekt, den Aufbau eines Staates, zum Abschluss zu führen. Im Mai 2000 legte der Rat für die Umsetzung des Friedens eine Liste zentraler Institutionen vor, deren Aufbau Vorrang eingeräumt werden solle. Dazu zählen zentrale ordnungspolitische Instanzen für Infrastrukturbereiche wie Fernmeldewesen, Energieversorgung und Verkehr, ein unabhängiger und kompetenter öffentlicher Dienst sowie sichere Einkommensquellen für den Staat. Will die internationale Mission dieser Aufgabe gewachsen sein, so muss sie über die Gefechte mit den Überresten der während des Krieges herrschenden Regime hinausgehen und mit der Bildung von Kontrollinstitutionen für den verfassungsgemäßen Aufbau eines funktionsfähigen Staates beginnen, der von der bosnischen Öffentlichkeit auch als legitim anerkannt wird. ■

ESI-Studien zu Südosteuropa sind zugänglich über: www.esiweb.org.

Die Suche nach sicherheitspolitischen Lösungen

David Lightburn erörtert die militärische Landschaft Bosniens und untersucht die internationalen Programme zur Herbeiführung dauerhafter Sicherheit.

Als im Dezember 1995 die Waffen zum Schweigen kamen und die von der NATO geführten Friedenstruppen in Bosnien und Herzegowina (Bosnien) disloziert wurden, war der Krieg zwar zu Ende, aber der Frieden war noch unsicher. Bosnien war in zwei feindliche militärische Lager gespalten; die rivalisierenden bewaffneten Kräfte der verschiedenen Bevölkerungsgruppen standen sich als Gegner gegenüber, und die militärische Präsenz ausländischer Truppen war erforderlich, um ein Wiederaufflammen der Kämpfe zu verhindern. Das Abkommen von Dayton enthielt einen detaillierten Fahrplan für die militärischen Verpflichtungen, denen jede der früheren Konfliktparteien nachkommen musste, aber sollte das Abkommen mehr sein als ein bloßer Waffenstillstand, so war es nicht genug, die verschiedenen Armeen Bosniens zu trennen und unter Kontrolle zu halten. Um dauerhafte Sicherheit herbeizuführen und einen erneuten Ausbruch von Feindseligkeiten zu verhindern, haben die NATO und andere internationale Organisationen für Soldaten unterschiedlicher ethnischer Gruppen eine Reihe vertrauensbildender Programme erarbeitet, die dazu beitragen sollen, die Rahmenbedingungen für die Entwicklung einer zweckmäßigen, wirtschaftlich vertretbaren und dauerhaften Sicherheitsstruktur zu schaffen.

Im Abkommen von Dayton wurde die Existenz zweier getrennter Armeen in Bosnien anerkannt: die Armee der Föderation Bosnien und Herzegowina, d.h. der überwiegend kroatischen und bosniakischen (bosnisch-muslimischen) Gebietseinheit, und die Armee der Republika Srpska, der überwiegend serbischen Gebietseinheit. De facto gibt es jedoch nach wie vor drei Armeen, da die kroatischen und die bosniakischen Streitkräfte weder strukturell noch praktisch miteinander verbunden wurden und die Zusammenarbeit zwischen den beiden oberflächlich ist und auf ein Minimum beschränkt bleibt. Diese besonderen Umstände sind das Vermächtnis eines fast vierjährigen Krieges, in dem drei nach ethnischen Gesichtspunkten zusammengestellte Armeen, die auch gemischte reguläre Truppen, paramilitärische Truppen, Wehrpflichtige, ausländische Freiwillige, Guerillakämpfer und paramilitärische Polizeikräfte umfassten, sowohl um bestimmte Gebiete als auch um ihr eigenes Überleben kämpften. Zudem kommt in diesen Umständen zum Ausdruck, dass sowohl Nachbarstaaten als auch andere Länder in den Konflikt verwickelt waren und Unterstützung gewährten. Darüber hinaus gerieten im Zuge der Kampfhandlungen große Mengen an Waffen und Kampfmitteln in die Hand von Privatpersonen oder wurden in umfangreichen Waffendepots in Polizeikasernen gelagert.

Aus der Sicht Außenstehender muss die innerbosnische Sicherheitsarchitektur unweigerlich als unzweckmäßig erscheinen. In beiden Gebietseinheiten stöhnt die angeschlagene Volks-wirtschaft unter der belastenden Beibehaltung getrennter, allzu umfangreicher Armeen, die schlecht ausgestattet und mangelhaft ausgebildet sind. Zudem führt das Fehlen eines echten Dialogs zwischen den Militär- und Verteidigungssektoren der verschiedenen Volksgruppen Bosniens dazu, dass sich kaum der nötige politische Wille zur Entwicklung einer gemeinsamen Verteidigungspolitik und gemeinsamer militärischer Strukturen herausbilden kann. Dies wiederum macht es dem Land unmöglich, europäischen oder euro-atlantischen Strukturen beizutreten oder

Gemeinsames Singen der gleichen Lieder: Bosniakische, kroatische und serbische Soldaten

David Lightburn ist Mitarbeiter des Pearson Peacekeeping Center in Neuschottland, Kanada. Er arbeitete früher im internationalen Sekretariat der NATO und war vom Frühjahr 1992 bis zum Herbst 2000 daran beteiligt, die Aktivitäten des Bündnisses im Bereich friedenserhaltender Maßnahmen (einschließlich des Programms für Sicherheitszusammenarbeit mit Bosnien) zu planen.

auch mit einzelnen Staaten im Verteidigungsbereich zusammenzuarbeiten, so dass es nicht in der Lage ist, seine Sicherheit ohne die Präsenz der von der NATO geführten Friedenstruppen zu gewährleisten.

Obwohl das Abkommen von Dayton den Gebietseinheiten die Verantwortung für den Verteidigungssektor übertrug, lassen sich Sicherheit und Stabilität langfristig nur erreichen, wenn Bosnier beider Gebietseinheiten miteinander reden und zusammenarbeiten können, um die für die gemeinsame Verteidigung ihres Landes erforderlichen Strukturen und Fähigkeiten aufzubauen. In dem zwischen den drei ethnischen Gruppen vorherrschenden Klima des Misstrauens konnte sich allerdings auf gesamtstaatlicher Ebene noch keine sinnvolle Zusammenarbeit entwickeln.

Seit 1997 bemüht sich die Völkergemeinschaft, die militärische Zusammenarbeit zwischen den Gebietseinheiten zu stärken und die Effizienz des Ständigen Militärausschusses, des im Einklang mit dem Friedensabkommen eingerichteten gemeinsamen militärischen Gremiums, durch den Ausbau seiner Rolle als zentraler Verteidigungsstruktur zu erhöhen. Mit Hilfe des Rates für die Umsetzung des Friedens, der zwischenstaatlichen Aufsichtsbehörde für den Friedensprozess in Bosnien, arbeitet die internationale Staatengemeinschaft darauf hin, alle Seiten von dem im Wesentlichen dynamischen Charakter des Abkommens von Dayton zu überzeugen, das ja einen Startpunkt und nicht die Zielgerade darstellt und als Prozess in Richtung auf einen langfristigen, sich selbst tragenden Frieden in Sicherheit, nicht aber als ein Katalog von Mindestforderungen für eine kurzfristig zu erreichende Stabilität konzipiert worden ist.

© Reuters

müssen zusammenarbeiten, um die langfristige Sicherheit Bosniens zu gewährleisten.

Das Abkommen von Dayton bestimmte ein sofortiges Ende der Feindseligkeiten, die Trennung der bewaffneten Verbände der Konfliktparteien und die Schaffung eines sicheren Umfelds, in dem die Völkergemeinschaft und die Bevölkerung Bosniens den Prozess der Aussöhnung, der Rückführung der Flüchtlinge und des Wiederaufbaus einleiten konnten. Im Dezember 1995 leisteten die drei kriegsmüden und desorganisierten Armeen Bosniens den von der NATO geführten IFOR-Truppen nur minimalen Widerstand und kamen den zahlreichen Anfangsforderungen der Völkergemeinschaft nach. Dazu zählten die Übergabe bestimmter Gebiete, die Einrichtung einer Trennungszone, die Einlagerung schweren Geräts und die Kasernierung militärischen Personals, die Einhaltung der von den IFOR-Truppen festgelegten Ausbildungsregeln und -verfahren, koordinierte Minenräumaktionen, die Bildung gemeinsamer militärischer Kommissionen und Bewegungsfreiheit für die IFOR-Truppen und die Vertreter der Völkergemeinschaft.

Rückblickend lässt sich festhalten, dass sich die Streitkräfte und die militärischen Stellen der beiden Gebietseinheiten in einem erstaunlichen Ausmaß an die Bestimmungen gehalten haben. Es hat keine neuen Feindseligkeiten gegeben. Für die in Bosnien arbeitenden zivilen Organisationen konnte ein sicheres Umfeld gewährleistet werden, und der wegen seiner strategischen Lage umstrittene Bezirk Brcko wurde entmilitarisiert. Die Waffen sind vereinbarungsgemäß zerstört worden, die Minenräumaktionen wurden eingeleitet, und die beiden Gebietseinheiten haben mit der Umstrukturierung und dem Abbau ihrer Streitkräfte begonnen. Folglich konnten die IFOR-Truppen und ihr Nachfolger, die SFOR-Truppen, über die Überwachung der rein militärischen Aspekte des Abkommens von Dayton hinausgehen und allmählich die Arbeit der zivilen Organisationen unterstützen. Auf diese Weise beteiligen sich die SFOR-Truppen zunehmend an den internationalen Bemühungen um eine Reform der bosnischen Gesellschaft und ein Ende korrupter Praktiken, d.h. ein Ende der Kontrolle der Wirtschaft, der Medien und der Polizei durch die Politik.

Der Ständige Militärausschuss, das im Abkommen von Dayton vorgesehene gemeinsame Verteidigungsorgan Bosniens, wurde zwar gebildet, aber angesichts des Fehlens eines echten Sicherheits- und Verteidigungsdialogs zwischen den beteiligten Parteien blieb dieses Gremium ohne jeden Einfluss. 1997 startete die NATO dann ein Programm der Sicherheitszusammenarbeit zwischen dem Bündnis und Bosnien, um den Aussöhnungsprozess in diesem Land dadurch zu fördern, dass sie die Militär- und Verteidigungsbehörden bei der Stimulierung eines derartigen Dialogs und der zügigen Einleitung der internen Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich unterstützt.

Die ersten Aktivitäten, in erster Linie Lehrgänge an der NATO-Schule in Oberammergau, sollten die Aussöhnung und den Dialog zwischen einzelnen Kursteilnehmern fördern sowie Grundkenntnisse über die Ziele der verschiedenen Bosnienprogramme der internationalen Staatengemeinschaft vermitteln. Die Zahl der Kursteilnehmer (militärische und zivile Bedienstete des Verteidigungssektors) belief sich auf bis zu 45, wobei die drei Bevölkerungsgruppen Bosniens jeweils gleich stark vertreten waren. Im November 2000 hatten bereits mehr als 450 Personen an solchen Kursen teilgenommen, darunter Verteidigungsminister und deren Vertreter, Stabschefs und andere führende Politiker

und Militärs wie auch Angehörige niedrigerer Dienstgrade und Vertreter anderer Ministerien.

Viele Kursteilnehmer konnten alte Kontakte zu Kollegen einer anderen ethnischen Gruppe wieder beleben, also an alte Verbindungen anknüpfen, die auf die gemeinsame Zeit in der früheren jugoslawischen Volksarmee und manchmal sogar auf die Schulzeit zurückgingen. Die Kursteilnehmer reagierten positiv auf die Gelegenheit, politische Strategien und Perspektiven mit Vertretern der Völkergemeinschaft erörtern zu können. Der Informationshunger war deutlich, und manch einer erlangte ein besseres Verständnis der Rolle der verschiedenen internationalen Organisationen in seinem Land, das häufig in scharfem Gegensatz zu dem Bild stand, das von den eigenen Regierungsstellen und Medien vermittelt worden war. Die Zusammenarbeit in den Gruppen verlief erstaunlich problemlos, und es konnten viele Freundschaften geknüpft werden. Zwischen ehemaligen Gegnern kam es zu einem offenen Austausch von Meinungen wie auch von Kriegserlebnissen.

1999 begann die zweite Phase des Programms für Sicherheitszusammenarbeit. Sie umfasste eine genauere Unterrichtung über den Sicherheitsansatz der internationalen Staatengemeinschaft und eine intensivere Auseinandersetzung mit Friedensmaßnahmen, Fragen der nationalen Entwicklung und den Problemen, mit denen Bosnien konfrontiert ist. Neben den Hauptlehrgängen veranstaltete die NATO einige Sonderseminare für Vertreter des Verteidigungssektors und anderer Ressorts und organisierte Besuche bosnischer Regierungs- und Medienvertreter bei der NATO. 1999, als schon 250 Bosnier an den Kursen in Oberammergau teilgenommen hatten, wurde versuchsweise ein Ehemaligentreffen organisiert. Aus ganz Bosnien kamen fast 200 Personen zu dem Treffen ins SFOR-Hauptquartier nach Sarajewo. Ebenso erfolgreich war ein auf örtlicher Ebene veranstaltetes Treffen in Banja Luka (Republika Srpska), und ähnliche Veranstaltungen sollen auch in Zukunft organisiert werden, um die in Oberammergau geknüpften oder neu belebten Kontakte zu fördern.

Bosnien kann sich nicht unbegrenzt auf die Präsenz ausländischer Streitkräfte verlassen, um seine innere Stabilität und Sicherheit zu gewährleisten.

Inzwischen hat das Programm eine weiterführende Phase erreicht, deren Schwerpunkt darin besteht, bosnische Regierungsvertreter und die neue Generation führender Militärs in die Erarbeitung von Lösungen für zentrale Sicherheitsprobleme ihres Landes einzubeziehen. Bosnien kann sich nicht unbegrenzt auf die Präsenz ausländischer Streitkräfte verlassen, um seine innere Stabilität und Sicherheit zu gewährleisten. Und auch die Völkergemeinschaft kann Hilfsressourcen nicht ad infinitum im jetzigen Umfang bereitstellen.

In den letzten beiden Jahren hat der Rat für die Umsetzung des Friedens erarbeitet, was geschehen muss, damit die Stabilität Bosniens langfristig gesichert werden kann und sich selbst trägt. Im Dezember 1998 wurden die Konfliktparteien während der Madrider Tagung der Außenminister dazu aufgefordert, für Bosnien eine gemeinsame Sicherheitspolitik sowie eine gesamtstaatliche Verteidigungsdimension zu konzipieren. Dies bedeutete u.a. eine Stärkung des Ständigen Militärausschusses und einen Ausbau der militärischen Zusammenarbeit zwischen den Streitkräften der beiden Gebietseinheiten sowie eine gemeinsame Militärdoktrin und Zusammenarbeit bezüglich eines Ausbildungs- und Entwicklungsprogramms. Im Mai 2000 legte der Rat für die Umsetzung des Friedens in Brüssel weitere Ziele fest. Dazu zählten die Bemühungen, den Ständigen Militärausschuss zu einer funktionsfähigen staatlichen Verteidigungsinstitution umzubauen, Streitkräftestrukturen zu entwickeln, die auch auf längere Sicht finanzierbar sind sowie den langfristigen Sicherheitserfordernissen Bosniens entsprechen, die volle Transparenz ausländischer Militärhilfe sicherzustellen und für die Streitkräfte ein einheitliches Befehls- und Leitsystem zu gewährleisten, das gemeinsame Operationen unter der Ägide internationaler oder regionaler Sicherheitsorganisationen ermöglicht.

Mehrere internationale Organisationen tragen dazu bei, diesen Prozess voranzubringen. Neben ihrem Programm der Sicherheitszusammenarbeit ist die NATO über die SFOR-Truppen an den Bemühungen beteiligt, die bosnischen Streitkräfte umzustrukturieren, ihren Umfang zu verringern und das Konzept eines Generalinspekteurs einzuführen; dabei handelt es sich um eine Institution – derzeit unter der Leitung eines amerikanischen Oberst, aber langfristig als innerbosnische Einrichtung konzipiert –, die das Verhalten führender Militärs beaufsichtigt und sicherstellt, dass sie ihre Befugnisse nicht missbrauchen, nicht an zweifelhaften Geschäften beteiligt sind und sich aus der Politik heraushalten. Das Büro des Hohen Beauftragten unterstützt den Ausbau des Ständigen Militärausschusses. Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) setzt ihre Arbeit auf dem Gebiet der vertrauensbildenden Maßnahmen und der Rüstungskontrolle fort, und die Bosnienmission der Vereinten Nationen versucht herauszufinden, auf welche Weise Bosnien in anderen Teilen der Welt zu internationalen Friedensmissionen beitragen kann.

Ein Rahmenvorschlag für weitere Beratungen wurde bosnischen Militärs und zivilen Regierungsvertretern, die im Laufe des Jahres 2000 an NATO-Kursen für Sicherheitszusammenarbeit teilnahmen, sowie führenden Mitarbeitern des Verteidigungs- und Außenministeriums unterbreitet, die im Sommer 2000 zu einem Seminar in Oslo zusammengekommen waren. Zwei grundlegende Erfordernisse sind als unverzichtbar für die Entwicklung einer realistischen Konzeption im Hinblick auf eine langfristige und sich selbst tragende Stabilität in Bosnien genannt worden. Erstens ist eine Reihe von Kernfunktionen zu erarbeiten, bei denen Bosnien die Federführung und eindeutig auch die Verantwortung übernehmen muss. Diese Kernfunktionen bestehen laut dem Rat für die Umsetzung des Friedens in der Entwicklung einer gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik, in der Errichtung einer zentralen Verteidigungsinstitution, im Aufbau weniger umfangreicher, professioneller, finanzierbarer und kooperativer Streitkräfte sowie in der selbständigen Einleitung zusätzlicher vertrauens- und sicherheitsbildender Maßnahmen für die verschiedenen Streitkräfte Bosniens.

Zweitens muss mit der internationalen Staatengemeinschaft im Einklang mit dem kollektiven und kooperativen Sicherheitsansatz, der sich seit dem Ende des Kalten Krieges in Europa herausgebildet hat, ein Katalog kooperativer Sicherheitsmaßnahmen erarbeitet werden. Wie die meisten anderen europäischen Staaten kann sich Bosnien im Hinblick auf seine Verteidigung nicht einfach auf die Beibehaltung umfangreicher Streitkräfte an seinen Landesgrenzen verlassen. Das Land wird daher einigen Maßnahmen zur Förderung der Sicherheitszusammenarbeit mit der Völkergemeinschaft zustimmen müssen, statt sich auf absolute Sicherheitsgarantien eines anderen Staates oder einer Staaten-

gruppe zu stützen. Zu solchen Maßnahmen könnte es zählen, die internationale militärische Präsenz in einem bestimmten Umfang und in einer noch festzulegenden Form mit dem vorrangigen Ziel aufrechtzuerhalten, die Entwicklung des gesamtstaatlichen Verteidigungssystems Bosniens zu unterstützen, auf die langfristige Beteiligung Bosniens am PfP-Programm der NATO oder an anderen internationalen Zusammenschlüssen hinzuarbeiten, Fortschritte bei den im Abkommen von Dayton genannten regionalen Rüstungskontrollverhandlungen zu erreichen (was nun wegen der positiven politischen Entwicklungen sowohl in Zagreb als auch in Belgrad als eher möglich erscheint) und als Beitrag zu regionalen Maßnahmen zur Förderung von Stabilität und Vertrauen enge und durch Offenheit gekennzeichnete militärische Verbindungen und Austauschprogramme mit Serbien, Kroatien und anderen Nachbarstaaten zu entwickeln.

Vertreter des bosnischen Verteidigungssektors arbeiten nun mit der Völkergemeinschaft zusammen, um die Aufgaben zu bewältigen, die ihnen der Rat für die Umsetzung des Friedens übertragen hat. Zunächst einmal stehen sie vor der Herausforde-rung, einen Rahmen für eine dauerhafte, substantielle Zusam-menarbeit zwischen den beiden Armeen des Landes zu erarbeiten. Die damit verbundene Umstrukturierung wäre nicht darauf ausgerichtet, die drei Armeen des Landes – wie manche Gegner des Prozesses behauptet haben – zu einer integrierten Armee zu verschmelzen. Jede Umstrukturierung müsste wie in einigen westlichen Staaten (darunter Belgien, Kanada und das Vereinigte Königreich) der Kultur und den Traditionen der verschiedenen Bevölkerungsgruppen des Landes Rechnung tragen.

Niemand hat z.B. die Absicht, die Streitkräfte der Gebietseinheiten auf niedrigeren Ebenen zu integrieren. Stattdessen wird vorgeschlagen, eine einheitliche gesamtstaatliche Befehls- und Leitstruktur aufzubauen und einige gemeinsame Ausbildungsmaßnahmen durchzuführen, wobei die Streitkräfte im Einklang mit einer gemeinsamen Verteidigungspolitik und Militärdoktrin arbeiten müssten und über den Ständigen Militärausschuss der Präsidentschaft unterstellt wären. Mit solchen Streitkräften würde das Ziel verfolgt, die Souveränität und territoriale Unversehrtheit des Landes im Einklang mit dem Völkerrecht zu wahren, im Rahmen der Vereinten Nationen und anderer Friedensmissionen zur internationalen Sicherheit beizutragen und die zivilen Stellen in Notfällen sowie bei Katastrophen und sozialen Notständen zu unterstützen.

In einigen vom Rat für die Umsetzung des Friedens genannten Bereichen sind Fortschritte festzustellen. Die Streitkräfte und die Verteidigungsetats der beiden Gebietseinheiten wurden 1999 um etwa 15 % verringert, und ähnliche Kürzungen waren für das Jahr 2000 geplant. Weitere Fortschritte sind jedoch nicht von der Völkergemeinschaft, sondern davon abhängig, dass sich in Bosnien ein beträchtliches Maß an politischer und öffentlicher Unterstützung entwickelt.

Im Verteidigungsbereich besteht das größte Hindernis sowohl auf gesamtstaatlicher Ebene als auch auf der Ebene der Gebietseinheiten unverändert im mangelnden politischen Willen. Nötig ist eine grundsätzliche Haltungsänderung der Mitglieder der gemeinsamen Präsidentschaft sowie anderer führender Vertreter des Gesamtstaates und der Gebietseinheiten. Ethnisch begründete Machtstrukturen und das unterschwellige Misstrauen mancher einflussreicher Kreise gegenüber den Motiven anderer ethnischer Gruppen fördern eben kein Klima der Zusammenarbeit. Zudem führt manch einer unverändert als Argument an, der Verteidigungssektor falle laut dem Abkommen von Dayton in die Zuständigkeit der Gebietseinheiten. Gerade diese Haltung verhindert die Stärkung des Ständigen Militärausschusses. Sein Sekretariat hat immer noch keinen festen Sitz, er ist bezüglich der Informationstechnik von der internationalen Staatengemeinschaft abhängig, er ist ständig unterbesetzt (personell von den Gebietseinheiten abhängig), und er hat daher noch nicht richtig arbeiten können, sondern hauptsächlich administrative Aufgaben wahrgenommen.

Weitere ernste Hindernisse ergeben sich aus einem echten Verständnisdefizit, was modernere Verteidigungskonzepte angeht. Die Armeen sind immer noch zu umfangreich und zu teuer; die Zahl der Männer in Uniform geht sowohl über legitime Sicherheitserfordernisse als auch über europäische Normen weit hinaus. In beiden Gebietseinheiten sind die meisten Waffen und sonstige wichtige Ausrüstungsgegenstände veraltet und in einem schlechten Zustand. Die Armeen können kaum einen vernünftigen Ausrüstungsstandard aufrechterhalten. Die Verteidigungshaushalte gehen auch über internationale Normen hinaus und sind eine schwere Belastung für die angeschlagene Volkswirtschaft der beiden Gebietseinheiten. Da es aber in Bosnien in der Öffentlichkeit praktisch noch keine Debatte über Sicherheits- und Verteidigungsfragen gibt, wird auf die bosnischen Streitkräfte auch kein öffentlicher Druck ausgeübt, über den Waffenstillstandsstatus hinauszugehen.

Will man die Unterstützung der Öffentlichkeit gewinnen, so muss eine aggressive, koordinierte Informationskampagne eingeleitet werden, die den bosnischen Durchschnittsbürger über die anstehenden Fragen unterrichtet und zu einem echten Dialog über Sicherheitsangelegenheiten führt. Straffer organisierte und für äußere Impulse offenere Streitkräfte wären für die bosnische Bevölkerung ein positives Signal; sie würden die Gefahr erneuter Konflikte beseitigen und die Aussicht auf langfristige Stabilität eröffnen. Dies wiederum würde die Aussöhnung in anderen Bereichen fördern und dazu beitragen, Auslandsinvestitionen für das Land und die Region insgesamt zu sichern. Die Aussichten werden sich hoffentlich in dem Maße weiter bessern, wie Bosnien allmählich wieder in das übrige Europa integriert wird und die Öffentlichkeit erkennt, wie ungeeignet die jetzige Verteidigungsstruktur ist und wie sehr sie innerhalb und außerhalb Bosniens die Rückkehr zur Normalität behindert. ■

NATO Akademisches Forum

Stipendien

Die NATO schreibt jedes Jahr sowohl für einzelne Wissenschaftler als auch für Institutionen eine begrenzte Anzahl von Forschungsstipendien aus. Anträge können von Angehörigen der NATO-Staaten und der Partnerländer eingereicht werden.

Ausführliche Informationen:

http://www.nato.int/acad/home.htm

Medienkriege

Daniel Deluce analysiert die Medienreform in Bosnien, die erst ernsthaft in Gang kam, als Angehörige der Friedenstruppen Rundfunkstationen der bosnischen Serben übernahmen

Die Demonstranten in Serbien sprachen von der „Bastille“. Dreizehn Jahre war die Zentrale des staatlichen Rundfunks ein verhasstes Symbol der autoritären Herrschaft des jugoslawischen Präsidenten Slobodan Milosevic gewesen. Als Demonstranten diese Zentrale stürmten, signalisierte dies das Ende des Regimes. Milosevics Diktatur war am Ende, als er weder die Armee noch die Polizei dazu bringen konnte, sein Rundfunkmonopol zu verteidigen. Die Zitadelle war gefallen.

Der serbische Rundfunk RTS war das wirkungsvollste Mittel Milosevics, ein elektronischer Knüppel, mit dem man Kritik unterdrücken und die Zustimmung zum Krieg produzieren konnte. Serbien ist noch weit von einer gesicherten Demokratie und Rechtsstaatlichkeit entfernt, aber das Ende der umfassenden Kontrolle Milosevics über den RTS hat eine neue politische Ära eingeleitet und nun der Meinungsfreiheit ermöglicht, in diesem Land Wurzeln zu schlagen.

Hätte die Völkergemeinschaft diesen Sender Ende der 80er Jahre des letzten Jahrhunderts genauer im Auge behalten, hätte sie die Anzeichen für die dem ehemaligen Jugoslawien drohende Katastrophe vielleicht erkannt. Der RTS und andere Medien unter der Kontrolle Milosevics schufen den Nährboden für den Krieg, indem sie unter friedliebenden Nachbarn Angst schürten und viele Serben davon überzeugten, dass die bösen Geister des Zweiten Weltkriegs nun zurückgekehrt seien, um sie zu vernichten. Der RTS schuf eine bizarre Welt, in der die bosnische Hauptstadt Sarajewo nie belagert wurde und in der die völlig zerstörte kroatische Stadt Vukovar „befreit“ wurde. Die in Belgrad eingeleitete Medienkampagne trug dazu bei, auch in anderen jugoslawischen Republiken eine ähnlich schlimme Hetzpropaganda auszulösen, deren Nachwirkungen man noch viele Jahre lang spüren wird.

© Reuters

Tödliche Waffe: Hätte die Völkergemeinschaft Ende der 80er Jahre des letzten Jahrhunderts die Sendungen des serbischen Fernsehens gesehen, hätte sie die Anzeichen für die dem ehemaligen Jugoslawien drohende Katastrophe vielleicht erkannt.

Seit dem Ausbruch der Kampfhandlungen im ehemaligen Jugoslawien haben NATO-Mitgliedstaaten und andere westlichen Staaten für den Balkan, insbesondere für Bosnien und Herzegowina (Bosnien) sowie für Serbien, viele Millionen Dollar bereitgestellt und versucht, die Schäden wieder zu beheben. Die internationale Hilfe hat der Öffentlichkeit in Serbien und Montenegro Zugang zu alternativen Informationsquelle verschafft und dazu beigetragen, der Desinformation durch die staatlichen Medien entgegenzuwirken. In Bosnien zeichnet sich nun zum Teil dank internationaler Spenden zugunsten unabhängiger Zeitungen und Sender ein gewisser Grad an Pluralismus und Medienfreiheit ab.

Geht es um Konfliktverhütung oder die Herbeiführung von Frieden, so wird den Medien allerdings nicht immer der Stellenwert eingeräumt, den sie verdienen. Trotz der destruktiven Rolle der Medien, die den Völkerhass im ehemaligen Jugoslawien schürten, enthielt das in Dayton (Ohio) ausgehandelte Friedensabkommen zur Beendigung des Bosnienkrieges außer einem kurzen Verweis auf die Pressefreiheit im Zusammenhang mit Wahlen keine besonderen Bestimmungen bezüglich der Medien in dem neuen Staat. Die internationalen Organisationen, die mit der Überwachung der Umsetzung des Friedensabkommens beauftragt wurden, haben seither viel Zeit und Energie darauf verwenden müssen, dieses Versäumnis wieder gutzumachen.

Bis zum Herbst 1997 mussten die Vertreter der internationalen Staatengemeinschaft in Bosnien die Hasstiraden des Srpska Radio-Televizija (SRT), des von einigen Protegés Milosevics kontrollierten Senders in Pale (Republika Srpska) bei Sarajewo, einfach hinnehmen. Ohne ein vernünftiges Regelwerk oder Lizenzsystem für Sendefrequenzen und wegen der politisch

---

Daniel Deluce, früher Korrespondent für Reuters in Sarajewo, war vom Frühjahr 1998 bis zum Herbst 2000 als Mitarbeiter des Büros des Hohen Beauftragten an der Reform der bosnischen Medien beteiligt.

zweifelhaften Vergangenheit der Justiz hatte Carl Bildt, der den SRT als einen Sender beschrieb, „dessen sich sogar Stalin schämen würde“, nur einen geringen Handlungsspielraum. In seiner letzten Zeit als Hoher Beauftragter legte Bildt im Mai 1997 jedoch trotzdem das Fundament für ein härteres Vorgehen. Der Rat für die Umsetzung des Friedens, der sich aus den am Friedensprozess beteiligten Staaten und internationalen Organisationen zusammensetzt, verabschiedete nämlich in Sintra (Portugal) ein Dokument, mit dem der Hohe Beauftragte ermächtigt wurde, gegen Medien vorzugehen, die eine Gefahr für das Friedensabkommen darstellen. Die Formulierungen waren recht allgemein, zielten aber auf die destruktiven Sendungen des SRT ab.

Im Sommer 1997 wurde immer deutlicher erkennbar, dass der SRT den Friedensprozess untergrub. Neben der Hetze gegen Nicht-Serben und neben der feindseligen Haltung gegenüber vielen Aspekten des Friedensabkommens wurde die politische Opposition in der Republika Srpska totgeschwiegen bzw. in den Abendnachrichten regelmäßig attackiert. Als sich zwischen den Hardlinern der Führung in Pale und den eher gemäßigten Verbündeten der damaligen Präsidentin der Republika Srpska, Biljana Plavsic, in Banja Luka ein Machtkampf entwickelte, wurde die SRT-Leitung erneut ohne viel Erfolg gewarnt. Pressesprecher des neuen Hohen Beauftragten Carlos Westendorp deuteten die Möglichkeit eines militärischen Vorgehens gegen den SRT an, aber die von der NATO geführten SFOR-Truppen übten in ihren öffentlichen Erklärungen weiterhin Zurückhaltung.

Dies war für die Friedensmission und die Regierungen der NATO-Mitgliedstaaten eine nervenaufreibende Zeit. Die SRT-Sendungen waren einfach entsetzlich, aber die Regierungen der westlichen Staaten befürchteten, durch eine Intervention der Friedenstruppen gegen den SRT würde die Führung in Pale an Popularität gewinnen, indem sie sich als Verteidiger der Redefreiheit gebärdete. Die Entscheidung fiel im Juli, als Biljana Plavsic mit Unterstützung britischer und tschechischer SFOR-Soldaten in Banja Luka die Führungsspitze der Polizei auswechselte und die Einzelheiten eines geplanten Putsches der Führung in Pale gegen Biljana Plavsic bekannt wurden. Der SRT verurteilte die SFOR-Mission und verglich die Friedenstruppen in einem Videoclip mit der SS der Nazis. Die Propaganda bedrohte nun die SFOR selbst.

Als der SRT einen völlig verzerrten Bericht über eine Pressekonferenz des damaligen Chefanklägers des Internationalen Strafgerichtshofs in Den Haag ausstrahlte, intervenierten die SFOR-Truppen auf Ersuchen Carlos Westendorps und übernahmen am 1. Oktober 1997 vier Sendeanlagen. Der SRT nahm dann unter einer neuen Führung seine Arbeit in den Studios von Banja Luka wieder auf, wo die Mitarbeiter Biljana Plavsic und deren Anhängern freundlicher gesinnt waren. Die Nachrichtenprogramme blieben nationalistisch, aber die Exzesse früherer Zeiten nahmen ein Ende. Zu der befürchteten Gegenreaktion kam es nie, denn viele serbische Journalisten hatten den SRT als das eingeschätzt, was er auch war: ein politisches Instrument, das mit Journalismus oder einem öffentlichen Dienstleistungsbetrieb nichts zu tun hatte.

Die Führung in Pale hatte aus der Parteilichkeit des SRT keinen Hehl gemacht. Momcilo Krajisnik (nun in Den Haag wegen Kriegsverbrechen angeklagt), ein führendes Mitglied der regierenden nationalistischen Serbischen Demokraten (Srpska demokratska stranka – SDS) und damals zugleich das serbische Mitglied der gemeinsamen Präsidentschaft, leitete nämlich den SRT-Vorstand. Nach der SFOR-Intervention handelte das Büro des Hohen Beauftragten mit Biljana Plavsic „Übergangsregelungen“ für den SRT aus, die im Februar 1998 endgültig vereinbart wurden. Diese Regelungen sorgten für einen unparteiischen Vorstand und sahen einen internationalen „Administrator“ vor, der sich für die Wahrung der Standards des öffentlichen Rundfunks einsetzen und die Unabhängigkeit der Redakteure fördern sollte.

Die Übernahme der SRT-Sendeanlagen bedeutete für Bosnien einen Wendepunkt. Sie schuf fairere Bedingungen bei Wahlen und ermöglichte mehr Pluralismus und Medienfreiheit in Banja Luka, der größten Stadt der Republika Srpska. Die Völkergemeinschaft gab dadurch deutlich zu verstehen, dass sie zum Eingreifen bereit war, um dem Schüren von Hassgefühlen und der parteiischen Einmischung in den öffentlichen Rundfunk Einhalt zu gebieten. Die Intervention bedeutete das Ende des Fernsehmonopols der Hardliner in der Republika Srpska. Durch die Krise um den SRT wurde hervorgehoben, wie sehr die regierenden nationalistischen Parteien überall im Land unverändert die einflussreichsten Medien kontrollierten und eine offene Diskussion unterdrückten. Die bosnischen Medien bedurften zweifellos einer systematischen Reform, damit sie mit demokratischen Normen in Einklang gebracht werden konnten. So begann das Büro des Hohen Beauftragten mit Hilfe der Geberstaaten mit der Erarbeitung einer Strategie zur langfristigen Gewährleistung der Medienfreiheit.

Die CD-ROM NATO 2000 vermittelt einen Einblick in die Rolle und die Arbeit der NATO. Sie skizziert die Entwicklung des Bündnisses und schildert den Anpassungsprozess, den es zur Bewältigung der Sicherheitsaufgaben des 21. Jahrhunderts eingeleitet hat. Auf Anfrage kostenlos erhältlich bei:

Distribution Unit
Office of Information and Press
NATO
B-1110 Brüssel
Belgien

Im Laufe der Zeit entwickelte sich diese Strategie zu einem recht ehrgeizigen Projekt. Man verlangte einen ordnungspolitischen Rahmen für Rundfunksender, eine Reform des öffentlichen Rundfunks, die Fortsetzung der finanziellen Unterstützung zugunsten unabhängiger Medien, Informationskampagnen zur Aufklärung des öffentlichen Dienstes über die Bemühungen der internationalen Staatengemeinschaft sowie Rechtsschutzregelungen für Journalisten.

Im Dezember 1997 forderte der Rat für die Umsetzung des Friedens auf seiner Tagung in Bonn die Einrichtung eines Aufsichtsgremiums, das Rundfunksendern auf der Grundlage transparenter Kriterien Lizenzen erteilen sollte. Diese Behörde, die dann als Unabhängige Medienkommission (Independent Media Commission – IMC) bezeichnet wurde, sollte vorübergehend unter internationaler Aufsicht arbeiten und nach einiger Zeit eine nationale Einrichtung werden. Sie sollte den fairen Wettbewerb der Rundfunkanstalten gewährleisten und die politische Kontrolle des Äthers beenden.

Mit finanziellen Mitteln der Vereinigten Staaten und der EU wurde die IMC im Juni 1998 auf Veranlassung des Hohen Beauftragten eingesetzt. Jede Abteilung hatte einen internationalen Leiter und einen bosnischen stellvertretenden Leiter. Zur Prüfung von Beschwerden der Sender wurde ein Beschwerdegremium, der IMC-Rat, eingerichtet, der sich aus Bosniern und ausländischen Experten zusammensetzt. Inzwischen hat die IMC ein Regelwerk erarbeitet, das der politischen Manipulation im Zusammenhang mit der Vergabe von Lizenzen ein Ende bereitet hat. Durch einen Verhaltenskodex für Rundfunksender hat die IMC dazu beigetragen, Hetzpropaganda zu verhindern, denn die Sender wollen ihre jetzigen Lizenzen bzw. Lizenzen, die sie in Zukunft zu erhalten hoffen, nicht aufs Spiel setzen. Manche Sender wurden getadelt oder erhielten eine Geldstrafe, einige wenige mussten den Sendebetrieb vorübergehend einstellen, und zwei Sender wurden wegen illegaler Nutzung von Frequenzen und Dokumentenfälschung stillgelegt.

Geht es um Konfliktverhütung oder die Herbeiführung von Frieden, so wird den Medien nicht immer der Stellenwert eingeräumt, den sie verdienen.

Das endgültige Urteil über die Arbeit der IMC ist noch nicht gefallen. Bosnische Journalisten und andere internationale Organisationen haben sie wegen ihrer zu weichen Linie gegenüber dreisten Propagandisten und wegen ihrer zu langsamen Konsolidierung des gesättigten Medienmarktes kritisiert. In einem Land mit weniger als vier Mill. Einwohnern gibt es etwa 280 Rundfunksender, wahrscheinlich verhältnismäßig mehr als in allen anderen Staaten der Welt. Die IMC führt dagegen an, die Kriterien für neue Langzeitlizenzen würden viel strenger ausfallen und zu einer Straffung des Marktes führen. Die IMC erklärt zudem, sie müsse gesetzlichen Vorschriften Rechnung tragen, die Sendern ein angemessenes Verfahren garantieren, so dass die Kommission nicht in dem Tempo vorgehen könne, das von ihren Kritikern empfohlen werde.

Ein eher grundsätzliches Problem besteht darin, dass die IMC etablierten Strukturen mit begrenzten Ressourcen und ohne jedes Instrument zur Durchsetzung ihrer Entscheidungen entgegentreten muss. Im Extremfall kann die IMC die SFOR um Hilfe bitten, aber nur dann, wenn die NATO-Mitgliedstaaten ein Eingreifen für angebracht halten. Entscheidungen gegen Erotel, einen Sender unter der Kontrolle bosnisch-kroatischer Hardliner der Kroatischen Demokratischen Union (Hrvatska demokratska zajednica – HDZ), wurden ein Jahr lang völlig ignoriert.

Welche Mängel die IMC auch haben mag, sie hat trotzdem einen Standard für Transparenz und Fairness durchgesetzt, der die politische Einmischung in Rundfunkangelegenheiten deutlich verringert hat. Sie hat sich an Aufsichtsbehörden in der EU und in Nordamerika orientiert, eine Regelung der Printmedien vermieden und lieber Journalistenverbänden geholfen, freiwillig einen Ehrenkodex zu vereinbaren. Auch wenn Exzesse in den Printmedien noch an der Tagesordnung sind, dienen nun viele unabhängige Veröffentlichungen als Gegengewicht.

Im Hinblick auf die Zukunft lautet die wichtigste Frage, wie und wann die IMC-Arbeit örtlichen Behörden übertragen werden soll. Ein ehrgeiziger Zeitplan mit einem Übergabetermin noch im Jahr 2000 wurde geprüft und ausgesetzt. Die bosnischen Institutionen müssen erst noch beweisen, dass sie transparent und unparteiisch arbeiten können. Die Geberstaaten haben nun dem Plan zugestimmt, die IMC unter internationaler Aufsicht in eine umfassende Kontrollbehörde für den Telekommunikationsbereich einzugliedern. Der jetzige Hohe Beauftragte, Wolfgang Petritsch, hat das Spektrum der Sendefrequenzen als entscheidenden Wirtschaftsfaktor bezeichnet, der so zu regeln sei, dass politische Einmischung und korrupte Monopole verhindert werden können.

Der Aufbau eines öffentlichen Rundfunksystems aus den Ruinen eines ethnisch gespaltenen und ineffizienten Systems hat sich als der schwierigste Aspekt der Strategie des Hohen Beauftragten erwiesen. Die etablierten politischen Interessengruppen wollten unbedingt die Kontrolle über die Reste der früheren Rundfunkanstalt Sarajewo, der staatlichen bosnischen Rundfunkanstalt der Vorkriegszeit, für sich behalten. Kurz vor dem Ausbruch der Kampfhandlungen im Frühjahr 1992 schlug Radovan Karadzic als führender Vertreter der serbischen Nationalisten eine Teilung des Senders, der wegen seiner ausgewogenen und nüchternen Berichterstattung bekannt war, in drei ethnisch getrennte Kanäle vor. Sein Vorschlag kam nicht durch, wurde jedoch Wirklichkeit, sobald der Krieg begonnen hatte. Die Einrichtungen der Rundfunkanstalt wurden im Einklang mit territorialen Gewinnen aufgeteilt. Mit Hilfe Zagrebs und Belgrads wurden für die verschiedenen Volksgruppen getrennte Sender gegründet. In Gebieten unter der Kontrolle der bosnischen Regierung wurde aus der Rundfunkanstalt Sarajewo der Sender Bosnien und Herzegowinas mit der Bezeichnung RTV BiH, welcher der politischen Kontrolle durch die bosnisch-muslimische Partei der Demokratischen Union (Stranka demokratske akcije – SDA) von Alija Izetbegovic unterlag. RTV BiH richtete sich zwar ausschließlich an bosnische Muslime, aber er erging sich niemals in derart eindeutigen Hasstiraden wie die Medien des kroatischen und des serbischen Regimes.

Sechs Monate nach der SFOR-Intervention gegen den SRT hatte Carlos Westendorp bereits eine umfassendere Initiative zur Reform des gesamten öffentlichen Rundfunksektors eingeleitet. Nach monatelangen Verhandlungen mit der dreiköpfigen Präsi-

© Reuters

Botschaft per Draht: Die von der NATO geführten Friedenstruppen übernahmen als Reaktion auf Hetzpropaganda vier Sendeanlagen der bosnischen Serben.

dentschaft des Landes brachte er den Vertreter der Kroaten und den der bosnischen Muslime – aber nicht den der Serben – dazu, einer Vereinbarung über die Zukunft des Rundfunks zuzustimmen. In dieser Vereinbarung wurde der Aufbau einer neuen öffentlichen Rundfunkanstalt verlangt, die religiöse Toleranz üben, redaktionelle Freiheit gewähren und finanziell transparent arbeiten sollte. Zudem wurde ein neues landesweites öffentliches Rundfunksystem sowie ein neuer Rundfunk für die Föderation Bosnien und Herzegowina (die Föderation), die geringfügig größere Gebietseinheit gefordert. Ferner verpflichtete die Vereinbarung Sender aus Serbien und Kroatien, die bosnischen Gesetze und Vorschriften einzuhalten. In der Praxis ignorierten die Regime in Belgrad und Zagreb diese Bestimmungen allerdings; die SDA behinderte später die Umsetzung der in der Verein-barung niedergelegten Reformen, und die HDZ lehnte die Ver-einbarung ab, nachdem der kroatische Vertreter in der bosnischen Präsidentschaft ausgewechselt worden war.

Trotzdem wurde beim RTV BiH ein neuer multiethnischer Vorstand ernannt, der jedoch in seiner Arbeit von SDA-Anhängern behindert wurde. Da die Vereinbarung ein Jahr nach ihrer Unterzeichnung völlig sinnlos geworden war, setzte Westendorp eine neue öffentliche Rundfunkanstalt (Public Broadcasting Service – PBS) für das gesamte Land durch. Die im Juli 1999 an seinem letzten Tag im Amt verkündete Entscheidung schuf eine lose Rahmenstruktur, die sicherstellen sollte, dass die Rechte des bosnischen Staates respektiert würden sowie der von der SDA dominierte Sender durch einen wirklich multiethnischen Rundfunk abgelöst und dabei ein finanziell realistischer Ansatz vertreten würde.

Eine rechtliche Grundlage für einen landesweiten Sender fanden die Juristen des Hohen Beauftragten in Artikel II der bosnischen Verfassung, der auf die Einrichtung von Kommunikationssystemen durch den Staat verweist. Dies war eine bahnbrechende Interpretation, die den juristischen Debatten, mit denen ein multiethnisches öffentliches Rundfunksystem verhindert werden sollte, ein Ende setzte. Durch die Entscheidung wurde auch ein Sender für die Föderation geschaffen. Zudem sollten die Sender der beiden Gebietseinheiten zu internationalen Programmen nur noch über den neuen BiH-Sender Zugang haben, der Bosnien in internationalen Organisationen vertreten würde. Das rechtliche Vakuum, das die Entstehung großer öffentlicher Sender für nur eine Volksgruppe ermöglicht hatte, war nun beseitigt. Der neue Sender musste täglich mindestens eine Stunde Nachrichten und aktuelle Angelegenheiten im Programm haben. Die Entscheidung wurde als Übergangsmaßnahme bezeichnet, die genügend Spielraum bot, sie bei Bedarf zu ändern oder weiterzuführen. In Anbetracht der durch Dayton gegebenen Einschränkungen, der Begrenzung der finanziellen Unterstützung durch die Geberstaaten und der damaligen Lähmung des politischen Lebens war das Büro des Hohen Beauftragten so weit gekommen, wie nur eben möglich war.

Die PBS ist nun anstelle des RTB BiH Mitglied des Europäischen Rundfunkverbands (EBU) geworden und berichtet über internationale Sportveranstaltungen im ganzen Land. Über die Olympiade berichtete ein multiethnischer Stab von Kommentatoren, und eine Sendung zu aktuellen Fragen ermöglichte den Zuschauern die Teilnahme an einer Wahlkampfdiskussion. Ein Experte der BBC hat Leitlinien für den Aufbau einer Managementstruktur erarbeitet, die mit modernen europäischen Strukturen vereinbar sind. Der Hohe Beauftragte hat sowohl in der Republika Srpska als auch in der Föderation für die Sender der beiden Gebietseinheiten multiethnische Vorstände ernannt.

Natürlich haben nationalistische Parteien versucht, den PBS-Vorstand zu manipulieren, indem sie dessen Arbeit auf Schritt und Tritt behinderten und das gesamte Vorhaben als Fehlschlag darstellten. Für den Fehlschlag ist natürlich die politische Führung des Landes verantwortlich. Hätte die politische Führung Bosniens die Standards für öffentliche Rundfunkanstalten und die multiethnischen Prinzipien akzeptiert, so wäre es nie zu einer Intervention der Völkergemeinschaft gekommen. Angesichts der feindlichen Haltung der nationalistischen Parteien sind die Verzögerungen bezüglich der Sendung eines abendlichen PBS-Nachrichtenprogramms durchaus verständlich. Es kommt jedoch nun entscheidend darauf an, dass unverzüglich qualifizierte Redakteure eingestellt werden und die PBS mit der Ausstrahlung einer abendlichen Nachrichtensendung beginnt. Ein guter PBS-Nachrichtendienst für das ganze Land ist entscheidend, wenn wir ein Klima erreichen wollen, das von Furcht und religiöser Into-

leranz frei ist. Die pluralistischere politische Landschaft Bosniens und die jüngsten Entwicklungen in Kroatien und Serbien dürften der PBS eine gewisse Verschnaufpause gewähren.

Das ehrgeizigste private Medienprojekt auf dem Balkan wurde 1996 von Carl Bildt, dem ersten Hohen Beauftragten, kurz vor den ersten Wahlen des Landes in die Wege geleitet. Die Verei-nigten Staaten und die Europäische Union finanzierten den Aufbau eines neuen multiethnischen Fernsehnetzes (OBN – Open Broadcast Network), das eine kommerzielle Alternative zu den nur für eine Volksgruppe bestimmten und politisch kontrollierten Sendern darstellen sollte. Der Sender hatte jedoch mit schlechtem Journalismus und unqualifizierter Programmgestaltung einen ungünstigen Start. Er wurde zunächst von Diplomaten mit minimaler Rundfunkerfahrung geleitet. Im Wahlkampf von 1996 spielte OBN zudem keinerlei Rolle, da der Sender erst kurz vor der Wahl den Betrieb aufnehmen konnte. Weniger als zwei Jahre später hatte OBN allerdings nach bedeutenden Finanz-spritzen und dank professioneller Beratung ein solides multiethnisches Nachrichtenprogramm erarbeitet, das eine echte Alternative zu der nationalistischen Parteipropaganda bot. Bürgerliche Oppositionsparteien hatten endlich die Möglichkeit, die Wähler mit ihrer Botschaft zu erreichen.

Bei den nationalistischen Parteien (insbesondere bei der SDA), die versuchten, dem neuen Sender Frequenzen streitig zu machen, stieß OBN auf heftigen Widerstand. Manche Geberregierungen verweigerten OBN ihre Unterstützung, da sie einheimische Medien bevorzugten. Trotz der hohen Gebühren und trotz einiger Mängel hat OBN einen bedeutenden Beitrag dazu geleistet, ethnische Schranken abzubauen und in Bosnien einen – wenn auch schwachen – Pluralismus einzuführen. Darüber hinaus starteten die OSZE und die Schweizer Regierung 1996 einen multiethnischen Radiosender (Radio FERN), der weniger umstritten war. Radio FERN hat ebenfalls einen qualifizierten Nachrichtendienst aufgebaut, der von nationalistischer und politischer Voreingenommenheit frei ist, und es war am Aufbau eines landesweiten Netzes unabhängiger Sendestationen beteiligt.

Die wichtigsten Geldgeber des OBN-Projektes, die Vereinigten Staaten und die EU, hatten gehofft, OBN werde sich als kommerzieller Sender mit der Zeit selbst tragen und möglicherweise einen größeren serbokroatischen Sprachraum abdecken. Die Wirtschaft Bosniens liegt jedoch nach wie vor danieder, und der Rundfunkmarkt ist gesättigt. Folglich gelangen die Geberstaaten vielleicht zu dem Schluss, dass OBN auf dem freien Markt nicht überleben kann. Man spricht sogar schon über eine Einbindung in die PBS-Struktur. Wie auch immer die Sache ausgehen wird, OBN ist als Gegengewicht gegen die frei erfundenen und verzerrten Darstellungen der von nationalistischen Parteien kontrollierten Sender von unschätzbarem Wert.

Die Finanzierung von Nachrichtensendern ist in einem autoritären Umfeld unweigerlich mit Risiken verbunden. Immer wenn einer korrupten und undemokratischen Gesellschaft Gelder zufließen, finden mächtige politische Interessengruppen Mittel und Wege, an diese Gelder heranzukommen oder den unterstützten Sender unter ihre Kontrolle zu bringen. Will man effizient arbeiten und verhindern, dass das Geld des Steuerzahlers verschwendet wird, so ist mehr Kohärenz und eine größere Geschlossenheit der Geberregierungen von entscheidender Bedeutung. Bisher ähnelte die Strategie der internationalen Staatengemeinschaft aber eher einer Schrotladung. Ein Teil der Hilfe kommt an, und ein Großteil verfehlt sein Ziel. In Bosnien ist der Medienmarkt teilweise deswegen so chaotisch, weil westliche Regierungen neue Radio- und Fernsehsender so bereitwillig finanziert haben.

Darüber hinaus ist mit einem übertriebenen Glauben an die Segnungen des kommerziellen Rundfunks – vor allem langfristig – auch eine Gefahr verbunden. Die Finanzierung eines privaten Senders führt nämlich nicht automatisch zu redaktioneller Unabhängigkeit. In Staaten ohne eine unabhängige Justiz und ohne geeignete Gesetze für den gewerblichen Sektor lassen sich private Sender äußerst leicht durch politische und finanzielle Interessengruppen manipulieren. In der gesamten ehemaligen Sowjetunion sollte uns das Beispiel kommerzieller Sender und Publikationen einer gewissen politischen Couleur davor warnen, Gelder auch ohne strenge Auflagen in den privaten Sektor zu pumpen. Sonst entwickeln sich vermeintlich unabhängige Medien zu politischen Waffen, die vom Steuerzahler in der EU und in Nordamerika finanziert werden.

Damit sich die kommerziellen Medien in Bosnien unter Bedingungen des freien Wettbewerbs entwickeln können, hat der Hohe Beauftragte Wolfgang Petritsch vor kurzem die Privatisie-

Das Wissenschaftsprogramm der NATO
„Wissenschaftler für Fortschritt und Frieden“

Das Wissenschaftsprogramm der NATO unterstützt Kooperationsprojekte von Wissenschaftlern aus NATO-Staaten und Partnerstaaten. Das Programm, das nicht dem Verteidigungsbereich zuzurechnen ist, soll die Zusammenarbeit zwischen Wissenschaftlern verschiedener Staaten im Hinblick auf die Herstellung dauerhafter Kontakte fördern und dazu beitragen, Wissenschaftlergruppen in den Partnerstaaten zu unterstützen.

Ausführliche Informationen:

http://www.nato.int/science

rung der Medien bis zur Durchführung einer eingehenden Untersuchung ausgesetzt. Die Reformbemühungen werden sich in Zukunft wahrscheinlich auf den Privatisierungsprozess und die gewerblichen Aspekte der Medien konzentrieren. Die Völkergemeinschaft wird auf die Beseitigung der Medienoligarchien drängen und die Entstehung neuer Monopole verhindern müssen.

Im Hinblick auf die Förderung des Rechtsschutzes für Journalisten ersetzt die internationale Staatengemeinschaft nun allmählich die Gesetze aus der Zeit des Kommunismus, welche die Redefreiheit und journalistische Nachforschungen unterdrückten. Im Juli 1999 setzte Carlos Westendorp kraft seiner Befugnisse als Hoher Beauftragter eine Gesetzesvorschrift außer Kraft, der zufolge bei einer Verurteilung wegen Verleumdung eine Haftstrafe möglich war. Er forderte, unter internationaler Federführung solle ein neues Verleumdungsgesetz sowie ein Gesetz zur Informationsfreiheit erarbeitet werden. Im Oktober 2000 verabschiedete das Parlament ein von OSZE-Experten entworfenes Gesetz, das mit wenigen Ausnahmen freien Zugang zu Informationen staatlicher Stellen gewährt. Auch wenn das Gesetz zur Informationsfreiheit nur teilweise durchgesetzt werden kann, bietet es die Chance, der für die politische Führung Bosniens typischen Geheimniskrämerei ein Ende zu bereiten.

Einige Vertreter von Organisationen zur Verteidigung der Pressefreiheit haben NATO-Mitgliedstaaten beschuldigt, durch Maßnahmen gegen als propagandistisch eingestufte Medien die Redefreiheit zu verletzen. Als die IMC eingesetzt wurde, behaupteten genau dieselben Kritiker, die Freiheit der Medien würde durch eine übermächtige Behörde gefährdet, die zu willkürlichen Maßnahmen bereit wäre. Natürlich ist jede Interventionsstrategie gegenüber den Medien mit Risiken verbunden, aber viele Kritiker gehen einfach von falschen Voraussetzungen aus.

Statt Bosnien oder auch den Kosovo, Ruanda und Osttimor aus der Sicht einer westlichen Demokratie zu betrachten, muss man diese Staaten aus der Perspektive Deutschlands von vor 1945 beurteilen. Fördern wir die Redefreiheit, wenn wir die politische Kontrolle der Sendefrequenzen und der Druckerpressen zulassen? Wenn Demagogen und Diktatoren zu religiösem, ethnischem oder rassistischem Hass und Völkermord aufrufen dürfen, verteidigen wir dann unsere demokratischen Werte? In Staaten ohne demokratische Traditionen und Institutionen gibt es kein solides Rechtssystem, das Journalisten schützt, keine Ordnungsbehörde, welche die Kontrolle staatlich finanzierter Sender durch politische Interessengruppen verhindert, und keinen freien Markt, der den ungehinderten Zugang zu Printmedien und Reklameagenturen gewährleistet. Tut man nichts, so können die verschiedenen Interessengruppen journalistische Arbeit und Kritik einfach unterbinden.

Wo multinationale Truppen den Frieden wahren, sollte die Völkergemeinschaft im Medienbereich eher früher als später ein Höchstmaß an Autorität geltend machen. Sendefrequenzen sollten nicht von politischen Oligarchien vergeben werden. Ein Laisser-faire-Verhalten gegenüber ehemaligen Konfliktparteien signalisiert Schwäche und ermöglicht ein Wiederaufflammen des Konflikts. Besser ist es, zu Beginn einen harten Kurs einzuschlagen und so das Fundament für einen früheren Abzug zu legen. Jeder Versuch, die Freiheit der Medien zu fördern, muss jedoch von einer internationalen Strategie zur Einleitung einer grundlegenden Wirtschafts- und Rechtsreform begleitet sein. Unterliegt die Wirtschaft der Kontrolle durch die Politik, so erübrigt sich jeder Versuch, einen freien, unabhängigen „vierten Stand“ zu gründen. Es darf keine politische Einmischung in Druckereien, Reklamebüros und die Vergabe von Sendefrequenzen geben. Ohne eine unabhängige Justiz und Polizei gibt es keinen Schutz vor Beschränkungen der journalistischen Arbeit und der Redefreiheit.

Ein Argument, das einige Aktivisten für die Sache der Pressefreiheit vorgebracht haben, verdient jedoch mehr Beachtung. Von internationalen Administratoren verfügte Einrichtungen oder Vorschriften sollten demokratischen Normen entsprechen, denn irgendwann werden die Friedenstruppen abziehen und den örtlichen Behörden die Zügel übergeben. Was internationale Friedensmissionen aufbauen, wird am Ende immer von einer nationalen Regierung übernommen. So weit wie möglich sollten sich daher die Gesetze, Institutionen und Vorschriften, die von der Völkergemeinschaft unterstützt werden, an bester demokratischer Theorie und Praxis orientieren. Einer Intervention der Völkergemeinschaft mit Bodentruppen müssen geeignete Verfahren vorausgehen, und sie muss mit umfassenderen demokratischen Reformen einhergehen, die den Journalismus schützen. Sind diese Verfahren nicht eingehalten worden und ist kein konkretes demokratisches Prinzip in Gefahr, so gehen Interventionen gegenüber den Medien oder anderen Sektoren allein mit dem Ziel, die politische Entwicklung zu beeinflussen, meistens nach hinten los. Man darf nicht den Eindruck bekommen, dass die Geberstaaten selbst gegen die Gesetze und Vorschriften verstoßen, die sie in ihrem eigenen Land durchsetzen.

Wo multinationale Truppen den Frieden wahren, sollte die Völkergemeinschaft im Medienbereich eher früher als später ein Höchstmaß an Autorität geltend machen.

Die positive Nachricht lautet, dass sich in Bosnien seit 1995 die Rahmenbedingungen für die Freiheit der Medien verbessert haben, was manchmal wegen und manchmal trotz der internationalen Präsenz möglich wurde. Die negative Nachricht lautet, dass die bisherigen Fortschritte noch nicht gefestigt sind und von enormen Mittelzuflüssen aus dem Ausland abhängen. Der Ausbildung angehender Journalisten ist zu wenig Aufmerksamkeit gewidmet worden. Vielleicht sind die Fortschritte auch für Geberregierungen, die meinen, mit den Hilfsgeldern sofort Ergebnisse vorweisen zu müssen, nicht schnell genug sichtbar. Die BBC-Schule für Rundfunknachrichten in Sarajewo (unterstützt von Großbritannien und dem Open Society Fund von George Soros) ist z.B. ein uneingeschränkter Erfolg und trägt dazu bei, eine neue Generation unabhängiger Rundfunkjournalisten auszubilden. Der Strom internationaler Hilfsmittel wird mit der Zeit unweigerlich nachlassen. Es kommt jedoch entscheidend darauf an, den Reformprozess voranzubringen. Die Medien verfügen über ein gewaltiges Potential: Sie können sowohl einen Krieg entfachen als auch zur Verankerung der Demokratie beitragen. Sie von der politischen Kontrolle zu befreien sollte die gleiche strategische Bedeutung haben wie die Räumung von Landminen oder der Bau von Brücken. ■

briefdebatte

Brauchen wie ein neues Dayton?

Ja:
Tony Borden ist Direktor des Instituts für Kriegs- und Friedensberichterstattung.

Nein:
Daniel Serwer ist Direktor der Balkaninitiative des Friedensinstituts der Vereinigten Staaten.

Lieber Daniel,

das Jahr 2000 war für den Balkan ein gutes Jahr. Seit weniger als 12 Monaten sind Slobodan Milosevic, Franjo Tudjman und Alija Izetbegovic – aus unterschiedlichen Gründen – nicht mehr im Amt. Noch wichtiger als der Abgang dieser drei katastrophalen Präsidenten ist jedoch die Tatsache, dass sich die Bürger im ehemaligen Jugoslawien in freien Wahlen überall – wenn auch auf unterschiedliche Weise – gegen Extremismus und Gewalt ausgesprochen haben. Nach zehnjährigem Beschuss mit stereotyper rassistischer Propaganda bezüglich ihres angeborenen Hangs zur Gewalt lässt nun die Bevölkerung selbst, wenn auch nur zögernd oder mit Schwierigkeiten, den Willen zur Weiterentwicklung erkennen. Hier sollen die Fortschritte aber nicht übertrieben werden: Nationalistische Hardliner und insbesondere Korruption gehören keinesfalls der Vergangenheit an, mehrere Konfliktherde bestehen nach wie vor, und eine gute Wetterlage kann auf dem Balkan schnell ins Gegenteil umschlagen. Es wäre allerdings ein noch größerer Fehler, das Ausmaß dieses Wandels und das dadurch gegebene Potential nicht anzuerkennen. Einige Probleme bestehen fort, aber der Krieg ist vorbei, und nun ist es an der Zeit, seine Spuren zu beseitigen. Will man diese Chance nutzen, so muss eine positive übergreifende Zukunftsstrategie für die Region konzipiert werden. Sie muss zielorientiert und realistisch sein, und sie muss den Menschen echten Respekt erweisen, indem sie ihnen die höchsten internationalen Standards zubilligt.

Letztlich bedeutet dies natürlich die Aufnahme aller Balkanstaaten in die EU. Daher muss damit auch eine frühzeitige und rigorose Einhaltung der Menschenrechte und anderer demokratischer Normen verbunden sein. (Nein, Den Haag kann nicht auf Sparflamme betrieben werden). Dies wiederum bedeutet transparente Strukturen – einschließlich großzügiger, aber an bestimmte Bedingungen geknüpfter Hilfe mit strengen Kontrollmechanismen – und Rechtsstaatlichkeit, nicht nur auf den Straßen, sondern auch im gewerblichen und finanziellen Bereich. Um dies zu erreichen, sind ungeheure Geldsummen, wiederholter Tadel und Zehntausende von NATO-Soldaten nicht genug. Als wesentliche Faktoren müssen dauerhafte, vernünftige, funktionsfähige und glaubwürdige politische Rahmenstrukturen hinzukommen. Das konstitutionelle Kartenhaus, das als Abkommen von Dayton bezeichnet wird, ist allerdings die unsolideste und instabilste politische Rahmenstruktur der Region. Diese Vereinbarung ist Ausdruck des entsetzlichen Kriegskompromisses zwischen den drei ehemaligen Präsidenten. Sie institutionalisiert genau die Probleme, die eigentlich gelöst werden müssten. Sie hat ein Land geschaffen, das nicht lebensfähig ist, und sie sollte so schnell wie möglich zugunsten einer vernünftigeren Regelung für die Zukunft des Landes aufgegeben werden.

Nach fünf Jahren wagt man kaum, den so offensichtlichen Fehler zu nennen (oder haben wir ihn vergessen?): Durch Dayton wird mit der serbischen Gebietseinheit eine politische Einheit anerkannt, die auf Völkermord beruht. Die Republika Srpska ist jedoch nicht das einzige Problem, denn die Politik der Völkergemeinschaft zielt zwar auf ein demokratisches Bosnien auf der Grundlage internationaler Normen für die Rechte des Einzelnen ab, aber alle Strukturen orientieren sich an ethnischen Aspekten. Dieser Widerspruch ist unhaltbar. Wenn jemand, der weder Serbe noch Kroate oder Bosniake ist, keine gesetzliche Möglichkeit hat, Mitglied der Präsidentschaft zu werden, wenn nur ein Serbe verfassungsmäßig für die Republika Srpska zum Mitglied der bosnischen Präsidentschaft gewählt werden kann und wenn jemand, der weder Kroate noch Bosniake ist, nicht als Vertreter der Föderation Bosnien und Herzegowina zum Mitglied der bosnischen Präsidentschaft gewählt werden kann, dann ist jede politische Auseinandersetzung grundsätzlich unmöglich. Eine Institutionalisierung politischer Parteien und Strukturen, die sich auf ethnische Grundsätze stützen, führt automatisch zu einem geschlossenen System, das – zumindest in Bosnien – unweigerlich korruptionsanfällig ist.

Die jetzige Regelung resultiert in einer äußerst schwerfälligen Struktur ineinandergreifender städtischer, kommunaler, kantonaler, föderaler und (weniger) gesamtstaatlicher Institutionen. Dies ist langfristig unbezahlbar und erweist sich schon jetzt als völlig ungeeignete Strategie. Beispielsweise wurden internationale Mittel zur Instandsetzung der vom Krieg zerstörten Straßen bereitgestellt, aber nun werden diese Straßen wieder unbrauchbar, weil die politischen Strukturen noch nicht gut

genug funktionieren, um die Instandhaltung sicherzustellen. Aus Platzgründen kann ich hier nicht die Schwierigkeiten und Verzögerungen darlegen, die das genannte System für den Übergang von einem staatlichen zu einem öffentlichen Rundfunk bedeutet hat, aber da ich gerade zu einer Durchsicht der Pläne nach Bosnien gereist bin, kann ich versichern, dass dieses Vorhaben ein Alptraum an komplexen Problemen ist. Die Enttäuschung über das langsame Reformtempo in Bosnien ist groß, und westliche Diplomaten klagen sehr über die Unnachgiebigkeit und Korruption der bosnischen Politiker. Da solche Klagen immer eine gewisse Berechtigung haben, spricht nur noch ein Grund mehr dafür, auf eine neue Vereinbarung hinzuarbeiten, die diese Mängel nicht auch noch institutionalisiert. Nach fünf Jahren muss es doch als pervers erscheinen, weiter an einer Struktur zu bauen, die letztlich zum Scheitern verurteilt ist.

Dies gilt umso mehr, als der durch Dayton geschaffene politische Rahmen laut einer kürzlich verkündeten Entscheidung des Verfassungsgerichts im Grunde als unrechtmäßig zu betrachten ist. Das Gericht entschied nämlich im Sommer 2000, dass Bürger jeder ethnischen Abstammung Angehörige beider Gebietseinheiten sind, d.h. auch über alle in der Verfassung niedergelegten Rechte verfügen. Mit einem Federstrich wurde so die gesamte auf den Gebietseinheiten beruhende Struktur in Frage gestellt, und die Entscheidung könnte letztlich dem Abkommen von Dayton jede Grundlage entziehen. Dies ist wahrscheinlich sogar unvermeidbar, und es wäre sicherlich gut so. Wir sollten jedenfalls all unsere Kreativität und Energie mobilisieren, um dazu beizutragen, dass dies so schnell wie möglich Wirklichkeit wird.

Mit freundlichen Grüßen
Tony Borden

Lieber Tony,

es ist wirklich nötig, „über Dayton hinauszugehen“. Die drei Armeen müssen zu einer Armee zusammengefasst werden, und man muss eine strategische Doktrin erarbeiten, die auf den Schutz Bosniens und Herzegowinas (Bosniens) insgesamt statt auf den Schutz jeder der Volksgruppen vor den jeweils anderen abzielt. Nur so kann Bosnien überhaupt an eine PfP-Mitgliedschaft denken. Die drei Nachrichtendienste sollten aufgelöst und ein neuer gebildet werden. Die nationalistischen Parteien sollten ihre unfairen Vorteile verlieren, insbesondere die Kontrolle über die Ämtervergabe und die staatlichen Finanzen. Die von Ihnen erwähnten skandalösen Bestimmungen für die Präsidentschaftswahlen müssen geändert werden, und in dem von Nationalisten dominierten Oberhaus des bosnischen Parlaments ist eine Reform durchzuführen. Ich sehe aber keinen Grund zu der Annahme, dass diese Veränderungen ohne Dayton leichter wären als mit ihm.

Ich bin nicht unbedingt verpflichtet, Dayton zu verteidigen. Es handelt sich um einen unglücklichen Kompromiss, der genau die Armeen und nationalistischen Parteien festschrieb, die aus der Unabhängigkeit Bosniens eine Katastrophe machten. Seine ausgeklügelten Strukturen und ethnischen Kriterien sind ein Affront für alle, die an eine transparente Demokratie (ein Bürger/eine Stimme) glauben. Die Kriegsgeschichte der Republika Srpska ist, wie Sie sagen, unheilvoll, und das gilt auch für ihren Widerstand gegen die Rückkehr von Vertriebenen und Flüchtlingen nach dem Ende des Krieges. Ich werde den Tag feiern, an dem sich die Bosnier als gleichberechtigte Bürger und nicht als Kroaten, Bosniaken oder Serben verstehen, die durch Gruppenrechte „geschützt“ werden. Sie haben jedoch durch zahlreiche Argumente gezeigt, dass Dayton unverändert ein funktionsfähiges Instrument darstellt, das mit der Zeit ein Bosnien schaffen könnte, das zu Europa gehören wird. Eine in Dayton vereinbarte Institution, das Verfassungsgericht, hat ja schließlich die dramatische Änderung der ausgehandelten Struktur verursacht. Die Entscheidung des Gerichts, der zufolge Bestimmungen in den Verfassungen der Gebietseinheiten bezüglich der verschiedenen Volksgruppen verfassungswidrig sind, ist ein Beweis für die Stärke des Abkommens von Dayton und nicht für dessen Schwäche. Wir sollten dem Gericht Beifall zollen und es zur Fortsetzung seiner Bemühungen ermutigen, wie wir auch die Völkergemeinschaft auffordern sollten, das Gericht uneingeschränkt zu unterstützen.

Sind Sie sicher, dass Dayton so wenig funktionsfähig ist? Wollen Sie es wirklich dem Reißwolf überlassen, ohne zu wissen, was dann kommt? Sind Sie so sicher, dass eine bessere Lösung ausgehandelt werden kann? Jeder Versuch, noch einmal von vorn anzufangen, würde nationalistischen Extremisten eine neue Chance geben, den durch Dayton überwundenen Separatismus wieder zu beleben. Viele Westeuropäer würden das Ende des Abkommens von Dayton begrüßen und darin die Bestätigung dafür sehen, dass multiethnische Staaten nicht überleben können und eine Teilung unvermeidbar ist. Dies träfe auch auf viele in den Vereinigten Staaten zu, die davon überzeugt sind, dass eine Trennung der Bosnier nach ethnischen Kriterien das Problem lösen und den Abzug der amerikanischen Truppen ermöglichen würde.

Dayton bietet Möglichkeiten, die bisher weder von der Völkergemeinschaft noch von den Bosniern voll ausgeschöpft worden sind. Im Dezember 1997 erweiterte der Rat für die Umsetzung des Friedens die Befugnisse des Hohen Beauftragten so drastisch, dass er nun verbindliche Entscheidungen treffen kann, auch die Entscheidung, Mitarbeiter zu entlassen, die der Sache des Friedens schaden. Bis jetzt sind diese Befugnisse nur vereinzelt genutzt worden, aber sie könnten auch durchaus im Rahmen umfassender Bemühungen um die Entlassung der zahlreichen Saboteure und auch Verbrecher angewandt werden, die immer noch öffentliche Ämter bekleiden. Das Büro des Hohen Beauftragten hat zudem die staatliche Grenzpolizei aufgebaut, die sich als wichtige Ergänzung der zentralen Institutionen erweist, die im Abkommen von Dayton ursprünglich nicht vorgesehen waren. Die Abschaffung des Büros des Hohen Beauftragten und seiner Befugnisse – darauf liefe die Beendigung des Abkommens von Dayton nämlich hinaus – brächte Bosnien also überhaupt keine Vorteile.

Ein weiterer Bereich des Abkommens von Dayton, der die besondere Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit verdient, besteht in den Verfassungsbestimmungen, die den Rechten und Freiheiten, die in der Europäischen Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten nebst seinen Protokollen verankert sind, Vorrang vor allen anderen Rechtsvorschriften einräumen. Diese Bestimmungen sind noch nicht gegenüber allen Gesetzen der verschiedenen Regierungsebenen Bosniens voll zur Geltung gebracht worden. Dies würde wohl die Macht der nationalistischen Parteien untergraben und die Rechte des

> Das konstitutionelle Kartenhaus, das als Abkommen von Dayton bezeichnet wird, ist allerdings die unsolideste und instabilste politische Rahmenstruktur der Region ist.
>
> TONY BORDEN

einzelnen Bürgers ungeachtet seiner ethnischen Herkunft stärken.

Die notorisch schwache Zentralregierung Bosniens kann ebenfalls im Rahmen von Dayton gestärkt werden. Die Zuständigkeiten der Menschenrechts- und der Eigentumskommission, die durch das Abkommen gebildet wurden, sind schließlich nach fünf Jahren – also vor kurzem – auf die Zentralregierung übergegangen. Der einheitliche Wirtschaftsraum, den Bosnien als Voraussetzung für einen Antrag auf ein Assoziierungsabkommen mit der EU braucht, lässt sich nur durch ordnungspolitische Organe erreichen, die in Dayton nicht vorgesehen waren, mit dem nötigen politischen Willen aber problemlos eingerichtet werden können.

Von entscheidender Bedeutung ist unverändert der politische Wille der Völkergemeinschaft und Bosniens. Angesichts des dramatischen Wandels in Kroatien und Serbien sowie der etwas positiveren Entwicklung in Bosnien ist es nun angebracht, das Potential des Abkommens von Dayton in den nächsten fünf Jahren energischer auszuschöpfen und bei Bedarf die nötigen Veränderungen vorzunehmen. Der Ansatz von Dayton – mit seinen zahlreichen Mängeln – bietet Bosnien immer noch die beste Chance für die Zukunft.

Mit freundlichen Grüßen
Daniel Serwer

Lieber Daniel,

Vielen Dank für Ihre Antwort. Sie bestätigt den breiten Konsens bezüglich der grundlegenden Probleme Bosniens und unsere Übereinstimmung in der Ansicht, dass man herausfinden muss, wie sich diese Probleme ein für alle Mal bewältigen lassen. Besonders hilfreich ist zudem Ihre Zusammenfassung der wesentlichen Mängel. Der Haken ist nur, dass diese Mängelliste im Dezember 1995 schon genauso deutlich erkennbar war wie heute. Die erste Auseinandersetzung über diese Frage hatte ich mit einem anderen Kollegen genau in jenen brisanten Tagen noch vor der förmlichen Unterzeichnung des Abkommens in Paris: Beschwichtigt Dayton separatistische Gemüter im Interesse der Einheit, oder untergräbt es die Einheit im Interesse einer De-facto-Teilung?

Damals funktionierte Dayton gerade deswegen, weil verschiedene Seiten es unterschiedlich deuten und sich somit an diesem Projekt beteiligen konnten. Ich weiß, dass Sie die totale Erschöpfung noch in Erinnerung haben, die damals in Bosnien herrschte und die man sich in Dayton mit Erfolg zur Beendigung des Blutvergießens zunutze machte. So geschmacklos wie die Methode auch war, sie funktionierte. Aber fünf Jahre danach hat sich an der Debatte noch nichts geändert. Die Argumentation, die von Ihnen und vielen anderen vertreten wird, läuft im Wesentlichen darauf hinaus, dass das Tempo der Reformen mangels einer Alternative akzeptabel ist und auch im Rahmen von Dayton jederzeit ein grundlegender Wandel eingeleitet werden könnte, wenn nur ein wirklich mutiger Hoher Beauftragter dazu bereit und gewillt wäre.

Nun, darauf warten wir immer noch. Wir haben gesehen, dass das Büro des Hohen Beauftragten stetig gestärkt wurde und mit immer größerer Entschlossenheit auftrat. Vor allem nach den letzten Wahlen, bei denen national gesinnte Parteien unerwartete Erfolge verbuchen konnten, kann es jedoch einfach nicht mehr genug sein, seine Hoffnung auf „noch einen Schritt mehr“ zu setzen. Dadurch werden die Reformen vom wechselnden internationalen Engagement (die neue amerikanische Regierung ist vielleicht weniger schnell zum Eingreifen bereit), von einzelnen Personen (was passiert, wenn der nächste Hohe Beauftragte einfach unfähig ist?) und von regelrechtem Chaos abhängig (vom scheidenden Carlos Westendorp wurden in letzter Minute so viele Dokumente so überstürzt unterzeichnet, dass darunter sogar Entwürfe und Kommentare waren, die mit in die Gesetze aufgenommen wurden).

Noch wichtiger ist jedoch die Tatsache, dass wir uns auf immer weniger Zeit, Geld und Interesse stützen können. Die auf allen Seiten zunehmende Frustration kann kein guter Ausgangspunkt für ein anhaltendes Engagement der zivilen Stellen sein. Ich habe mehrere Kollegen im Büro des Hohen Beauftragten in eher beiläufigen, inoffiziellen Äußerungen sagen hören, dass man die unkooperativen Bosnier einfach in ihrem eigenen Chaos von Korruption und kleinlichen Streitereien versinken lassen solle. Amerikanische Diplomaten weisen zudem warnend darauf hin, dass die große Zeit der massiven Unterstützung Bosniens durch internationale Hilfe – schon jetzt durch die weit verbreitete Korruption in Frage gestellt – endgültig vorbei sein wird, wenn man mehr Mittel für den Wandel in Serbien bereitstellt. Solange kein regelrechter Krieg droht, wird Bosnien den Kürzeren ziehen, und eine weniger umfangreiche, schwächere internationale Verwaltung wird ebenso wahrscheinlich sein wie das Gegenteil.

Es ist jedoch noch ein eher grundsätzliches Problem zu nennen. Der Widerspruch im Herzen des Abkommens wird Dayton letztlich selbst den Todesstoß versetzen. Mir ist diese Sache so wichtig, weil ich im zivilen Bereich arbeite und der Ansicht bin, dass die Last, die man diesem schwachen Teil des gesamten Hilfsapparates aufgebürdet hat, allzu groß ist. Das Abkommen verlangt von „der Basis“, auf Zusammenarbeit und schließlich Einheit hinzuarbeiten, während die Spaltung auf höchster Ebene institutionalisiert ist und von der Völkergemeinschaft garantiert wird. Deshalb sind die zentralen staatlichen Einrichtungen auch nach fünf Jahren immer noch bedeutungslos.

Wir sind uns darin einig, dass die Entscheidung des Verfassungsgerichts die Aussicht auf ein Ende der ethnisch begründeten Trennung zwischen den Institutionen bietet, aber meiner Meinung nach beweist die Feststellung einer derartigen Selbstverständlichkeit nicht, dass die Struktur von Dayton tatsächlich aus sich selbst heraus zu einer Reform fähig ist. Ich wäre sehr froh, wenn sich meine Meinung als falsch erweisen würde. Es steht allerdings fest, dass die kroatischen und die serbischen Juristen des Gerichts die Abstimmung in dieser Sache boykottierten, so dass das Urteil als ein weiterer bosniakischer Versuch hingestellt werden kann, die Souveränität der Republika Srpska zu untergraben. Vertreter der internationalen

Staatengemeinschaft werden sich sicherlich nach besten Kräften bemühen, Banja Luka davon zu überzeugen, dass dies nicht der Fall ist, und wie schon so oft zuvor werden sie dadurch den Status quo erhalten. So erklärte mir ein einflussreicher westlicher Botschafter in Sarajewo während meines letzten Besuchs, das Urteil sei destabilisierend und man müsse ihm entgegenarbeiten.

Dies ist nur eines von vielen Beispielen der letzten fünf Jahre, die zeigen, dass Dayton nicht die Lösung, sondern einen Teil des Problems darstellt. Die Nationalisten und die Befürworter internationaler Maßnahmen haben gleichermaßen ein Interesse an diesem bankrotten System, und sie werden eine Wende zum Besseren nicht zulassen. Solange sich an Dayton nichts ändert, werden die nationalistischen Parteien das Abkommen weiterhin zur Aufrechterhaltung ihrer Macht und Einnahmequellen ausnutzen, und die Völkergemeinschaft wird sich weiterhin selbst demütigen, Ressourcen verschwenden und ohne Reformerfolge in einem unregierbaren Land festsitzen. In Bosnien braut sich eine neue Krise zusammen, und nun muss dringend etwas unternommen werden. Es ist an der Zeit, dass wir Dayton, den Krieg und die Vergangenheit im Interesse Bosniens, Europas und der Zukunft hinter uns lassen.

Mit freundlichen Grüßen
Tony Borden

Lieber Tony,

sicher, Europa und die Zukunft weisen den Weg nach vorn. Wenn wir die Vereinbarungen von Dayton aufheben, werden wir aber nicht an unserem Ziel ankommen. Warum sollte dadurch ein stärker geeintes und nicht ein geteiltes Bosnien entstehen? Der Vorschlag, Dayton aufzuheben, ist meiner Meinung nach nicht durchführbar. Er wird nicht zum gewünschten Ziel führen.

Das internationale Interesse an Bosnien nimmt in der Tat ab, insbesondere in den Vereinigten Staaten. Viele Europäer wollen sich, wie Sie festgestellt haben, noch nicht einmal besonders für die Umsetzung eines Urteils des Verfassungsgerichts einsetzen, das die Einheit Bosniens fördert. Wofür werden sie wohl plädieren, wenn tatsächlich ein neues Abkommen ausgehandelt werden sollte? Ich nehme an, die Amerikaner hätten bei der Neufassung nicht die gleiche dominierende Stellung wie bei der ursprünglichen Abfassung des Abkommens. Wer wird genügend Einfluss und den nötigen Willen haben, um einen Konsens zugunsten eines stärker geeinten Bosnien herbeizuführen?

Ich hatte das etwas zweifelhafte Vergnügen, im November 2000 anläßlich des fünften Jahrestags der Vereinbarung erneut nach Dayton zu reisen. Zweifelhaft, weil ich die Mängel von Dayton kenne, die dann auch in den einander widersprechenden Stellungnahmen der Vertreter der drei großen Volksgruppen Bosniens nur allzu deutlich zum Ausdruck kamen. Sie bekannten sich jedoch auch eindeutig dazu, ihre Meinungsverschiedenheiten mit rechtlichen und verfassungsmäßigen Mitteln beizulegen. Wäre dies auch vor zehn Jahren der Fall gewesen, so wäre es nie zu einem Krieg gekommen.

Unter der Oberfläche nationalistischer Forderungen und Anschuldigungen wächst doch allmählich ein Konsens im Hinblick auf ein stärker – wenn auch nicht völlig – geeintes Bosnien. Bosnier aller drei Volksgruppen wollen dem PfP-Programm der NATO beitreten und ein Assoziierungsabkommen mit der EU schließen. Sie erkennen immer deutlicher, dass militärische Integration und wirtschaftliche Einheit die nötigen ersten Schritte auf diesem Weg darstellen.

Die Korruption zählt zu den größten Hindernissen. Wer von ihr profitiert, will von wirtschaftlicher Integration, transparenten Verteidigungsetats und Rechtsstaatlichkeit nichts wissen. Die Bekämpfung der Korruption in Bosnien würde viel dazu beitragen, die Macht der nationalistischen Parteien zu brechen. Eine Neuauflage von Dayton würde ihnen dagegen eine neue Chance geben, ihre politischen Vorteile auszuspielen. Auch wenn die letzten Wahlen enttäuschend waren, so lassen sie doch weitere Stimmenverluste der nationalistischen Parteien erkennen. Eine volle Ausschöpfung der Befugnisse des Hohen Beauftragten, die Umsetzung der Entscheidungen des Verfassungsgerichts und einige Änderungen an der in Dayton vereinbarten Verfassung würden den nationalistischen Parteien die ungerechten Vorteile nehmen, die sie durch Dayton erreichten und seither stets missbraucht haben. Die Frage einer Änderung der Verfassung von Dayton muss ich zwar den Juristen überlassen, aber meiner Ansicht nach gibt es hier drei Möglichkeiten: Änderung im Einklang mit den Bestimmungen der Verfassung selbst, Entscheidung des Rates für die Umsetzung des Friedens oder Entscheidung des Hohen Beauftragten. In meinen Augen ist jede der drei Möglichkeiten besser als eine vollständige Neufassung von Dayton.

Bosnien kann heute nicht ohne die Unterstützung gemäßigter politischer Parteien regiert werden. Durch ihre Zusammenarbeit mit eher gemäßigten Nationalisten können diese gemäßigten Kräfte vielleicht in den nächsten Jahren Ergebnisse erzielen, die in den letzten Jahren unerreichbar waren. Sie sind unter Umständen sogar in der Lage, in wenigen Jahren allein zu regieren. Eine Aufhebung der Vereinbarungen von Dayton bietet meiner Meinung nach keine Aussicht auf bessere Ergebnisse. Ich werde an der Strategie festhalten, die Sie als „noch einen Schritt mehr“ bezeichnet haben. Nicht, weil ich Dayton so gut finde, sondern weil Bosnien noch mehr leiden würde, wenn das Abkommen aufgehoben würde. Dies wäre zudem in einer Zeit, in der sich Kroatien und Serbien endlich in die richtige Richtung bewegen, ein waghalsiges Unternehmen, das die Stabilität der gesamten Region erneut gefährden würde. Die Amerikaner haben im Laufe der letzten zehn Jahre auf dem Balkan 20 Mrd. Dollar in Friedensmaßnahmen investiert. Die Europäer haben noch mehr investiert. Die Chancen dafür, dass sich diese Investitionen rentieren, sind jetzt besser als je zuvor. Jetzt darf man nicht aufgeben. Die neue amerikanische Regierung wird sich bemühen, das internationale Engagement in Bosnien einzuschränken und abzukürzen. Eine Aufwertung und Verbesserung von Dayton ist jetzt der richtige Weg.

Mit freundlichen Grüßen
Daniel Serwer

> Dayton bietet Möglichkeiten, die bisher weder von der Völkergemeinschaft noch von den Bosniern voll ausgeschöpft worden sind.
>
> DANIEL SERWER

Wir brauchen einen neuen Ansatz; keine Konferenz Dayton II, sondern einen Anti-Dayton-Prozess.

TONY BORDEN

Lieber Daniel,

das eigentliche Problem bei unserer Auseinandersetzung ist nicht Dayton an sich – man kann den Namen ruhig behalten, es ist eine nette Stadt – , sondern die dem Abkommen zugrunde liegende Konzeption einer politischen Einigung. Die drei Präsidenten, die damals unterzeichneten, sind nicht mehr im Amt, aber wenn ich davon rede, Dayton aufzuheben, scheinen Sie an noch eine Konferenz, noch mehr regionale und internationale Führungspersönlichkeiten sowie an äußerst dramatische Verhandlungen zu denken, bei denen unter Hochdruck und mit viel Whiskey in letzter Minute eine Einigung erzielt wird. Verrauchte Verhandlungsräume können nie zu einem echten Frieden führen. Warum? Weil genau dieser Verhandlungsprozess diejenigen Politiker und Parteien rechtfertigt, legitimiert und – wie wir in den letzten Wahlen gesehen haben – an der Macht hält, die das eigentliche Problem darstellen. Bekämen wir drei Willy Brandt in die Präsidentschaft und einen Churchill als Hohen Beauftragten – und zwar gleichzeitig – dann würden die Mängel von Dayton keine Rolle spielen. In der jetzigen Form garantiert das Abkommen von Dayton jedoch, dass dieser Fall nie eintritt. Die bosnische Demokratie wird durch 13 konkurrierende Verfassungen auf der Ebene des Gesamtstaates, der Gebietseinheiten und der Kantone zunichte gemacht, und auch die ständige Ausschaltung demokratisch gewählter national gesinnter Parteien durch den Hohen Beauftragten führt unweigerlich zu einer Radikalisierung.

Wir brauchen einen neuen Ansatz; keine Konferenz Dayton II, sondern einen Anti-Dayton-Prozess. Damit würde man sich, beginnend mit dem nötigen „Eisernen Hohen Beauftragten“, alle Möglichkeiten Ihres „noch einen Schritt mehr“ zunutze machen. Diesen Schritt müssen wir aber jetzt unternehmen, und zwar nicht nur mit echter Entschlossenheit, sondern auch auf eine ganz andere Weise. Das erfordert in erster Linie Transparenz. Das übergeordnete Ziel besteht in einer partizipatorischen Demokratie, die der Bevölkerung uneingeschränkten Zugang zu den Rechten, Vorteilen und Pflichten der EU gewährt. Es geht darum, Bosnien von seiner ethnozentrischen Politik zu befreien (denn diese beiden Dinge schließen sich gegenseitig aus) und – man schlucke die bittere Pille – nach einer gewissen Zeit die Souveränität der Gebietseinheiten und Kantone zu beschneiden. Zugegebenermaßen ein loser Staatenbund, aber mit einem echten und souveränen Zentrum. Zweitens verlangt dies eine konsequente Linie in Bezug auf entscheidende Fragen der Demokratie und der Rechenschaftspflicht. Man sollte noch nicht einmal anfangen, über Menschenrechte, die Rückkehr von Flüchtlingen oder neue politische Strategien zu sprechen, solange so viele Kriegsverbrecher auf freiem Fuß sind und dem „neuen“ Serbien der Schutz dieser flüchtigen Personen immer wieder nachgesehen wird. Drittens bedeutet der neue Ansatz einen Prozess. In Bezug auf Anti-Dayton ist somit der Weg ebenso wichtig wie das Ziel, denn die neue Politik Bosniens muss sich auf eine grundlegende Neuinterpretation der Rolle des Staates stützen: der Staat als Schutzherr der Rechte des Einzelnen und nicht wie während des Kommunismus als deren gefährlichster Feind. Soll dieser sich noch in der Aufbauphase befindende Staat ein Mandat erhalten, so muss seine neue Rolle (fortwährend) erklärt, aber auch glaubwürdig und erfahrbar gemacht werden. Es müssen dringend neue gesamtstaatliche Institutionen errichtet werden, und zwar so weit wie möglich mit der Zustimmung aller Beteiligten (falls nötig, auch ohne) und auf jeden Fall in Verbindung mit umfassenden Konsultationsmaßnahmen gegenüber den Bürgern. Eine ständige Kooperationskonferenz mit regionalen, staatlichen und nichtstaatlichen Vertretern wäre ein ausgezeichneter Start und könnte dem durch den Stabilitätspakt eingeleiteten Prozess wirklich einen Sinn verleihen.

Aus praktischer Sicht ist die Haltung der internationalen Staatengemeinschaft sogar noch wichtiger als die Person des Hohen Beauftragten. Die Aufhebung von Dayton bedeutet die Einsicht des Rates für die Umsetzung des Friedens in die Tatsache, dass das gesamte Vorhaben gefährdet ist, falls nicht sofort ein neuer, entschlossenerer Kurs eingeschlagen wird. Dies wiederum erfordert gezielte Maßnahmen in Richtung auf eine neue Politik und ein klar definiertes Ziel, nämlich eine auf nationalistische Elemente verzichtende Regelung (ohne die absurde frühere Frontlinie, die als Grenze zwischen den Gebietseinheiten bezeichnet wird), auf deren Grundlage eine solche Politik gedeihen könnte. Vielleicht kommt es zu einer nationalistischen Gegenreaktion, aber diese Gefahr ist immer übertrieben worden, und lässt sich angesichts der NATO-Präsenz auf jeden Fall in Grenzen halten. In einer derart vielschichtigen und gemischten Gesellschaft kommt es entscheidend darauf an, die verfassungsrechtlichen und politischen Hindernisse zu beseitigen und für den Bürger sinnvolle Mechanismen zu schaffen – verfassungsmäßige Strukturen, Wahlsysteme, Einrichtungen zur Bewältigung von Konflikten, Medien- und Bildungssysteme, die das Land weiterbringen. Mit einer neuen Vision und gestützt auf eine realistische staatliche Struktur werden die Bosnier selbst ein System aufbauen können, mit dem sich ihre Interessen zum Wohl aller Bürger ausgleichen und sogar verbinden lassen. Paradoxerweise wird in Bosnien aber erst dann mehr Demokratie möglich sein, wenn der Westen sie durchsetzt.

Mit freundlichen Grüßen
Tony Borden

Lieber Tony,

erfreulicherweise plädieren Sie nicht für eine neue internationale Konferenz, aber ich fürchte, dass der von Ihnen vorgeschlagene Partizipationsmechanismus für den Aufbau eines neuen und stärker geeinten Bosnien nicht zu dem gewünschten Ziel führt. Ein ausschließlich auf dem Prinzip der Partizipation beruhender Prozess zur Überarbeitung der Verfassung von Dayton könnte durchaus ergebnislos bleiben; die Nationalisten haben schließlich in den letzten Wahlen bewiesen, dass sie Integrationsbemühungen immer noch blockieren können. Ohne entschlossene Maßnahmen Ihres „Eisernen Hohen Beauftragten“ wird nichts zu erreichen sein. Letztlich scheinen Sie mir also der Ansicht zuzustimmen, dass ein „letzter entscheidender Schritt“ die richtige Lösung ist.

Sie schlagen als Zielsetzung die Beseitigung der Gebietseinheiten vor. Ich tendierte auch einmal zu einem derartigen direkten Angriff auf die Vereinbarungen von Dayton. Wenn Sie das schaffen, wäre ich sofort dabei, aber Bosnier, die Gegner der Gebietseinheiten sind, haben mich davon überzeugt, dass ein direkter Angriff wahrscheinlich das Gegenteil von dem bewirkt, was man erreichen will, und eine nationalistische Gegenreaktion auslöst. Die wirtschaftliche Macht der Gebietseinheiten wird abnehmen, wenn sich Bosnien ernsthaft auf ein Assoziierungsabkommen mit der EU vorbereitet. Ebenso werden die drei getrennten Armeen ihre Integration im Zuge der Bemühungen um einen PfP-Beitritt als logischen und notwendigen Schritt betrachten.

Das Friedensinstitut der Vereinigten Staaten hat vor kurzem einen Bericht veröffentlicht, in dem die im Rahmen von Dayton gegebenen politischen Optionen zur Schwächung der Gebietseinheiten ganz genau spezifiziert werden. Demnach könnte man u.a.

- der Zentralregierung eine zuverlässige Einnahmequelle geben, die nicht von den Gebietseinheiten abhängig ist;
- den nationalistischen Parteien die Kontrolle über öffentliche Ressourcen entziehen;
- Hilfe gezielt den zentralen Institutionen und nicht den Gebietseinheiten zuleiten;
- die Verfassung von Dayton dahin gehend ändern, dass jeder Bürger bei Präsidentschaftswahlen drei Stimmen hat (eine für jeden Vertreter der drei Volksgruppen);
- die drei getrennten Geheimdienste auflösen;
- eine einheitliche strategische Militärdoktrin erarbeiten;
- die Überprüfung und Professionalisierung der Polizei beider Gebietseinheiten zum Abschluss führen.

Ich könnte noch etliche Punkte hinzufügen, denn im Rahmen von Dayton ist wirklich noch sehr viel zu tun.

Texas bezeichnet sich heute als souverän, weil es einmal unabhängig war, aber die Texaner wissen schon lange, dass ihr Wohl nicht nur vom Verzicht auf ihre Unabhängigkeit, sondern auch vom Verzicht auf die meisten „hoheitlichen“ Funktionen abhängig ist. Der Bundesstaat Texas verfügt heute immer noch über zahlreiche Regierungsbefugnisse, aber hoheitliche Funktionen wie Verteidigung, Außenpolitik, Währungs- und Zollpolitik sowie der Schutz der Menschenrechte und die Regelung des zwischenstaatlichen Handels werden von der amerikanischen Bundesregierung wahrgenommen. Eine ähnliche Entwicklung der Gebietseinheiten ist nicht nur wünschenswert, sondern auch möglich.

Abschließend möchte ich hervorheben, wie wichtig es ist, sich den demokratischen Wandel in Kroatien und Serbien zunutze zu machen. Die Probleme Bosniens lassen sich zu einem großen Teil auf die ehrgeizigen Bestrebungen Tudjmans und Milosevics im Hinblick auf ein Groß-Kroatien bzw. Groß-Serbien zurückführen. Kroatien distanziert sich von der bosnisch-kroatischen Armee und den kroatischen Nationalisten und besteht darauf, dass sich die bosnischen Kroaten eine Existenz in Bosnien aufbauen. Verhielte sich Serbien ähnlich (und darauf sollte die Völkergemeinschaft bestehen), würde sich die Lage in Bosnien deutlich bessern. Ein wirklich demokratisches Serbien wird Bosnien bei den Bemühungen um die Entwicklung des Balkans als souveränen Staat und Partner betrachten. Dann werden Serben, die in Bosnien leben, bosnische Staatsangehörige sein und sich im bosnischen Staat eine Existenz aufbauen. Bosnien wird ein geeintes Land sein, gleich welche Grenzlinien auf manchen Karten noch zu finden sein mögen. Dieser Tag liegt vielleicht noch in weiter Ferne, aber meiner Meinung nach kommt er eher durch eine Aufwertung und Verbesserung als durch eine Aufhebung der Vereinbarungen von Dayton.

Mit freundlichen Grüßen
Daniel Serwer

Die preisgekrönten Balkanberichte der Journalisten des Instituts für Kriegs- und Friedensberichterstattung sind zugänglich über: www.iwpr.net.

Die Empfehlungen des amerikanischen Friedensinstituts bezüglich einer Stärkung des bosnischen Friedensprozesses sind wie andere Südosteuropastudien zugänglich über: www.usip.org.

Der Ansatz von Dayton – mit seinen zahlreichen Mängeln – bietet Bosnien immer noch die beste Chance für die Zukunft.

DANIEL SERWER

INTERNETPARTNER

Wer regelmäßig die NATO-Website aufruft, kennt ISN vielleicht als ausgezeichnete Suchmaschine für weltpolitische Angelegenheiten und Verteidigungsfragen. Aber dieses von der Schweiz finanzierte Netz bietet noch viel mehr, vor allem Mitgliedern der Partnerschaft für den Frieden (PfP).

Das ISN (International Relations and Security Network) wurde 1994 im Rahmen des Zentrums für Sicherheitsstudien und Konfliktforschung in Zürich eingerichtet und sollte ursprünglich den freien Fluss von Informationen zwischen Sicherheitsexperten, Forschergruppen und staatlichen Stellen erleichtern und fördern. Seit 1997 hat das ISN jedoch zunehmend die Nutzung des Internets in den Partnerstaaten der NATO gefördert. Die damit verbundenen Aktivitäten wurden im April 1999 auf dem Washingtoner NATO-Gipfel förmlich im PfP-Arbeitsprogramm festgeschrieben.

In den letzten eineinhalb Jahren konnte die PfP-ISN-Partnerschaft zur „Förderung der Nutzung von Informationstechnologien und der diesbezüglichen Qualifikationen“ einige Erfolge verbuchen. Auf regionaler Ebene sind bedeutende Projekte eingeleitet worden, deren besonderer Schwerpunkt auf computergestützten Ausbildungsprogrammen liegt. Dazu zählen das Erweiterungsprogramm für Aus- und Fortbildung, mit dem die Entwicklung von Simulationsprogrammen, elektronisches Lernen und andere Ausbildungsprojekte für Offiziere gefördert werden sollen, sowie das ADL-Programm (Advanced Distributed Learning), das Fremdsprachenunterricht und Kurse über internationale Organisationen umfasst.

Die Zusammenarbeit im ADL-Bereich wird nun auch durch das PfP-Konsortium der Verteidigungsakademien und Institute für Sicherheitsstudien koordiniert, das 1998 in Zürich auf der halbjährlich zu veranstaltenden Konferenz des internationalen Sicherheitsforums gegründet wurde. Das Konsortium hat sein Sekretariat im Marshall-Zentrum für Sicherheitsstudien in Garmisch-Partenkirchen.

Das ISN, das zunächst nur vier Mitarbeiter hatte, beschäftigt nun fast 20 Personen und verfügte im Jahr 2000 über einen Haushalt von 3,2 Millionen Schweizer Franken ($ 1,8 Mill.). Seit September 2000 hat das ISN einen eigenen Vertreter bei der NATO, Stephan Libiszewski. Er war vorher mehr als drei Jahre ISN-Projektkoordinator in Zürich und ist nun für die Verbindung zwischen der ISN-Hauptstelle, der NATO-Zentrale und den NATO-Vertretungen der Partnerstaaten zuständig.

Da Informationstechnologien feste Bestandteile der PfP-Programme sind, steigt die Nachfrage nach ISN-Dienstleistungen an, und im Rahmen des ISN organisierte Ausbildungsseminare erfreuen sich in den Partnerstaaten zunehmender Beliebtheit. Im Jahr 2000 veranstaltete das ISN in Lettland und Rumänien Ausbildungsprogramme über die „Nutzung des Internets für praktische Fragen der internationalen Sicherheit“, und ähnliche Seminare sind für 2001 in Bulgarien, Estland und Georgien geplant.

Nach einem dreitägigen Seminar, das im September 2000 in Bukarest stattfand, plant das rumänische Verteidigungsministerium nun die Unterzeichnung einer Absichtserklärung über die künftige Zusammenarbeit mit dem ISN sowie die Veranstaltung weiterer Kurse. Das Seminar, das praxisnahe Informationskurse und praktische Simulationsübungen für die Teilnehmer umfasste, erwies sich als äußerst populär.

In vielen Partnerstaaten verhindert der Mangel an Hardware nach wie vor eine stärkere Nutzung des Internets. Obwohl das ISN seit 1998 in Moskau und Sofia neun Forschungsinstitute mit Computern und technischer Hilfe unterstützt hat, dient es eigentlich nicht der Ausrüstung mit Hardware.

„Wir sind uns des großen Ausrüstungsbedarfs in vielen Partnerstaaten bewusst“, erklärte Stephan Libiszewski, „aber andere Einrichtungen, wie z.B. die Soros-Stiftung, das von den USA geförderte PfP-Informationsmanagementsystem und das PfP-Konsortium, versorgen die jeweiligen Institutionen bereits mit Hardware. Wir hoffen mit unseren thematischen und ausbildungsrelevanten Schwerpunkten das richtige Ergänzungsangebot zu bieten.“

Zu den jüngsten ISN-Initiativen zählen die Entwicklung kostenloser Online-Lehrgänge über die Nichtverbreitung chemischer und biologischer Waffen sowie die Bereitstellung von CD-ROMs zur Schweizer Sicherheitspolitik und zur Geschichte der internationalen Sicherheit seit 1945. Darüber hinaus gewährt das ISN Einzelzuschüsse in Höhe von bis zu 10 000 Schweizer Franken für herausragende Multimedia-Lernprogramme. Seit 1998 sind solche Mittel sechs Projekten von Italien bis in die Ukraine zugute gekommen.

Das ISN ist auch für das Parallel History Programme (seit 1999) und für ein PfP-Dokumentationszentrum (seit 2000) zuständig. Ersteres ist eine Online-Datenbank mit Daten aus der Zeit des Kalten Krieges, die aus staatlichen und institutionellen Archiven in Ost und West stammen. In dem Maße, wie man immer weniger empfindlich reagiert und immer weniger Dokumente der Geheimhaltung unterliegen, werden immer mehr Daten in die Datenbank eingespeist, die auch Informationen über ausgewählte PfP-Aktivitäten enthält.

Im Zuge des Kosovokrieges und angesichts des zunehmenden Bewusstseins für das Potential des Internets im Bereich der internationalen Sicherheit sucht das ISN nach Mitteln und Wegen, Informationstechnologien für vertrauensbildende Maßnahmen auf dem Balkan einzusetzen. „Fördert man mit Hilfe des Internets die Entwicklung regionaler Netzwerke sicherheitspolitischer Experten, so fördert man die Völkerverständigung. Dies wird sich positiv auf die Demokratisierung und Stabilisierung der Region auswirken“, erklärte Stephan Libiszewski. ■

ISN-Internetadresse:
www.isn.ethz.ch.

KATASTROPHENSCHUTZ IN ALBANIEN

Genau um 7.30 Uhr begann die Erde heftig zu beben. Häuser schwankten und stürzten dann ein, Flammen schlugen durch eingestürzte Gebäude, und mehr als 4 000 Menschen waren innerhalb weniger Minuten obdachlos geworden. Telefonleitungen lagen am Boden, Stromleitungen waren unterbrochen, und ein Erdrutsch blockierte alle Straßen von und nach Elbasan, einer albanischen Stadt, die etwa 54 km südöstlich von Tirana liegt. Leichen lagen in den Trümmern verstreut, blutende und verletzte Anwohner schrien vor Schmerzen, und Menschen, die unter den Ruinen ihrer Häuser verschüttet lagen, versuchten verzweifelt, sich bemerkbar zu machen. So breitete sich unweigerlich Panik aus. Eine halbe Stunde später, als das Ausmaß der Katastrophe erkennbar wurde, hatten die einschlägigen Hilfsorganisationen davon erfahren und mit der Vorbereitung ihrer Hilfsmaßnahmen begonnen.

So lautete das Szenario für die Übung Albania Disaster Simulation 2000, die erste albanische Übung im Bereich der zivilen Notfallplanung, die am 17. Oktober 2000 stattfand. Dieses Szenario, das sich an dem Athener Erdbeben vom September 1999 orientierte, könnte in Albanien sehr schnell Realität werden, da sich das Land entlang der gleichen äußerst gefährlichen Bruchzone erstreckt wie Griechenland und die Türkei. Die Simulationsübung zielte in erster Linie darauf ab, die Aufgaben und Zuständigkeitsbereiche zentraler albanischer Behörden im Fall einer Naturkatastrophe klarzustellen; es ging weniger um die einzelnen Maßnahmen bei einem derartigen Erdbeben.

Das Ministerium für kommunale Selbstverwaltung, örtliche Behörden, Notdienste, nichtstaatliche Organisationen und internationale Organisationen beteiligten sich an dieser Echtzeitübung, mit der die Bedingungen der entscheidenden ersten zehn Stunden nach einer Naturkatastrophe – so lange dauert es in der Regel, bis internationale Hilfe eintrifft – nachgestellt werden sollten. Zu den Übungsaktivitäten zählten die Evakuierung von Katastrophenopfern, die Verteilung von Lebensmitteln und Wasser, psychologische und medizinische Hilfe sowie die Bereitstellung von Kleidung und Unterkünften.

Der Übung war eine dreimonatige intensive Vorbereitungsarbeit vorausgegangen. Sie folgte zudem auf eine einjährige Zusammenarbeit zwischen NATO-Staaten, Partnerstaaten und albanischen Behörden, in deren Rahmen für die zivile Notfallplanung eine nationale Struktur und Organisation konzipiert werden sollte, wie sie das von der NATO und Albanien vereinbarte Individuelle Partnerschaftsprogramm verlangt. Darüber hinaus befindet sich seit April 1999 eine NATO-Beraterin, Silla Jonsdottir, in Tirana, wo sie die ressortübergreifende albanische Arbeitsgruppe für zivile Notfallplanung in rechtlichen Fragen berät und bei der Erarbeitung der nötigen Gesetze unterstützt.

Die Isländerin Silla Jonsdottir kam während des Kosovokrieges in einer Zeit nach Albanien, als Hunderttausende von Flüchtlingen über die albanische Grenze strömten und die Nothilfeeinrichtungen Albaniens völlig überlasteten. Die Erfahrung mit Hilfsmaßnahmen für so viele Menschen trug dazu bei, dass die Regierung der Aufgabe der ressortübergreifenden Arbeitsgruppe Priorität einräumte. Von November 1999 bis Januar 2000 informierte sich die Gruppe über zivile Notfallsysteme in Partnerstaaten wie Slowenien, Schweden und Österreich. Dann erarbeitete sie eine Gesetzesvorlage, die den zuständigen Ministerien, Institutionen, internationalen Stellen und nichtstaatlichen Organisationen unterbreitet wurde.

„Alle, die an der Übung beteiligt waren, erlebten hier zum ersten Mal eine völlig neue Arbeitsweise, die sich auf einen unbegrenzten Informationsfluss und Erfahrungsaustausch stützte“, sagte Silla Jonsdottir. „Diese Strategie legt das Fundament für eine gut funktionierende und effiziente Zusammenarbeit.“ Durch den Konsultationsprozess erhielt man Beiträge von mehr als 20 Stellen, die in den Gesetzentwurf eingearbeitet wurden. Die Vorlage dürfte bald verabschiedet werden.

Wenn Silla Jonsdottirs Beratertätigkeit und die Unterstützung der NATO enden, wird Albanien von den Bündnisstaaten und den Partnerstaaten wohl Hilfe bei der weiteren Umsetzung der Rechtsvorschriften erwarten. „Albanien kann nun auf bilateraler Ebene unter der Ägide der NATO unterstützt werden“, erklärte Silla Jonsdottir. „Derzeit planen wir, einem Staat die Federführung für die Überwachung des Prozesses zu übertragen.“

Die NATO erweiterte 1995 ihre Aktivitäten im Bereich der zivilen Notfallplanung, so dass Mitglieder des PfP-Programms einbezogen werden konnten, von denen viele seither auf diesem Gebiet sehr aktiv geworden sind. Allein im Jahr 2000 unterstützte das Bündnis mehr als 100 diesbezügliche Veranstaltungen, darunter Übungen, Seminare und Arbeitstagungen, an denen mehr als 100 000 staatliche Bedienstete aus dem gesamten euro-atlantischen Raum beteiligt waren. Die Entsendung Silla Jonsdottirs bedeutet jedoch trotzdem einen Meilenstein in der Geschichte der zivilen Notfallplanung der NATO, weil das Bündnis über seine traditionelle Ausbildungsrolle hinaus maßgeschneiderte Hilfe für spezifische Probleme angeboten und so weiteren Stabilisierungsprogrammen den Weg bereitet hat. ■

Bücher über Bosnien

Christopher Bennett rezensiert Bücher über Bosnien, die in den letzten zehn Jahren herausgegeben wurden

Vor zehn Jahren gab es kaum ein Buch über Bosnien in einer westlichen Sprache. Eine Ausnahme bildete das Werk Ivo Andrics, des größten literarischen Talents Bosniens und des ehemaligen Jugoslawien, dem 1961 der Nobelpreis für Literatur verliehen wurde. Seit dem Ausbruch des Krieges hat der Absatz von Andrics Klassikern (*Die Brücke über die Drina*, eine Chronik über 300 Jahre einer turbulenten Geschichte der ostbosnischen Stadt Visegrad, und *Wesire und Konsuln*, die Geschichte einer diplomatischen Intrige während der Napoleonischen Kriege) enorm zugenommen. Darüber hinaus sind inzwischen mehrere Hundert Bücher erschienen, so dass der Bosnienkonflikt nun zu den Konflikten zählt, über die am meisten geschrieben worden ist. Bei einem so großen Ausstoß waren zahlreiche Neuerscheinungen unweigerlich von schlechter Qualität. Die Titel dieser Rezension, die keinen Anspruch auf Vollständigkeit erhebt, tragen allerdings alle zu einem besseren Verständnis des Konfliktes bei, auch wenn manche Werke lediglich die Haltung der Hauptakteure erklären.

Da es in den ersten Kriegsjahren keine gute Darstellung der Geschichte Bosniens gab, waren zahlreiche Beobachter davon überzeugt, der Konflikt sei auf alte Feindschaften zurückzuführen. Obwohl diese Argumentation oberflächlich einleuchtend war, konnte sie einer wissenschaftlichen Prüfung nicht standhalten. Durch die Veröffentlichung von zwei guten Werken über der Geschichte Bosniens wurde dann 1994 die These von den alten Feindschaften eindeutig widerlegt. Robert Donia und John Fine, zwei Wissenschaftler aus den Vereinigten Staaten, verfassten *Bosnia-Herzegovina: a tradition betrayed* (C.Hurst & Co, 1994). Noel Malcolm, ein britischer Autor, veröffentlichte Bosnia: *a short history* (Macmillan, 1994), die unverändert umfassendste und am besten lesbare Darstellung der bosnischen Geschichte bis zum Abkommen von Dayton.

1992 veranlassten die Berichte über das Flüchtlingselend und die Bilder von Internierungslagern die Weltöffentlichkeit dazu, den Bosnienkonflikt zur Kenntnis zu nehmen; sie trugen überdies dazu bei, die Haltung der Völkergemeinschaft zu ändern. Viele Journalisten, die über diese Vorfälle berichteten, schrieben später Bücher darüber. Dazu zählen Roy Gutman von *Newsday*, dessen *Witness to Genocide* (Element, 1993) eine Sammlung seiner mit dem Pulitzerpreis ausgezeichneten Berichte ist, und Ed Vulliamy vom Guardian, einer der ersten Journalisten, die im August 1992 von Serben kontrollierte Internierungslager betraten. Auch wenn Vulliamys Buch *Seasons in Hell: understanding Bosnia's war* (Simon and Schuster, 1994) dem Untertitel nicht gerecht wird, ist es ein äußerst eindrucksvolles Werk. Noch beeindruckender ist allerdings Rezak Hukanovics *Tenth Circle of Hell: a memoir of life in the death camps of Bosnia* (Little Brown & Co, 1997), das bewegende Zeugnis eines Überlebenden des Lagers Omarska.

Drei weitere Werke bosnischer Autoren setzten sich auch im Ausland durch. Von diesen Büchern hatte *Zlata's Diary* (Viking, 1994) den weitaus größten Einfluss. Dieses Buch, das den täglichen Überlebenskampf des Teenagers Zlata Filipovic in den ersten zwei Jahren der Belagerung Sarajewos schildert, wurde nahezu über Nacht ein internationaler Bestseller. Daneben sind zwei Bücher führender Bosnienjournalisten der Sarajewoer Tageszeitung *Oslobodjenje* im Ausland erfolgreich gewesen, nämlich *Sarajevo – a War Journal* (Henry Holt & Co, 1994) von Zlatko Dizdarevic und *As Long As Sarajevo Exists* (Pamphleteers Press, 1997) von Kemal Kurspahic. Der Korrespondent Tom Gjelton *(National Public Radio)* beschreibt darüber hinaus in *Sarajevo Daily: a city and its newspaper under siege* (HarperCollins, 1995), wie schwierig es für die Tageszeitung Oslobodjenje war, trotz des Krieges das tägliche Erscheinen sicherzustellen.

Barbara Demick *(The Philadelphia Inquirer)* schrieb einen beeindruckenden Bericht über das Leben der Straße, in der sie 1994 und 1995 wohnte – *Logavina Street: life and death in a Sarajevo neighbourhood* (Andrews and McMeel, 1996). In The *Quick and the Dead: under siege in Sarajevo* (Phoenix, 1994) schildert Janine de Giovani *(The Sunday Times)* ihre Erfahrungen mit den Menschen ihrer Umgebung in den ersten zwei Jahren der Belagerung Sarajewos. Dagegen zeichnete Joe Sacco, ein amerikanischer Karikaturist, der in die bedrängte bosniakische Enklave Gorazde reiste, mit *Safe Area Gorazde: The War in Eastern Bosnia 1992-1995* (Fantagraphics Books, 2000) einen außergewöhnlichen Comic über das Leben in dieser Enklave.

Michael Nicholson *(Independent Television News)* erzählt in *Natasha's Story* (Macmillan, 1994), wie er eine achtjährige Waise aus Sarajewo rettete und nach England brachte; dies bot die Grundlage für *Welcome to Sarajevo*, den bisher einzigen Hollywoodfilm über den Bosnienkonflikt. Peter Maass verfasste mit *Love Thy Neighbour: a story of war* (Macmillan, 1996) einen eher allgemeinen Bericht über die Erfahrungen eines Journalisten zu Beginn des Krieges und die Dilemmata, mit denen Reporter konfrontiert waren. Das insgesamt beste journalistische Werk ist indessen wahrscheinlich *Hearts Grown Brutal: sagas of Sarajevo* (Random House, 1998) von Roger Cohen (The New York Times).

Obwohl sich viele Journalisten bemühten, die psychologischen Aspekte des Konflikts und die Frage der ethnischen Identität in Bosnien zu beleuchten, haben Wissenschaftler bessere Untersuchungen vorgelegt. In *Being Muslim the Bosnian Way: identity and community in a Central Bosnian village* (Princeton University Press, 1995) analysiert Tone Bringa, eine finnische Anthropologin, die in den 80er Jahren des letzten Jahrhunderts

---

Christopher Bennett ist Chefredakteur des NATOBriefs und Verfasser des Buches „Yugoslavia's Bloody Collapse" (New York University Press).

aufgrund ihrer Forschungsarbeit in einem bosnischen Dorf lebte, die Identität der Bosniaken. In *The Bridge Betrayed: religion and genocide in Bosnia* (University of California Press, 1996) untersucht Professor Michael Sells, ein amerikanischer Religionswissenschaftler serbischer Abstammung, die Rolle der Religion und deren Missbrauch in diesem Konflikt. Norman Cigar, ein amerikanischer Nahost-Experte kroatischer Abstammung befasst sich dagegen in *Genocide in Bosnia: the policy of „ethnic cleansing"* (Texas A&M University Press, 1995) mit der ideologischen Vorbereitung der ethnischen Säuberungen.

Die Schwierigkeiten, mit denen die VN-Schutztruppe UNPROFOR konfrontiert war, werden in *With No Peace to Keep: UN peacekeeping and the war in the former Yugoslavia* (Media East West, 1996) untersucht; es handelt sich um eine Sammlung von Aufsätzen, die von Ben Cohen und George Stamkoski herausgegeben wurde. David Rieff befasst sich schließlich in *Slaughterhouse: Bosnia and the failure of the West* (Simon and Schuster, 1995) mit den Defiziten der Bosnienmission der Vereinten Nationen.

Drei der besten

Mehrere UNPROFOR-Kommandeure haben über ihre Zeit in Bosnien Berichte verfasst; manche wollten ihre Vorgehensweise rechtfertigen, andere wollten ihrer Enttäuschung darüber Ausdruck verleihen, dass sie nicht mehr erreichen konnten. Der kanadische General Lewis MacKenzie, der erste UNPROFOR-Kommandeur in Sarajewo, erzählt seine Geschichte in *Peacekeeper: the road to Sarajevo* (Douglas and McIntyre, 1993). General Philippe Morillon, ein französischer UNPROFOR-Kommandeur, der zur Entwicklung der Schutzzonenpolitik der Vereinten Nationen beitrug, veröffentlichte kurz nach dem Ende seines Einsatzes in Bosnien seine Memoiren mit dem Titel *Croire et oser: chronique de Sarajevo* (Grasset, 1993). General Sir Michael Rose, der erste britische UNPROFOR-Kommandeur, schildert die Vorgänge aus seiner Sicht in *Fighting For Peace: Bosnia 1994* (Harvill, 1998).

General Francis Briquemont, ein belgischer UNPROFOR-Kommandeur, nutzt *Do Something General! – chronique de Bosnie-Herzegovine, 12 juillet 1993 – 24 janvier 1994* (Labot, 1998), um einmal Dampf abzulassen. Oberst Bob Stewart, der britische Kommandeur, der von Oktober 1992 bis Mai 1993 während der intensivsten Phase der Kampfhandlungen zwischen Bosniaken und Kroaten in Zentralbosnien war, erläutert seine Sicht des Konflikts in *Broken Lives: a personal view of the Bosnian conflict* (HarperCollins, 1994). Der französische General Jean Cot, der – bevor er sich frustriert zurückzog – von Juli 1993 bis März 1994 UNPROFOR-Kommandeur war, hat an zwei Büchern über Bosnien mitgewirkt: *Demain la Bosnie* (L`Harmattan, 1999) und *Dernière guerre balkanique? – ex-Yougoslavie: témoignages, analyses, perspectives* (L`Harmattan, 1996), eine Sammlung von Aufsätzen, die er gemeinsam mit Cécile Monnot herausgegeben hat.

In *Balkan Odyssey* (Indigo, 1996) schildert der EU-Unterhändler David Owen seine Sicht der Friedensverhandlungen und bringt sein Bedauern darüber zum Ausdruck, dass die Völkergemeinschaft den sogenannten Vance-Owen-Plan von 1993 nicht unterstützte. James Gow, ein britischer Wissenschaft-ler, stimmt mit ihm darin überein, dass 1993 eine entscheidende Chance verpasst wurde, und bietet mit *Triumph of the Lack of Will: international diplomacy and the Yugoslav war* (C. Hurst & Co, 1997) eine ausgewogene Darstellung der internationalen Vermittlungsbemühungen.

Als im Juli 1995 in Srebrenica 8000 (!) bosniakische Männer ermordet wurden, trug dies zu einer energischeren internationalen Intervention bei. Dieser schlimmste Einzelfall unter den Greueltaten der Jugoslawienkriege wird von dem mit dem Pulitzerpreis ausgezeichneten Journalisten David Rohde in *Endgame: the Betrayal and Fall of Srebrenica, Europe's Worst Massacre Since World War II* (Farrar, Straus and Giroux, 1997) sowie von Jan Willem Honig und Norbert Both genauestens analysiert, wobei sich letztere in Srebrenica: *record of a war crime* (Penguin, 1996) auf die Rolle der holländischen Friedenstruppen konzentrieren. Und nahezu im Stil von Ivo Andric selbst macht sich Chuck Sudetic (früher bei der *New York Times*) die Erfahrungen der aus Srebrenica stammenden Familie des Schwagers seiner Frau zunutze, um *Blood and Vengeance: one family's story of the war in Bosnia* (W.W. Norton & Co, 1998) zu schreiben, das vielleicht das bisher beeindruckendste Buch über Bosnien darstellt.

Nach dem Fall von Srebrenica traten die Vereinigten Staaten mit Richard Holbrooke immer stärker als Vermittler in Erscheinung; er schildert die Ereignisse im Vorfeld des Abkommens von Dayton in *To End a War* (Random House, 1998). Eine andere Sicht der Dinge findet sich dagegen in *Getting to Dayton: The Making of America's Bosnia Policy* (Brookings Institution Press, 2000) von Ivo Daalder (zur Zeit Brookings Institution), der früher im Nationalen Sicherheitsrat die Europaabteilung leitete, wo er von 1995 bis 1996 die amerikanische Bosnienpolitik koordinierte.

Die Lücke in den Büchern über Bosnien besteht in dem Mangel an Publikationen über die Zeit nach Dayton. *Peace Journey: the struggle for peace in Bosnia* (Weidenfeld, 1998) von Carl Bildt ist ein Bericht über die enormen Schwierigkeiten, mit denen er als erster Hoher Beauftragter für Bosnien konfrontiert war, aber dieser Bericht endet im Juli 1997. Rupert Wolfe Murray, ein britischer Schriftsteller, hat zwei Bildbände über die Friedensmissionen herausgegeben, nämlich *IFOR on IFOR: NATO peacekeepers in Bosnia-Herzegovina* (Connect, 1996) und *The Road to Peace, NATO and the International community in Bosnia* (Connect, 1997). Der einzige Versuch einer zusammenfassenden Darstellung des gesamten Friedensprozesses, *Faking Democracy After Dayton* (Pluto Press, 1999), den der britische Wissenschaftler David Chandler unternommen hat, scheitert allerdings an der ideologisch motivierten Ablehnung internationaler Interventionen. ■

Umdenken im Sicherheitsbereich

Chris Donnelly erörtert neue Sicherheitsgefahren und fordert nachdrücklich zur Annahme energischer Gegenstrategien auf

© Reuters

Bewaffnete Intervention: Das organisierte Verbrechen ist wegen seines internationalen Charakters, seiner Verbindungen zu ehemaligen feindlichen Nachrichtendiensten und seiner Fähigkeit, das Regierungssystem zu untergraben, eine Frage der nationalen Sicherheit.

Die Gefahr eines Zusammenstoßes zwischen den Supermächten besteht in Europa schon seit mehr als zehn Jahren nicht mehr. Obwohl in dieser Zeit Bürgerkriege und örtlich begrenzte Konflikte zahlreiche Menschenleben gefordert haben, lässt der kontinuierliche Abbau des Umfangs und der Stärke der Streitkräfte einen grundlegenden Wandel in den Ansichten darüber erkennen, was eigentlich eine Sicherheitsgefahr darstellt. In einer Zeit, in der konventionelle und nukleare Arsenale schrumpfen und die Anforderungen friedenserhaltender Maßnahmen eine Neubewertung der Aufgaben und Pflichten eines Soldaten erzwingen, hat man sich weitgehend auf die damit verbundene Streitkräftereform, die Umstrukturierung der Rüstungsindustrie und die daraus resultierenden Spannungen im Verhältnis zwischen dem Militär und der Gesellschaft konzentriert. Während traditionelle Sicherheitsgefahren eher abgenommen haben, sind jedoch nichtmilitärische Gefahren stärker in den Vordergrund getreten.

Chris Donnelly ist Sonderberater der NATO für Mittel- und Osteuropa. Die hier geäußerten Ansichten sind Ausdruck seiner persönlichen Meinung und stellen nicht die Auffassungen der NATO oder eines ihrer Mitgliedstaaten dar.

Unter Beschuss steht nicht das Hoheitsgebiet eines Staates, sondern sein Aufbau, seine Gesellschaftsform, die Arbeitsweise seiner Institutionen und das Wohlergehen seiner Bürger. Diese Gefahren, zu denen Korruption, das organisierte Verbrechen und der Terrorismus zählen, lassen sich nicht so leicht definieren und daher auch nicht so leicht bekämpfen wie rein militärische Gefahren. Zudem kann man in manchen Fällen das Kind mit dem Bade ausschütten. Mit staatlichen Maßnahmen zur Bekämpfung einer Gefährdung der Demokratie riskiert man nämlich die Einleitung diktatorischer Prozesse, durch welche die Freiheitsrechte der Person stärker eingeschränkt werden als durch die Gefahren, denen sie vorbeugen sollten. Will man diesen Herausforderungen angemessen entgegentreten, so sind große gedankliche Klarheit und ein hohes Maß an Umsicht erforderlich.

Viele dieser Gefahren sind aus traditioneller Sicht gar keine Sicherheitsgefahren. Es ist schließlich erst 20 Jahre her, dass der Begriff der „nationalen Sicherheit“ im Westen in den allgemeinen Sprachgebrauch übergegangen ist, und es ist noch keine zehn Jahre her, dass er in den neuen Demokratien Mittel- und Osteuropas, in denen früher die meisten mit „Sicherheit“ die „Staatssicherheit“ (d.h. die Arbeit der Geheimpolizei) bezeichneten, richtig verstanden wird.

Da es in der Natur staatlicher Bürokratien liegt, sich nur langsam zu ändern, lassen die Strukturen von Verteidigungs- und

Innenministerien in der Regel ältere Ansätze und Konzepte erkennen. Sie sollen sich eher mit Fragen der „Verteidigung“ und der „öffentlichen Sicherheit“ als mit Fragen der „nationalen Sicherheit“ befassen. Der zeitliche Abstand zwischen dem Erkennen neuer Erfordernisse und der Schaffung der ihnen entsprechenden Strukturen führt häufig zu einem Sicherheitsdefizit. So ging man zwar davon aus, dass sich die EU, sobald nichtmilitärische Gefahren zu erkennen wären, entsprechend weiterentwickeln würde, aber dies ist nicht geschehen. Die Kriege im ehemaligen Jugoslawien haben von diesen neuen Sicherheitsgefahren abgelenkt, die heute alle Staaten und insbesondere die noch schwachen Demokratien Mittel- und Osteuropas bedrohen.

Die wesentlichste Gefahr für die Stabilität der meisten mittel- und osteuropäischen Staaten besteht heutzutage im Mangel an wirksamen Krisenbewältigungsmechanismen. Obwohl dies als Problem erkannt worden ist, veranlasst die kommunistische Erblast die meisten Regierungen dieser Region zu dem Versuch, eine Lösung durch den Aufbau einer neuen zentralen Kommandostruktur herbeizuführen, die in einer Krisensituation mit einem geeigneten Expertenteam besetzt wäre und von der aus die jeweilige Krise bewältigt würde. Eine derartige Kommandozentrale kann zwar nützlich sein, bietet aber an sich noch keine Lösung. Dies liegt an den internen Defiziten vieler mittel- und osteuropäischer Regierungen. Dazu zählen eine unzureichende gesetzliche Trennung zwischen den Befugnissen und Zuständigkeiten verschiedener Regierungsorgane, der Ämter der führenden Politiker, der Ministerien und der Parlamente; die ineffiziente und undurchsichtige Arbeitsweise dieser Organe und insbesondere der Verteidigungs-, Innen-, Justiz- und Finanzministerien; ein Mangel an Beamten mit angemessenen Fachkenntnissen und das Fehlen von Bemühungen um die Unterstützung der Öffentlichkeit für die jeweilige Politik. Viele mittel- und osteuropäische Regierungen sind völlig erstarrt und nicht flexibel genug, so dass eine ernste innere oder äußere Krise ein äußerlich als stabil erscheinendes System zum Einsturz bringen könnte. Ohne ein gutes Regierungssystem werden aber auch noch so viele Computer in einem noch so beeindruckenden Kommandozentrum keine wirksame Krisenbewältigung sicherstellen können.

Korruption ist eine Sicherheitsgefahr für sich, trägt aber auch zu den oben genannten Schwächen einer Regierung bei. Für die Funktionsfähigkeit mehrerer Staaten der ehemaligen Sowjetunion stellt sie sogar die schwerwiegendste Einzelgefahr dar, und überall ist sie ein ernstes Problem. Ihre Ursprünge sind zahlreich und komplex, aber sie ist allgemein von Übel und muss bekämpft werden, sollen sich neue Demokratien wirklich entfalten können. Man spricht zwar von einer neuen europäischen Sicherheitsarchitektur ohne Grenzen, aber die Grenzlinien werden eigentlich jetzt schon gezogen. Sie orientieren sich allerdings nicht an den Erweiterungsmaßnahmen der NATO oder der EU, sondern an Verwaltungs- und Geschäftspraktiken sowie daran, inwieweit diese Praktiken anerkannten Standards bezüglich Ehrlichkeit und Transparenz gerecht werden. Leider beginnt die Korruption in zahlreichen Ländern auf höchster Ebene, so dass Minister und sogar Präsidenten ihrem Einfluss unterliegen.

Das organisierte Verbrechen ist diejenige nichtmilitärische Sicherheitsgefahr, der am meisten Aufmerksamkeit gewidmet wird. Wären Regierungssysteme nicht so mangelhaft und die Korruption nicht so weit verbreitet, gäbe es dieses Problem jedoch nicht, jedenfalls nicht in dem Ausmaß, dass daraus eine Sicherheitsgefahr wird. Das organisierte Verbrechen steht stärker im Vordergrund als andere potentielle Sicherheitsgefahren, weil es sich so offensichtlich und unmittelbar auf das Leben der Bevölkerung auswirkt und sich so leicht exportieren lässt. Es stellt sogar häufig die Schnittstelle zwischen inneren und äußeren Gefahren dar, die viele der nachstehend genannten Sicherheitsgefahren zu einer so realen Bedrohung macht.

Das organisierte Verbrechen fiel in Mittel- und Osteuropa wegen des kommunistischen Erbes der Region auf fruchtbaren Boden. Da Reichtum eher in Parteiprivilegien als in Geld zum Ausdruck kam, waren die polizeilichen Ordnungssysteme der Region unterentwickelt. Zudem stützten sie sich auf eine in Misskredit geratene Auffassung von öffentlicher Ordnung, was die Autorität der Polizei in den Augen der Öffentlichkeit untergrub. Dies erlaubte den bereits etablierten kriminellen Vereinigungen eine Blütezeit. Noch schlimmer war allerdings, dass diese Gruppierungen zur Kriminalität regelrecht ermutigt wurden, weil dem Sicherheitssystem eine ethische Grundlage fehlte, weil es kein wirksames Rechtssystem zur Festlegung der Parameter für die zulässigen Geschäftspraktiken gab, so dass die Grenzen zwischen Mafiaaktivitäten, legitimen Geschäften und der Arbeit der Regierung verwischt wurden, und weil opportunistische westliche Partner mehr am schnellen Profit als an langfristiger Stabilität interessiert waren.

Was das organisierte Verbrechen zu einem derart großen Sicherheitsproblem macht, ist nicht nur sein Ausmaß, seine Exportfähigkeit und das Fehlen nationaler und internationaler Institutionen zu seiner Bekämpfung, sondern auch die Akzeptanz, auf die es stößt. Geldwäsche im Zusammenhang mit organisierter Kriminalität wird zwar allgemein verurteilt, aber die meisten westlichen Finanzzentren begrüßen den Zustrom von Geldern aus mittel- und osteuropäischen Staaten und prüfen deren Herkunft nicht allzu genau. Viele nationale Sicherheitsdienste übertragen die Bekämpfung des organisierten Verbrechens ihrer jeweiligen Polizei. Sie sollten allerdings erkennen, dass sein internationaler Charakter, sein Ausmaß, seine Verbindungen zu ehemaligen feindlichen Nachrichtendiensten und seine Fähigkeit, das Regierungssystem zu untergraben, dieses Problem wirklich zu einer Frage der nationalen Sicherheit machen. Israel litt als einer der ersten Staaten unter dem Zustrom russischer Mafiosi, und die israelischen Sicherheitsdienste bedauern nun, dass sie diesem Phänomen nicht schon früher mehr Aufmerksamkeit gewidmet haben.

Ethnische Konflikte und nationalistische Strömungen haben in den letzten zehn Jahren dazu beigetragen, das Konzept des Nationalstaates auszuhöhlen. Vielerorts hat dies bereits zu größerer kommunaler Selbstverwaltung, zu geringeren Befugnissen der Zentralregierung und in manchen Fällen sogar zum Auseinanderbrechen von Staaten geführt. Heute stellt sich die Frage, wie weit dieser Zerfallsprozess noch gehen kann und an welchem Punkt er beendet werden kann oder sollte. Viele Staaten müssen sich mit Minderheiten auseinander setzen, die um mehr Autonomie kämpfen oder sogar die Landesgrenzen verändern wollen. An dem einen Ende der Skala, wie z.B. in Tschetschenien, können diese Minderheitengruppen einem Staat mit Sezession drohen. Am anderen Ende der Skala können sie, indem sie innerstaatliche Probleme androhen, die dem Ansehen des jeweiligen Staates im Ausland schaden, beispielsweise Druck auf eine Regierung ausüben, die sich um die NATO- oder die EU-Mitgliedschaft bemüht. Das Migrationsphänomen, das häufig die Folge ethnischer Konflikte ist, zählt schon jetzt zu den heikelsten politischen Fragen Europas und wird sich wahrscheinlich in dem Maße zu einem noch größeren Problem entwickeln, wie die Wohlstandskluft zwischen den Staaten im Herzen Europas und denen an seiner Peripherie zunimmt.

Die Frage der Proliferation wird häufig als militärische Angelegenheit betrachtet. Die Bekämpfung der Proliferation wird jedoch zunehmend nicht dem Verteidigungsministerium, sondern anderen Sicherheitsdiensten (d.h. dem Innenministerium, der Polizei und dem Grenzschutz) übertragen. Zudem ist in dieser Frage in den letzten zehn Jahren eine Entwicklung festzustellen gewesen. Während sich „Proliferation“ früher ausschließlich auf Kernwaffen und nukleares Material bezog, ist dies nun nicht mehr der Fall. Fortschritte auf anderen Gebieten der Wissenschaft und die damit verbundene Schwierigkeit, eine militärische von einer zivilen Nutzung der jeweiligen Technologie zu unterscheiden, haben dazu geführt, dass dieser Begriff nun auch im chemischen und biologischen Bereich Anwendung findet. Da neue Technologien nun selbst zu Waffen geworden sind, muss „Proliferation“ nun überdies so verstanden werden, dass alle Arten von Technologie unter diesen Begriff fallen. Welcher Schaden der nationalen Sicherheit beispielsweise durch eine gut organisierte Hackergruppe zugefügt werden kann, bedarf keiner weiteren Erläuterung. Auch ärmere Staaten können diese Technologie erwerben und haben wohl nichts zu verlieren, wenn sie sie anwenden.

Die neuen Gefahren können wie die alten der politischen Manipulation unterliegen. Dies gilt umso mehr, als neue Gefahren häufig noch nicht richtig definiert und abgegrenzt werden konnten, sie im Bewusstsein der Öffentlichkeit eine große Rolle spielen und die bestehenden Gegenmechanismen noch schwach sind. Zu den übertrieben dargestellten Gefahren oder auch Scheingefahren zählen u.a. der Fundamentalismus, der Terrorismus und die Bedrohung der Informationssicherheit. Alle drei Beispiele können zwar eine reale Bedrohung darstellen, aber sie können auch veranschaulichen, wie die politisch motivierte Manipulation, Übertreibung oder Fehleinschätzung einer Gefahr die Fähigkeit eines Staates zu Gegenmaßnahmen beeinträchtigen kann.

Nehmen wir das Beispiel Terrorismus. Alle Staaten müssen und sollten zusammenarbeiten, um seinen Einfluss zu verringern und seine Ausbreitung zu verhindern. Sieht man sich jedoch einmal an, wie Terrorismus definiert wird, so kann seine Bekämpfung in manchen Staaten ein Deckmantel für die Unterdrückung von Bemühungen sein, die in anderen als legitimes Streben nach Selbstverwaltung betrachtet werden. Ähnliches gilt für den Fundamentalismus. Er kann ein ernstes Problem darstellen, aber da die von ihm ausgehende Gefahr früher so übertrieben dargestellt wurde, reagiert man nun eher mit Überdruss. Politiker, die vor dem „Wolf“ warnten, haben die Bevölkerung ihres Landes gewissermaßen gerade zu dem Zeitpunkt für diese Gefahr unempfindlich gemacht, zu dem sie vielleicht tatsächlich zu einer ernsteren Bedrohung wird.

Die Informationssicherheit ist ebenso ein echtes Anliegen aller Staaten. In manchen mittel- und osteuropäischen Staaten unterscheidet sich die Bedeutung dieses Ausdrucks jedoch sehr von dem, was man nun darunter im Westen versteht. Der Hinweis auf die Informationssicherheit kann sogar als umfassende Rechtfertigung für die staatliche Kontrolle des Informationssektors missbraucht werden, wenn eine Regierung die Meinungsfreiheit fürchtet und lieber wieder ein autoritäres Kontrollsystem einführen will.

Diese drei Beispiele verdeutlichen, wie sich manche nichtmilitärische neue Sicherheitsgefahren für Zwecke der politischen Manipulation nutzen lassen. Erforderlich ist eine eingehendere Untersuchung dieses Problems sowie eine gründlichere Schulung der politischen Eliten, der Journalisten und der Öffentlichkeit, damit die zum Schutz der Gesellschaft getroffenen Maßnahmen angemessen und wirksam sind, statt dem eigentlichen Ziel zuwiderzulaufen. Will man ermessen, wo die Grenze zwischen einer legitimen Meinungsäußerung und Interessenvertretung einerseits und ungerechtfertigten Bedrohungen des Wohles oder des Fortbestands eines Staates und der Gesellschaft andererseits zu verlaufen hat, so muss man sich ernsthaft mit dieser Frage auseinander setzen. Wo wir die Grenze ziehen, ist davon abhängig, wie wir Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte definieren.

Da nichtmilitärische Sicherheitsgefahren ein neues Phänomen darstellen, haben sich die internationalen Institutionen noch nicht auf sie eingestellt. Diese Gefahren werden zwar im jüngsten strategischen Konzept der NATO anerkannt, aber sie liegen außerhalb des traditionellen Aufgabenbereichs des Bündnisses, und die NATO hat noch nicht die zur ihrer angemessenen Bewältigung erforderlichen Mechanismen entwickelt. Die EU hat bereits ein Mandat für die Behandlung der Mehrheit dieser Fragen, und sie hat in manchen Bereichen (z.B. Stärkung der Grenzkontrollsysteme und der Justizministerien mittel- und osteuropäischer Staaten) auch schon Fortschritte gemacht. Mit zahlreichen Fragen muss man sich jedoch noch befassen, und es wird noch einige Jahre dauern, bis die zentralen Einrichtungen der EU dafür gewappnet sein werden. Unterdessen bemühen sich andere internationale Organisationen wie Interpol und Europol um die Entwicklung operativer Konzepte, haben jedoch mittel- und osteuropäischen Staaten bisher wenig geholfen, die vorhandenen Institutionen durch Reformen zu erneuern oder die erforderlichen neuen Einrichtungen zu schaffen. Für bilaterale Polizei- und Zollkontakte, mögen sich auch manchmal durchaus gut sein, gilt das Gleiche.

> Während traditionelle Sicherheitsgefahren eher abgenommen haben, sind nichtmilitärische Gefahren stärker in den Vordergrund getreten.

Programme zur Korruptionsbekämpfung sind in mehreren Staaten mit Erfolg durchgeführt worden, und über die grundlegenden Prinzipien herrscht weithin Einigkeit. Zudem hat man, auch wenn in manchen Staaten nur langsam Fortschritte erzielt werden, doch erkannt, dass Investitionen in den Polizeisektor sowie dessen Weiterentwicklung und eine Reform der Sicherheitskräfte (weg vom sowjetischen Modell und hin zu einer Gendarmerie nach westlichem Vorbild) dringend geboten sind. Bei der Verbesserung der Zoll- und Grenzkontrollsysteme ist in einigen mitteleuropäischen Staaten schon so viel erreicht worden, dass es keinen Grund mehr gibt, dieses Modell nicht auch weiter im Osten anzuwenden. Die Gesetzgebung stellt vielleicht das heikelste Problem dar, weil sie das Verhältnis zwischen Parlament und Regierung betrifft. Man kann aber schon auf genügend Erfahrungen zurückgreifen, um einem Staat zu helfen, der die geeigneten gesetzlichen Rahmenbedingungen schaffen will. Die Bewältigung nichtmilitärischer Sicherheitsgefahren erfordert energische Strategien. Diese lassen sich nur erarbeiten, wenn zentrale Vertreter der Regierung, der Vollzugsorgane und der Forschungsinstitute zusammenkommen, um einen umfassenden Lösungsansatz für diese Probleme zu entwickeln, die heute die unmittelbarsten und am schnellsten zunehmenden Gefahren für die Sicherheit und das Überleben neuer Demokratien darstellen. ■

KOSOVO - ONE YEAR ON -
Achievement and Challenge
Bericht des NATO-Generalsekretärs Lord Robertson.

The NATO Handbook - 50th Anniversary edition
Umfassende Darstellung der Ziele und Aktivitäten der NATO sowie ihrer derzeitigen Strategien und Strukturen; eine Chronologie der letzten 50 Jahre der Bündnisgeschichte nebst einer Sammlung zentraler politischer und juristischer Dokumente.

Economics Colloquium 1999
Bericht über das im November 1999 veranstaltete Kolloquium über wirtschaftliche Entwicklungen und Reformen in den Partnerstaaten.

The Reader's Guide to the Washington Summit
Sammlung aller offiziellen Texte und Erklärungen des Washingtoner NATO-Gipfels vom April 1999 einschließlich Hintergrundinformationen zu NATO-Programmen und -Aktivitäten.

Extending Security:
The Role of NATO and its Partner Countries
Umfassende illustrierte Darstellung der Arbeitsweise der NATO und der politischen Entwicklung in zentralen Tätigkeitsbereichen des Bündnisses.

NATO at 50
Faltblatt mit einem Abriss der Geschichte des Bündnisses und einer Zusammenfassung der wichtigsten Themen auf der derzeitigen Tagesordnung der NATO.

NATO Topics
Anschauliche Darstellung des Bündnisses mit einer Beschreibung der Meilensteine in der Geschichte der NATO und der wichtigsten Themen auf ihrer derzeitigen Tagesordnung.
(nur elektronisch: www.nato.int/docu/topics/2000/home.htm)

NATO Update
Wöchentliches Informationsblatt mit einer kurzen Darstellung von NATO-Aktivitäten und -Ereignissen und einem allgemeinen Überblick über bündnisweite Initiativen.
(nur elektronisch: www.nato.int/docu/update/index.htm)

NATO Update

ALLE VERÖFFENTLICHUNGEN SIND IN ENGLISCHER UND FRANZÖSISCHER SPRACHE ERHÄLTLICH; VIELE LIEGEN AUCH IN ANDEREN SPRACHEN VOR.

Anfragen und Bestellungen sind zu richten an:

Office of Information and Press – Distribution Unit
Bld Leopold III – B-1110 Brüssel, Belgien
Tel.: 00-32-2 707 5009
Fax: 00-32-2 707 1252
E-Mail: distribution@hq.nato.int

Elektronische Versionen dieser Veröffentlichungen sind erhältlich über www.nato.int.

Dort werden auch offizielle Erklärungen, Presseverlautbarungen und Reden sowie sonstige Informationen über Struktur, Politik und Arbeit des Bündnisses veröffentlicht; zudem besteht Zugang zu mehreren Online-Servern.

NATO BRIEF **Y 9001 F**

Vertriebsadresse: Deutsche Vertriebsgesellschaft
Vertriebsadresse: für Publikationen und Filme mbH
Vertriebsadresse: Birkenmaarstr. 8, 53340 Meckenheim
Vertriebsadresse: Postfach 1149, 53333 Meckenheim

nordatlantikvertragsorganisation

belgien
dänemark
deutschland
frankreich
griechenland
grossbritannien
island
italien
kanada
luxemburg
niederlande
norwegen
polen
portugal
spanien
türkei
tschechische republik
ungarn
usa